

# Das Argument

# 44

9. Jahrgang 1967

## Städtebau im Kapitalismus

Heide Berndt: Der Verlust von Urbanität im Städtebau	263
Walter Siebel: Zur Zusammenarbeit zwischen Architekten und Soziologen	287
Heide Berndt, Heimo Claasen und Walter Siebel: Zum Verhältnis von Städtebau und Gesellschaft. Ein Literaturbericht [Sammelrezension]	299
Heinz-Joachim Heydorn: Rede zur Eröffnung der Heartfield-Ausstellung	311
<b>Besprechungen</b>	314

Heide Berndt

## Der Verlust von Urbanität im Städtebau

Seit 1960 wurde in der Städtebaudiskussion ein Wort populär, das bislang eher gemieden war: Urbanität. Das Plädoyer für die Stadt, das Salin unter diesem Stichwort führte, war insofern neu, als es offen gegen eine stillschweigende, aber hartnäckige und weitverbreitete Überzeugung anging, daß der Charakter des Städtischen, insbesondere des Großstädtischen, von Übel sei. Dieser Begriff erlangte Bedeutung, weil er zum Kennwort einer noch unbestimmten und vorerst mehr emotional motivierten kritischen Beurteilung des modernen Städtebaus wurde<sup>1</sup>. Als 1963 schließlich Jane Jacobs' Buch über „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ übersetzt wurde, fand das Unbehagen am modernen Städtebau seinen deutlichsten Ausdruck. Was J. Jacobs zum Hauptziel ihrer Angriffspunkte machte, sind eben jene stillschweigend gesetzten Kriterien der Städteplanung, die umstandslos davon ausgehen, daß die Großstadt abzulehnen und es Aufgabe der Stadtplanung sei, entscheidende Elemente des Städtischen, vor allem städtische Straßen, abzuschaffen<sup>2</sup>. J. Jacobs' Leistung liegt in dem Nachweis der Dysfunktionalität der Planungskriterien in bezug auf die Planungsziele, nämlich schönere, gesündere, sicherere und erholungsreichere Städte als bisher zu schaffen. Obwohl durch den Bau von Nachbarschaften und die Zerstörung alter „Steinwüsten“ viele durchgrünte Siedlungen entstehen (von dem Bau der Suburbs ganz zu schweigen, so sind doch die Merkmale der sozialen Desintegration<sup>3</sup> in den modern gebauten Städten nicht niedriger als in den alten Städten, an

1 Salin, E.: „Urbanität“. In: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags, Juni 1960. — Stuttgart 1960, S. 14: Definition von Urbanität. „Urbanität ist Bildung, ist Wohlgebildetheit an Leib und Seele und Geist; aber sie ist in allen Zeiten, in denen der Geist nicht freischwebt, sondern sich sein ihm gemäßes politisches Gehäuse zimmert, auch fruchtbare Mitwirkung des Menschen als Poliswesen, als politisches Wesen in seinem ihm und nur ihm eigenen politischen Raum.“

2 Jacobs, J.: Tod und Leben großer amerikanischer Städte. — Berlin 1963.

3 Der Ausdruck Desintegration ist hier im Sinne der amerikanischen Soziologie verstanden, wie er z. B. von Angell gebraucht wurde, d. h. ein operationeller Begriff. Vgl. Angell, R.: „The Moral Integration of American Cities“. In: Cities and Society. Reader in Urban Sociology, hrsg. v. Hatt u. Reiss, Clencoe (5) 1964, 1. Aufl. 1951, S. 617 ff. Angell mißt soziale Desintegration an der Häufigkeit von Kriminalität pro Einwohner eines bestimmten Gebietes.

denen sie kritisiert wurden. J a c o b s versucht zu beweisen, daß der moderne Städtebau die soziale (und nicht nur die optische) Desintegration der Städte gerade noch fördert.

Wenn nun eine Diskrepanz zwischen Stadtplanungsmaßnahmen (Auflockerung, Durchgrünung) und Planungszielen (Sicherheit, Funktionieren, erfreulicher Anblick) immer deutlicher wird, so ist danach zu fragen, welches die Ursachen jener „Selbstverständlichkeiten“ der Stadtplanung sind, gegen die sich die Kritik von J. J a c o b s so heftig richtet. Wir dürfen dabei nicht wie J. J a c o b s dem Fehler verfallen, die in der modernen Stadtplanung latent vorhandene Stadtfeindlichkeit als etwas Unmittelbares zu nehmen, das der persönlichen Unwissenheit oder Boshaftigkeit von Stadtplanern entspringt; denn es handelt sich hier um kollektive Vorurteile, die eine lange historische Wurzel haben. Die gesellschaftliche Lokalisierung dieses Vorurteils gelingt uns nur im Rückblick auf seine Entstehungsgeschichte. Daher ist die Betrachtung der Geschichte der modernen Stadtentwicklung wichtig.

## I

Die Verstädterung der Gesellschaft in Europa war eine Leistung des bürgerlichen Kapitalismus. Die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur ständigen Ausweitung der Produktion bedingte die Einführung industrieller Fertigungsweisen. Da die maschinell serienmäßige Gütererzeugung sich als billiger und rentabler erwies als vorangegangene Produktionsweisen, wurde sie unter dem Konkurrenzdruck der einzelnen Kapitalisten allgemein eingeführt. Die Industrialisierung veränderte das Gesicht der Städte entscheidend; sie verschob das Gleichgewicht, das bis dahin zwischen ländlicher und städtischer Produktion bestanden hatte. Während beim alten Verlagssystem ein Teil der überschüssigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf dem Lande selbst beschäftigt wurde, mußten nun die Arbeitskräfte zu den Standorten der neuen Fertigungsbetriebe wandern, sei es, weil diese entweder an ihre Rohstoff- und Energiequellen (Erz, Kohle) gebunden waren, oder, wenn es sich um weiterverarbeitendes Gewerbe handelte, daß diese auf Siedlungen angewiesen waren, in denen sich eine bereits handwerklich vorgebildete Bevölkerung befand. Der Prozeß der Verstädterung wurde in England durch Enteignungen der Kleinbauern und Kätner beschleunigt<sup>4</sup>. Ob es sich um reine Industrieansiedlungen (wie die Städte im Ruhrgebiet und in den englischen Midlands) handelte oder um alte

4 Dieser Vorgang wurde von Marx, K.: Das Kapital, Bd. 1, in Kap. 24: „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“, S. 751 ff. folgendermaßen dargestellt: Die feudalen Lehens- und Abhängigkeitsverhältnisse wurden in kapitalistische Arbeitsverhältnisse umgewandelt, indem das Titulareigentum zu Privateigentum erklärt wurde. Die Hintersassen bekamen ihr Lehen entzogen und das Land wurde für Monokulturen genutzt. Durch diese „Landreform“ wurden sehr viele ländliche Arbeitskräfte freigesetzt.

Hauptstädte, die von der Industrialisierungswelle ergriffen wurden: das Wachstum der neuen Ansiedlungen vollzog sich in völlig unregelten Bahnen und führte zu ästhetisch abstoßenden und gesundheitlich gefährlichen Zuständen.

Der größte Teil des Städtebaus lag damals in Händen von sog. „jerry-builders“, Spekulantengruppen, die für die zuwandernden Industriearbeiter extrem billige und schlechte Reihenhäuser errichteten, die viel Gewinn einbrachten. Wohntechnisch gesehen mögen diese Häuser nicht schlechter gewesen sein als die Katen, aus denen die Zuwanderer stammten; städtebaulich gesehen waren sie jedoch verheerend, weil ihnen sämtliche gemeinschaftliche Einrichtungen wie Wasserversorgung, Müllabfuhr und Entwässerung fehlten und sie daher zu einem Herd für Infektionen und Seuchen wurden, die auch die bürgerlichen und aristokratischen Viertel bedrohten. So wurde in England die Verabschiedung des ersten Public Health Act (1848), der für den Wohnungsbau ein gesetzliches Mindestmaß an hygienischen Einrichtungen verlangte (Anschluß an Kanalisation), durch eine Choleraepidemie beschleunigt. Diese öffentlichen Leistungen des Bürgertums waren immer Kompromisse zwischen verschiedenen bürgerlichen Gruppen selber. Diejenigen, die an den unmittelbaren Profitchancen des Grundstücksmarktes interessiert waren, duldeten keinerlei Gesetze, die ihr dortiges Verfügungsrecht irgendwie eingeschränkt hätten; andere Gruppen sahen die Notwendigkeit öffentlicher Kontrolle auf dem Wohnungssektor ein, weil sie in dem Nutzen, den die ganze Gesellschaft davon hatte, auch den mittelbaren Nutzen der bürgerlichen Klasse identifizierte<sup>5</sup>. Für den letzteren Fall sind die Arbeiten von Haussman der Beleg.

Haussman begann den Umbau von Paris (Mitte des 19. Jahrhunderts) unter sehr günstigen juristischen Bedingungen. Ein Gesetz erlaubte die Enteignung sämtlicher Bauten, die in den Umkreis von Straßenarbeiten fielen. Dieses Gesetz wurde durch die Bestimmung ersetzt, daß Enteignungen durch einfachen Beschluß der Exekutivgewalt durchzuführen seien. Dadurch bekamen lobbyistische Einflüsse, die unmittelbaren Interessen von betroffenen Hauseigentümern, die Oberhand. Die Hausbesitzer gaben sich nicht nur mit der Entschädigung für den Realwert ihrer Gebäude zufrieden, sondern verlangten auch für die Wertsteigerungen, die sich durch die Verbesserungen der Stadtstruktur (vor allem durch die Arbeiten Haussman's) ergeben hatten, Entschädigung. Haussman beklagte sich bitter über diese rechtlichen Zustände, die es ermöglichten, daß ein großer Teil der Pariser Steuergelder von einer kleinen Schicht von Grundbesitzern in Form hoher Enteignungsentschädigungen angeeignet wurde und seine Pläne oft behinderten. Hätte er nicht einen sehr starken persönlichen Einfluß gehabt, so wären viele seiner Pläne gescheitert.

5 Die Anfänge des modernen Städtebaus sind sehr gut dargestellt bei Benevolo, L.: Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1. — München 1964, S. 80 ff.

In dem Werke Haussmans spiegelt sich die fortschrittliche wie auch die fragwürdige Seite der bürgerlichen Stadtplanung wider: die Zerstörung des alten Paris und zugleich die Errichtung einer funktionsgerechteren, gesünderen und geräumigen Stadt. Paris integrierte während dieser Zeit einen Bevölkerungszuwachs von 1,2 Millionen auf 2 Millionen. Aber die Zerstörung des alten Paris diente nicht nur als Rechtfertigung für verkehrstechnische Probleme; die Breite der neuen Boulevards war auch als Maßnahme gegen die revolutionären Aufstände der Pariser Arbeiterschaft geplant. Die Auflockerung sollte Verbarrikadierungen vereiteln und dem Militär bei Straßenkämpfen leichteres Durchgreifen ermöglichen<sup>6</sup>. In seinem zwiespältigen Charakter ist das Werk Haussmans eine der typischen Leistungen des Bürgertums, die Schumpeter mit „schöpferischer Zerstörung“<sup>7</sup> bezeichnet. Durch Haussman wurde Paris zur „Hauptstadt des 19. Jahrhunderts“<sup>8</sup>. An seinem Beispiel versuchten sich verschiedene europäische Hauptstädte zu orientieren, aber diese Bemühungen blieben wegen der Hindernisse, die sich aus der kapitalistischen Bodenordnung ergaben, meist auf halbem Wege stecken. Oft wurden nur historische Stadtteile unwiderbringlich zerstört, ohne daß ein Gewinn in der Gesamtgestaltung der Stadt erreicht worden wäre<sup>9</sup>.

Im wesentlichen erfolgte das Wachstum der Städte planlos und zeigte deutlich die Fehler der bürgerlichen Gesellschaft: mangelnde Integration und Elend der Industriearbeiterschaft. Die Sichtbarkeit der gesellschaftlichen Nachteile des bürgerlichen Kapitalismus in den Städten wurde von der bürgerlichen Sozialkritik als unmittelbare Laster des Stadtlebens kritisiert. Die von den bürgerlichen Schichten entwickelte Stadtfeindschaft ist die auf Randphänomene abgedrängte Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft selbst, und auch eine Abwehr gegenüber den politischen Forderungen der von der bürgerlichen Gesellschaft ausgebeuteten Arbeiter. Letzteres wird deutlich in den Schriften von Riehl, dessen dreibändiges Werk: „Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Sozialpolitik“ sehr hohe Auflagen erzielte. Das Fazit seiner sozialpolitischen Erwägungen gipfelt in der Forderung, die Einführung des allgemeinen Stimmrechts zu verhindern, damit die Arbeiterschaft ihre politischen Ziele nicht wahr machen könnte.

6 ebd., S. 119 f. Auch Walter Benjamin hat auf die militärische und politische Bedeutung der Breite der Haussman'schen Boulevards hingewiesen.

7 Schumpeter, J. A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern 1950 (amerikanisch zuerst 1942), Kap. 7.

8 Benjamin, W.: Illuminationen. Ausgewählte Schriften. Frankfurt S. 185 ff. Dort auch die Passagen über Haussman.

9 Benevolo, op. cit., S. 130: vor allem in den Erweiterungsplänen von Barcelona und Stockholm gelang keine befriedigende Nachahmung der Pariser Neuerungen. Es wurden lediglich wertvolle alte Bausubstanzen unwiderbringlich vernichtet.

Riehl, der für seine sozialpolitischen Studien ausgedehnte Reisen in Deutschland unternommen hatte, machte die Erfahrung, daß das Proletariat in den Städten seine Lage in der Gesellschaft nicht länger „naturgeschichtlich“ interpretierte, sondern auf revolutionäre Änderung der Gesellschaft drängte: die Abschaffung der ausbeuterischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse; ein Vorhaben, in dem Riehl ganz zu Recht einen Anschlag auf bürgerliche Interessen erblickte. Wegen ihrer politischen Forderungen verdammt er die Arbeiterschaft samt den Städten, in denen sie hauste, in Grund und Boden<sup>10</sup>. Es spricht für Riehls Scharfsinn, daß er erkannte, daß der großstädtische Lebensstil als solcher Bewußtseinsformen fördert, die aufgeweckt und kritischer sind als die einer frommen Landbevölkerung; intellektuelle Offenheit störte ihn auch am „Weltbürgertum“, das er dem Sozialismus näher verwandt sah als dem „echt konservativen deutschen Bürgerstande“<sup>11</sup>.

Die ideologische Verschiebung des Unbehagens an der bürgerlichen Gesellschaft auf die Stadt konstituiert die politische Dimension der heutigen Stadtfeindschaft. An Stelle einer bewußten politischen Motivierung (wie bei Riehl) verselbständigte sich die Stadtfeindschaft zu einer Lebenshaltung. Zwar ist diese noch weitgehend mit einem bewußt konservativen Habitus verbunden, muß es aber nicht sein. Als Wegbereiter solcher ideologischen Verschiebungen ist T ö n n i e s zu betrachten. Obwohl er sich selbst als Vorkämpfer der Emanzipationsrechte der Arbeiter sah, war er doch ein glühender Verehrer des Landlebens und malte dementsprechend den „Communismus“ als konservative Utopie<sup>12</sup>. Diese Verfeinerung der Ideologie, die Abhebung von unmittelbaren Interessenstandpunkten, wird politisch gefährlicher, weil sie schwerer durchschaubar ist und durch Anreicherung mit utopisch hoffnungsvollen Inhalten auch leichter zur Manipulation politisch noch nicht klar artikulierter Wünsche mißbraucht werden kann.

## II

Wie sehr auch heute bewußt konservative Politik mit „Lebensstilfragen“ operiert — und nicht nur der Faschismus —, wurde in jün-

10 Riehl, W. H.: Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Sozial-Politik, Bd. 1: „Land und Leute“ (9) Stuttgart 1894 (1. Aufl. 1853), S. 96: „In den letzten Jahren aber ließ sich's nicht mehr übersehen, daß gerade dieses von Regierungswegen künstlich erzeugte Proletariat der künstlichen Städte das gesunkenste und zügelloseste von allen sei. Es fehlte ihm nur noch die Macht.“ Und Seite 104: „Das allgemeine Stimmrecht würde die bereits angebahnte Übermacht der großen Städte über das Land vollenden... Die Herrschaft der Großstädte wird zuletzt gleichbedeutend mit der Herrschaft des Proletariats.“

11 ebd. S. 95.

12 Tönnies, F.: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Leipzig 1887.

gerer Zeit durch eine Gemeindeuntersuchung von Vidich und B e n s m a n illustriert<sup>13</sup>. Springdale, eine dörfliche Ansiedlung im Staate New York, zeichnete sich durch betonten „community spirit“ (Gemeinschaftsgeist) aus, der jedoch, wie sich im Verlauf der Untersuchung ergab, von einem tiefsitzenden Gefühl der Angst und Unsicherheit gespeist war und außerdem der Realität, in der es scharfe Gegensätze zwischen verschiedenen Gruppen in der Gemeinde gab, durch einen falschen Anspruch von Gemeinschaft widersprach. Die direkte Abhängigkeit der Gemeinde von staatlicher Unterstützung und die indirekte von den kulturellen Leistungen der Unterstadt wurde von den Springdalern in sehr ambivalenter Weise verarbeitet. Zum einen wurden die Realitäten, soweit sie den privaten Lebenskreis unmittelbar berührten, richtig wahrgenommen (so in der Frage der Subventionen für das Schulwesen, für Straßenbau und landwirtschaftliche Produkte); zum andern versuchten die Bewohner das Gefühl der Abhängigkeit durch Projektionen auf die angeblichen Schlechtigkeiten und Gefahren des Stadtlebens zu verleugnen. Die Betonung der Gemeinschaftlichkeit in der kleinen Ansiedlung war eine Reaktionsbildung auf die Unentrinnbarkeit der Gesellschaft, in der es sehr wohl scharfe Differenzen zwischen den Schichten gab und viel blockiertes Aufstiegsstreben. Diese Gefühle werden von den Parteien im Wahlkampf ausgebeutet: auf dem Land wird Großstadtfeindschaft gepflegt, um über die fade gewordenen Romantizismen und Enttäuschungen des Landlebens wegzutrösten; in der Stadt werden Idylle des Landlebens aufgebaut, um von den realen Problemen der Gestaltung des städtischen Lebens abzulenken und einen scheinbar intakten gesellschaftlichen Bereich außerhalb der Großstädte zu inszenieren<sup>14</sup>. Gemeinsam ist diesen ideologischen Bemühungen der Aufwertung des Land- und Kleinstadtlebens der Versuch der Harmonisierung gesellschaftlicher Interessengegensätze.

Ein solcher Kurzschluß des politischen Denkens findet sich schon in den Programmen der fortschrittsfreudigen Kathedersozialisten (Oppenheimer, Rodbertus, Schäffle). Für sie lag die Lösung der „sozialen Frage“ in der Bodenreform. In den Städten sollte der Privatbesitz an Grund und Boden abgeschafft und zugleich jeder Familie die Möglichkeit der Selbsterhaltung durch eigenen Grundbesitz gegeben werden. Vor allem sollte es keine Bodenspekulation mehr geben. D a m a s c h k e, wohl der bekannteste Vertreter der Bodenreform, erhoffte durch sie die Neutralisierung des Klassen Gegensatzes: „Das ist der Friede zwischen Sozialismus und Individualismus: die Grundrente sozialem Eigentum, Kapital und Arbeit

13 Vidich, A. und Bensmann, J.: *Small Town in Mass Society. Class Power and Religion in a Rural Community*. Princeton 1958.

14 op. cit., S. 104: „It is thus through the mass media that the negative reactions to mass society of both the rural and urban dweller are linked; and it is as sets of similar responses to the negative aspects of urbanism that both urban and rural dwellers find a common symbolic meeting ground.“

aber der freien individuellen Verfügung anheimgegeben.“<sup>15</sup> Auf dem Papier schien diese Forderung ein glänzender Kompromiß; die genossenschaftliche Verwaltung des Bodens und die Sozialisierung der Grundrente sollte genug abwerfen, damit nicht nur eine geringe Schicht von Bürgern, sondern alle Menschen reich würden.

Im Grunde hatten sich auch schon die utopischen Sozialisten ähnlichen Hoffnungen hingegeben. Owen plante seine sozialistische Mustersiedlung als genossenschaftliches Eigentum (im Sinne einer ländlichen Produktionsgemeinschaft)<sup>16</sup>; Fourier, dessen Pläne zu einer Neuen Stadt die Owen'sche Mustersiedlung an Phantasie bei weitem übertrafen, sah seine Phalanstères ebenfalls auf landwirtschaftlich-genossenschaftlicher Basis entstehen<sup>17</sup>. In diesen utopischen Entwürfen steckte die Vorstellung, daß Klassenverhältnisse beseitigt werden könnten, wenn man nur die herrschende Schicht davon überzeugen konnte, daß die von den Utopisten vorgeschlagenen Lebensformen für sämtliche Mitglieder der Gesellschaft besser und nützlicher seien<sup>18</sup>. Engels hatte in einem Pamphlet 1872 die politischen Fehler der Frühsozialisten kritisiert und zugleich die Unwirksamkeit der Bodenreform in bezug auf eine tatsächliche Gesellschaftsreform nachgewiesen<sup>19</sup>.

Engels wandte sich in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage“ vor allem gegen Proudhons Gleichsetzung von Vermieter mit Kapitalist und Mieter mit Arbeiter. „Die Wohnungsnot der Arbeiter und eines Teils der Kleinbürger unserer modernen großen Städte ist einer der zahllosen kleineren, sekundären Übelstände, die aus der heutigen kapitalistischen Bauweise hervorgehen.“<sup>20</sup> Nach der Wertlehre von Marx, derzufolge nur menschliche Arbeit neue Werte schafft, kann beim Wohnungsvermieten kein Profit durch Mehrwert

15 Damaschke, A.: Die Bodenreform. Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not. Berlin (3) 1903, S. 52.

16 Owen, R.: A New View of Society. Glencoe (Ill.) o. J. (Faks. Reprod. der 3. Aufl. von 1817). Owens Musterfarmen waren als Erziehungsanstalten gedacht.

17 Fourier, Ch.: Theorie der vier Bewegungen und allgemeinen Bestimmungen. Frankfurt 1966. Im Vorw. S. 10 ff. heißt es, daß Fourier zur Realisierung seiner neuen Siedlung, den Phalanstères, in den letzten Jahren seines Lebens täglich mittags um 12 Uhr in seiner Wohnung wartete, daß ein sehr reicher Geldgeber käme und seine Pläne zur neuen Stadt in die Wirklichkeit umsetzte.

18 Marx, K.: Manifest der kommunistischen Partei, zit. nach Frühchriften, Hg. S. Landshut, Stuttgart 1953, S. 557: „Sie wollen die Lebenslage aller Gesellschaftsmitglieder, auch der bestgestellten, verbessern. Sie appellieren daher fortwährend an die ganze Gesellschaft ohne Unterschied, ja vorzugsweise an die herrschende Klasse. Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen.“

19 Marx-Engels-Ausgabe, Berlin (Ost) 1962, Bd. 18, S. 213, 287.

20 ebd., S. 214.



entstehen, sondern nur durch einfachen Betrug. Beim Mietkontrakt handelt es sich um ein „gewöhnliches Warengeschäft“ zwischen Bürgern, nicht aber um die kapitalistische Aneignung unbezahlter Arbeit (die alleinige Quelle kapitalistischen Mehrwertes). In der Marx'schen Definition heißt Kapital vor allem „Kommando über die unbezahlte Arbeit anderer“. Wenn also der Arbeiter ein Häuschen selbst besitzt, so ist er dadurch noch kein Kapitalist geworden, sondern ist immer noch Arbeiter geblieben<sup>21</sup>. Nicht das Sparen aufs eigene Häuschen empfiehlt Engels zur Lösung der Wohnungsfrage, sondern die „Expropriation der Expropriateure“. Es gehe nicht darum, den gesellschaftlichen Reichtum auf eine neue herrschende Schicht zu übertragen, sondern kollektiv anzueignen: „Gerade wie die Abschaffung des Grundeigentums nicht die Abschaffung der Grundrente ist, sondern ihre Übertragung an die Gesellschaft“<sup>22</sup>. Die Wiedereinführung des individuellen Eigentums an der Wohnung im Sozialismus hält Engels für einen Rückschritt, denn: „erst das durch die moderne große Industrie geschaffene, von allen ererbten Ketten, auch von denen, die es an den Boden fesselten, befreite und in den großen Städten zusammengetriebene Proletariat ist imstande, die große soziale Umgestaltung zu vollziehen, die aller Klassenausbeutung und aller Klassenherrschaft ein Ende machen wird.“<sup>23</sup> Engels sagt, daß Hausbesitz bei Arbeitern von bürgerlichen Gruppen gewünscht sei, weil die Arbeiter durch die Bindung an Besitz stärker an ihre Arbeitsverhältnisse gekettet und ihr revolutionäres Bewußtsein geschwächt werde. Aus diesem Grunde bauten die kapitalistischen Betriebe auch Arbeiterwohnungen, die damit ins Anlagekapital der Firmen mit eingingen<sup>24</sup>. Die bürgerliche Stadtplanung im Sinne Haussmans sei ebenfalls kein Mittel, das der Wohnungsnot langfristig ein Ende bereiten könnte, solange es in der Gesellschaft Klassengegensätze gebe. Durch Abbruch alter Viertel würden die Elendsquartiere nicht verschwinden, sondern an anderen Stellen neu entstehen<sup>25</sup>.

### III

Wie zutreffend die Analysen von Engels waren, ist durch die Kritik von Jane Jacobs an der Praxis der amerikanischen Städteplanung indirekt bewiesen worden. Zwar nennt Jacobs nicht das

21 ebd., S. 240.

22 ebd., S. 282.

23 ebd., S. 220. Der sozialpolitische Sinn dieser Maßnahme wurde früh von der Arbeitgeberseite erkannt. Vgl. dazu die Denkschrift von Steinhauer, G.: Gartenstadt Margarethenhöhe. 50 Jahre Margarethe-Krupp-Stiftung für Wohnungsfürsorge in Essen. Essen 1956, S. 29: „Wollen die Fabrikherren ihre Arbeiter seßhaft machen, so müssen sie diese Sorge übernehmen. Der Wohnungsbau ist einfach ein Gesetz des neu organisierten Erwerbslebens.“

24 Engels, op. cit., S. 247, besonders wenn die Arbeitsstätte ländlich war.

25 ebd., S. 260.

kapitalistische System beim Namen, wenn sie von der Misere der Städte spricht; sie behandelt das Problem lediglich als ein separates der Stadtplanung bzw. als das Problem des falschen Bewußtseins der Stadtplaner. Beim Bericht über die Methoden der Sanierung und Entstehung von Slums zeigt sie, wie sich dort die kapitalistischen Maximen, nämlich der Profitmaximierung, unmittelbar mit politischen Maßnahmen und behördlicher Gewalt verbinden. Wirtschaftlich im kapitalistischen Sinne ist der geplante Verfall billiger Quartiere, wenn sich auf demselben Gebiet gewinnträchtigere Bauten anlegen lassen. Hier arbeiten Grundstücksmakler (Spekulanten), Kreditinstitute und Lokalpolitiker oft in einträchtiger Weise zusammen. Geschädigt werden die schwachen Einkommensträger. Gelingt es ihnen nicht, gegen Sanierungsmaßnahmen politischen Protest zu entfalten, so werden sie, soweit der Stadt dazu die nötigen Exekutivmöglichkeiten nicht fehlen, zu Evakuierung und Umzug gezwungen. Die sozialen Probleme des sanierten Gebietes (sofern es tatsächlich sozialpathologische Probleme hatte) ziehen natürlich mit um und fördern die Verslummung in anderen Stadtteilen. Schon Engels hatte darauf hingewiesen.

Es mag abwegig erscheinen, genauer auf die amerikanischen Probleme des Städtebaus einzugehen. In Deutschland gibt es keine Slums; denn hier wird durch die allgemeinen Sozialversicherungssysteme (Altersrenten, Krankengelder, Arbeitslosenunterstützung etc.) die Entstehung einer Elendsbevölkerung verhindert. In Deutschland wurde auch der soziale Wohnungsbau bereits sehr stark nach dem I. Weltkrieg gefördert, in den USA wurde damit erst nach dem II. Weltkrieg begonnen<sup>26</sup>. Die Kosten für den Wohnungsbau werden in den USA in hohem Maße den privaten Haushalten aufgebürdet — seit Ende des II. Weltkriegs übersteigt die Zahl der Hauseigentümer die der Mieter<sup>27</sup> — und nur die allerärmsten Familien werden in öffentlich finanzierten Wohnungen untergebracht. Wegen der Knappheit öffentlich finanzierter Wohnungen müssen die Familien, deren Einkommen sich bessert, aus diesen Wohnungen ausziehen und sich etwas auf dem freien Wohnungsmarkt suchen. Dies hat zur Folge, daß die Bewohner von Sozialwohnungen systematisch auf einem sehr niedrigen Niveau gehalten werden, daß sie sich als Nachbarschaft insgesamt nicht stabilisieren können, und daß dadurch ein chronischer Slum gezüchtet wird.

Diese Regelung ist auch nachteilig für die Stabilisierung einzelner Familien, die in ihrer Aufstiegsphase mit Umzugskosten belastet

26 In Deutschland wurde das sog. „Reichssiedlungsgesetz“ 1919 (zur Förderung der Landwirtschaft) erlassen, in den USA der National Housing Act erst 1934. Dieses Gesetz schuf in der Federal Housing Administration Kreditleichtungen für Hausbau. Mehrere Housing Acts (1937, 1949, 1954) förderten sozialen Wohnungsbau noch stärker.

27 Vgl. Meyerson, M.; Terret, B., Wheaton, W. L. C.: *Housing, People and Cities*. New York/Toronto/London 1962. S. 33.

werden<sup>28</sup>. Es droht in der Bundesrepublik ein Abbau der sozialen Sicherungen auf dem Wohnungssektor, der eine Annäherung an amerikanische Verhältnisse bedeutet. Nicht nur werden die Fördermittel für den Wohnungsbau gekürzt, weil die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit rezessiv war, sondern auch die Rechte des Mieters werden geschmälert<sup>29</sup>. Die Verschlechterung der Wohnungsmarktlage, angepriesen als „Liberalisierung des Wohnungsmarktes“, bedeutet Verknappung billigen Wohnraums. Infolgedessen ist der nächste Schritt der Behörden, Maßnahmen zu treffen, die — ähnlich wie in den USA — das Verbleiben in Sozialwohnungen vom Einkommen abhängig machen. Dadurch werden mehr Haushalte gezwungen, sich auf dem freien Wohnungsmarkt zu orientieren und größere Teile ihres Einkommens auf Wohnausgaben zu verwenden. Dies behindert den sozialen Aufstieg insbesondere der Familien mit den geringeren Einkommen auf subtile Weise; in erster Linie wird an Sonderausgaben gespart, wie z. B. die Ausbildung der Kinder, wenn die unmittelbaren Subsistenzkosten durch Erhöhung der Wohnausgaben verteuert werden. Die Liberalisierung des Wohnungsmarktes bringt also nicht die gewünschte soziale Filtration, d. h. die gerechte Relation von Einkommen und Wohnkosten zustande, sondern sie benachteiligt die ökonomisch Schwachen. Die USA, die sich gewiß eines sehr liberalen Wohnungsmarktes rühmen dürfen, bestätigen nur allzu deutlich, daß diese Art der Wohnungspolitik zum Nachteil der ökonomisch Schwächsten ist. Wie manipulierbar die Gesetze dieses Marktes sind, soll an einem gut untersuchten Einzelfall dargestellt werden.

Bostons Westend, dessen Zerstörung nach den von Jane Jacobs aufs heftigste angeprangerten Methoden erfolgte, war ausführlicher Untersuchungsgegenstand einer Studie über das Leben der amerikanischen Unterklasse<sup>30</sup>. Herbert Gans führte die Untersuchung nach

28 Wilson, R.: *Difficult Housing Estate*. London 1963, zählte zu den größten Schwierigkeiten sozial schwieriger Familien, wenn sie in neue Wohnungen umgesiedelt wurden (nach einer Untersuchung in Liverpool): 1) Größere Geldsummen für den Umzug aufzutreiben, 2) Verzicht auf Konsumgüter, um die Wohnung einzurichten, 3) mit Vertretern fertig werden, die scheinbar verlockende Ratenkäufe anbieten, 4) neue Nachbarn finden. (S. 6/7)

29 Vgl. dazu die Regelungen des sog. „Lücke-Plans“ (Bundestagsdrucksache 1234): Entwurf eines Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht, 1959, das mit dem 1. 7. 1965 für alle Kreise und Gemeinden in Kraft trat. Dies Gesetz räumt dem Vermieter Kündigungsfreiheit ein und läuft auf einen weitgehenden Abbau des Mieterschutzes hinaus. Es unterstellt, daß die Wohnungszwangswirtschaft „den Mieter zu Lasten der Vermieter subventioniert. Aber nicht alle Vermieter sind wohlhabend und nicht alle Mieter einkommensschwach“. Mietbelastungen von 10—20 % des Nettoeinkommens werden als zu gering bezeichnet.

30 Gans, H.: *The Urban Villagers. Group and Class in the Life of Italian Americans*. Glencoe 1962.

Gans ist Soziologe, der sich mit Stadtplanung praktisch beschäftigt hat.

dem Vorbild von William F. Whyte aus, der Ende der dreißiger Jahre Bostons Nordend (Street Corner Society) als teilnehmender Beobachter erforscht hatte<sup>31</sup>. Es handelt sich in beiden Fällen um zwei als Slums bezeichnete Gebiete, in denen überwiegend italienische Einwanderer lebten. Der besondere Akzent der Gans'schen Arbeit entstand durch die geplante Zerstörung des Untersuchungsgebietes. Gans hat die Etappen dieser Zerstörung im Detail dargestellt. Die Stadtverwaltung von Boston entschloß sich zum Abbruch und der Sanierung dieses Quartiers, weil sie, im Einklang mit den Interessen von Grundstücksmaklern, die günstige Lage des Westends zur City ertragreicher auszunutzen erhoffte. Die von der Boston Housing Authority vorgesehene partielle Sanierung wurde von den Bostoner Kreditanstalten abgelehnt, weil die Nachbarschaft insgesamt kreditunwürdig erschien (italienische Immigranten)<sup>32</sup>. Schließlich stimmte die Stadt- sowie die Bundesverwaltung der Totalsanierung zu und überließ den Wiederaufbau einer Finanzierungsgruppe, die enge Beziehung zum Bürgermeister von Boston hatte. Der Entwicklungsplan sah den Bau von teuren Luxusappartements vor. Die Stadtverwaltung von Boston versprach sich von dieser Sanierung eine Verbesserung der Infrastruktur. Sie hoffte, daß neue „Qualitätskäufer“ die Geschäfte der Innenstadt beleben würden und damit zur Verbesserung des Bostoner Steueraufkommens beitragen könnten. Ob diese Erwartungen sich erfüllten, konnte zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht gesagt werden; keineswegs konnte der Erfolg als absolut sicher gelten.

Der Entschluß der Stadt Boston, sich auf dieses Projekt einzulassen, hatte im wesentlichen zwei Gründe: 1. er folgte dem Druck kapitalistischer Bodennutzungsinteressen, 2. er entsprang dem Wunsch nach einer Verbesserung der Sozialstruktur der Stadt. Die Interessenharmonie zwischen Grundstücksmaklern, Kreditanstalten und Stadtverwaltung liegt in der Schwäche der öffentlichen Verwaltung in bezug auf Planungsmittel und Planungsraum. Boston kämpft genau wie andere amerikanische und auch deutsche Großstädte mit dem Problem zu enger und veralteter Verwaltungsgrenzen; die in den USA wie in West-Deutschland hochgehaltene Autonomie kleiner Gemeinden, die der wirtschaftlichen Entwicklung in zusammenhängende Großräume entgegensteht, führt zu sehr starken Strukturunterschieden innerhalb eines solchen Gebietes. Davon sind die großen Gemeinden nachteilig betroffen. Boston sah sich zunehmend durch den Auszug von Industrie und wohlhabender Mittelklasse nach den Suburbs um Steuergelder beraubt. Gleichzeitig

Die Untersuchung über das Boston Westend wurde in Verbindung mit dem Center for Community Studies in the Department of Psychiatry, Massachusetts General Hospital and Harvard Medical School durchgeführt. Weitere Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden im Journal of the American Institute of Planners 1959 bis 1961 veröffentlicht.

31 Beide Untersuchungen wurden in Boston durchgeführt.

32 Gans, op. cit. S. 286 und 317.

stiegen die Belastungen für die rückbleibende arme Bevölkerung. Durch Sanierungsmaßnahmen versucht die Kernstadt, sich diese Bevölkerung vom Halse zu schaffen und ihre sozialen Probleme auf die Vorstädte zu verteilen<sup>33</sup>. Diese Politik funktioniert natürlich nur so lange, wie sich die betroffene Bevölkerung nicht zur Wehr setzt, mit politischem Protest droht und die Stadtverwaltung um Wählerstimmen fürchten läßt. Gans beschäftigte sich besonders mit den sozialpsychologischen Reaktionen auf dieses Sanierungsprojekt und förderte Einsichten zutage, die ein sehr lehrreiches Kapitel in der politischen Psychologie darstellen.

Die Bevölkerung des Sanierungsgebietes erwies sich als unfähig, ihr Quartier wirksam zu verteidigen, obwohl sie mit dessen Tradition und Lokalität fest verbunden war und dessen Erhaltung wünschte. Sie ließ sich deshalb fast ohne Widerstand hilflos von den Ereignissen überrollen, weil ihr der drohende Abbruch einfach ungläubwürdig erschien.

Der Städtebau ist also von unmittelbar politischen Entscheidungen abhängig. Welche Stadtform sich durchsetzt, bedeutet eine Durchsetzung der einen oder anderen Lebensform. Daß sich dabei keineswegs die psychologisch oder ästhetisch brauchbarsten Formen durchsetzen, hängt von dem Machtgefälle in der Gesellschaft ab. Es ist daher kein Abschweifen von städtebaulichen Problemen, wenn im folgenden Differenzen des Lebensstiles der verschiedenen sozialen Schichten und deren politische Artikulation ausführlicher behandelt werden.

Es ist z. B. oft schon ein Politikum, welche Stadtgebiete zu Slums erklärt werden. Die Merkmale alter Häuserbestand, hohe Sterblichkeit und Kriminalität waren für das Westend weniger ungünstig als z. B. für das Nordend; daß nicht das Nordend zuerst saniert wurde, lag nicht nur daran, daß seine Lage weniger zentral war als die des Westends, sondern daß die politische Stärke des Nordends so viel höher war, daß die Stadtverwaltung eine Sanierung gegen den Willen der Bewohner nicht durchsetzen konnte<sup>34</sup>. Die oft beschworene Kriminalität und soziale Gefährlichkeit von sog. sanierungsreifen Gebieten ist gewöhnlich eine Übertreibung. Alter Wohnbestand ist kein ausreichendes Kriterium für Totalsanierungen. Georgetown in Washington (der neue Wohnsitz der Kennedy-Witwe) und Beacon Hill in Boston sind alte, aber höchst begehrte Wohnorte. Die Slumbewohner sind, wie sie in einer deutschen Untersuchung treffend charakterisiert sind,

33 Wood, R. F.: *Suburbia. Its People and their Politics*. Boston 1958, S. 71 ff: durch den großen Exodus nach den Suburbs in den 20iger Jahren verschuldeten die Großstädte seit Beginn der 30iger Jahre zunehmend. ... „taxable resources steadily declined, and as residential areas deteriorated, the slums took up 20 per cent of the nonbusiness area, siphoning off 45 per cent of total municipal expenditures but contributing only 6 per cent of the revenue.“

34 Dies ist der Stadtteil, der durch den Namen „Cornerville“ in der Soziologie Berühmtheit erlangte.

arme aber ehrliche Leute<sup>35</sup>. Sie gleichen dem Helden in Brechts Stück Mahagonny, dessen Verbrechen in Zahlungsunfähigkeit bestand und der bestraft wurde, weil er kein Geld herbeischaffen konnte.

Der von den besser gestellten Schichten unterschiedene Lebensstil der Slumbewohner, der die Folge ökonomischer Beschränkungen widerspiegelt, dient allerdings oft zum Vorwand für die Durchführung so diskriminierender Maßnahmen wie Sanierungen. Gans' Untersuchung bestand darin, die Differenz der Lebensstile zwischen ökonomisch besser und schlechter gestellten Schichten herauszuarbeiten und vor allem ein Bild des Lebensstiles der unteren Schichten zu zeichnen, das sich nicht als Negativ der mittelständisch bestimmten Normen versteht. Wie schon Walfer B. Miller, geht auch Gans davon aus, daß der Lebensstil der Unterschichten funktional sei, d. h. den materiellen Lebensbedingungen maximal angepaßt. So entspricht die Suche nach „excitement“, der Hunger nach Aufregungen dem Wunsch, über die Monotonie der Arbeit hinwegzukommen; und die Orientierung an Personen und nicht so sehr an langfristigen Zielen (object-goal oriented vs. person-oriented), d. h. die Haltung des vonder-Hand-in-den-Mund-Lebens ist den Lebensumständen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, durchaus angemessen. Gans sowie auch S. M. Miller & F. Riessman<sup>36</sup> sehen daher die Arbeiter- oder Unterklasse-Subkultur als etwas Eigenständiges an, das nicht von den Mittelklassenormen übernommen worden ist. Trotzdem äußern sich viele der Konfliktmomente zwischen Unter- und Mittelklassemitgliedern als Konflikte ihrer Wertsysteme. Albert Cohens Arbeit über kriminelle Subkulturen jugendlicher Delinquenten hat solche Normendifferenzen zum Angelpunkt des Verständnisses kriminell abweichenden Verhaltens gemacht<sup>37</sup>. Aber es wäre noch zu fragen, ob nicht auch ein Kind mit gut internalisierten sog. Mittelklassenormen sich einer kriminellen Subkultur einfügen könnte, wenn dies nur gemäß den äußeren Umständen einigermaßen zweckrational erscheint.

#### IV

Gans hält den Lebensstil der oberen Mittelschicht gegenüber allen anderen Lebensstilen für erstrebenswerter<sup>38</sup>. Er glaubt, daß dieser Lebensstil dem Individuum ein reicheres und abwechslungsreicheres Leben ermögliche, vorausgesetzt allerdings, daß die materiellen Gegebenheiten vorhanden seien.

35 Kühne-Büning, L.: Sanierungsgebiete und ihre Bewohner im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Stuttgart 1962, S. 53: „Immer wieder war zu bemerken, daß auch in besonders schlechten Wohnungen eine ordentliche, zwar ärmere Bevölkerung lebte.“

36 Miller, S. M. und Riessman, F.: The Working Class Subculture: a New View. In: Social Problems 9 (1961) 86—97.

37 Cohen, A.: Delinquent Boys. The Culture of the Gang. Glencoe 1958 (dt. Übers.: Kriminelle Jugend, Hamburg, rde 1960).

38 Gans, op. cit., S. 264.

Diese Voraussetzung wird von Gans nicht ernst genug genommen, wenn er den Mittelklasse-Lebensstil für allgemein empfehlenswert hält. Er selbst meint einschränkend, daß er wenigstens von aufwärtsmobilen Unterklassemittgliedern übernommen werden könnte. Aber diese Empfehlung bleibt äußerlich, wenn sie nicht Erziehungsarbeit bedeutet, die an gegebenen Notlagen oder Interessen anknüpft und auf gesellschaftliche Änderung bezogen ist. Im Falle des von Gans untersuchten Objektes, dem Westend von Boston, hieß dies: die Diskrepanz zwischen Unterklasesentiment und behördlicher Ansicht wäre nur durch einen politisch formulierten Protest zu überwinden gewesen, nicht durch abstrakt moralische Besserung der Slumbewohner. Die politische Aktion hätte die Erziehungsarbeit, die Beschränkungen des Unterklassen-Lebensstiles auch in psychologischer Hinsicht aufzuheben, leisten müssen. Das umgekehrte Vorgehen, erst die moralische Besserung, das traditionell von den Sozialarbeitern angewandt wird, und dann die bessere gesellschaftliche Eingliederung zu besorgen, bleibt erfolglos, weil dadurch nichts an der Lage der Unterklassen geändert wird. Gans hatte diese Implikation durchschaut, als er den Entschluß faßte, selbst den Protest gegen die Sanierung des Westends zu organisieren. Er ließ diesen Entschluß fallen, weil er sich zugunsten der Durchführung seiner Untersuchung entschied<sup>39</sup>. Hätte er persönlich in das Geschehen eingegriffen, dann hätte er seinen Untersuchungsgegenstand selbst verändert.

Das Ergebnis seiner Untersuchung bestand in dem Nachweis, daß der Lebensstil der Unterklassen, wie immer aus der ökonomischen Stellung dieser Schichten erklärbar, in solch einem Gegensatz zu dem der Mittelschichten steht, daß er ständige Mißverständnisse zwischen beiden Schichten hervorruft und — was entscheidender ist — auf Seiten der Unterschichten zu politischer Apathie führt. Diese Apathie liegt in der Unfähigkeit, weitgespannte, d. h. über den Privatbereich hinausgehende, eigene Interessen tatkräftig zu vertreten. Lähmend wirkt der Abstand zwischen dem privaten und dem öffentlichen Lebensbereich. Die West-End-Bewohner weigerten sich, die Information, daß der Wohnbezirk, an dem sie so sehr hingen, einfach abgerissen werden sollte, ernst zu nehmen. Dieses Vorhaben schien ihnen so unfassbar und ungeheuerlich, daß sie es vermieden, sich in Gedanken daran zu beunruhigen. Sie klammerten sich daran, daß die bittere Wahrheit nur ein Gerücht sei. Die Bereitschaft, sich an Gerüchte zu halten, wurde allerdings von den entsprechenden Behörden ausgenutzt und unterstützt, indem Nachrichten über das Sanierungsprojekt nur in sehr spärlicher Form und unklarer Sprache herausgegeben wurden. Die Haltung der Betroffenen schwankte zwischen Hoffnungslosigkeit und Unglauben<sup>40</sup>.

39 ebd., S. 307. Nicht zuletzt entschied sich Gans für die Durchführung seiner Untersuchung, weil er zeigen wollte, in welcher Weise Sanierungsprogramme funktionieren.

40 ebd., S. 289/290.

Der geplante Abbruch hatte allerdings auch ungeheure Dimensionen. In

Es bleibt offen, ob die West-End-Bevölkerung die Sanierung ihres Viertels so passiv wie ein Naturgeschick über sich ergehen lassen hätte, wenn ihr hilfloser moralischer Protest besser und zielsicherer hätte organisiert werden können. Es war nicht nur die Apathie der Westend-Bewohner, sondern auch die spezifisch unglückliche Zusammensetzung der einzigen politischen Vertretung, des „Save the West-End Committee“, das die fast widerstandslose Evakuierung erlaubte. Die Zusammensetzung dieses Komitees war untypisch für die Bevölkerung des Distrikts; es gelang ihm weder, die Bevölkerung anzusprechen, noch ein wirksames Aktionsprogramm zu entwickeln. Selbstverständlich blieb deshalb auch das „Verständnis“ der Behörden für die Probleme der West-End-Bewohner aus, und daß dies ausblieb ist mehr als ein bloß ideologisches Mißverständnis zwischen den Angehörigen verschiedener Subkulturen.

## V

Das Beispiel zeigt, wie sich kapitalistische Landnutzungsschemata herstellen, wenn sich ihnen keine historischen oder politischen Hindernisse entgegenstellen. Svend Riemer konstatierte, daß die Bodennutzung innerhalb der Großstadt von den Wünschen der kaufkräftigsten Gruppen bestimmt wird. Bei gewerblichen Standorten sind die verkehrsgünstigsten am begehrtesten — daher erzielt die City die höchsten Bodenpreise —, bei Wohngebieten zählen die Außengebiete, weil dort die gehobeneren Wohnbedürfnisse durch den Bau neuer Häuser befriedigt werden können. Außerdem wird die Wohnbevölkerung durch die un gelenkte Expansion der City in die Randgebiete der Großstadt gedrängt<sup>41</sup>. Fehlen geographische und historische Hindernisse und expandiert der Stadtkern sehr stark, so wachsen die Städte ringförmig (dieses konzentrische Landnutzungsschema herrscht bei vielen amerikanischen Großstädten vor)<sup>42</sup>; sonst erfolgt das Wachstum in der Erweiterung verschiedener Segmente<sup>43</sup>. Ob nun die Wachstumszonen ringförmige oder klumpenförmige Gebiete

weniger als 2 Jahren wurden mehr als 20 000 Personen zum Umzug gezwungen. Nur 10 % von diesen wurden vom sozialen Wohnungsbau versorgt. Die meisten zogen in Gebiete, die oft schon auf der nächsten Sanierungsliste standen, weil dort ebenso billige alte Häuser zu finden waren wie im Westend. (S. 304)

41 Diese klare Formulierung steht in Svend Riemers Lehrbuch: *The Modern City. An Introduction to Urban Sociology*. New York (3) 1955, (1. Aufl. 1952) in Kap. 7: *Geographic Patterns of City Growth*.

42 Die „Ring-Theorie“ wurde Mitte der 20iger Jahre von den amerikanischen Soziologen Burgess, Park, McKenzie: *The City*. Chicago 1925, entwickelt. Riemer kritisiert an dieser Theorie die Annahme, daß diese Form des Wachstums die „natürliche“ sei, d. h. universell gültig für industrielle Großstadtkerne. Sie gelte nur unter bestimmten historischen Bedingungen.

43 Eine These, die von Homer Hoyt: *The Structure and Growth of Residential Neighborhoods in American Cities*. Washington 1939 entwickelt wurde.



sind: gemeinsam ist ihnen, daß sie hinsichtlich ihrer sozialen Merkmale gleichartig in sich sind, wenn auch gegeneinander scharf abgegrenzt. Die ökologische Schule in der amerikanischen Soziologie prägte für diese Gebiete den Ausdruck *natural areas*<sup>44</sup>. Riemer kritisiert an diesem Begriff, daß er spezifisch historische Stadtentwicklungsmuster als natürlich erscheinen ließe. Die Segregation der verschiedenen städtischen Nutzungsgebiete und Bevölkerungsschichten ist ein Prozeß, der sich keineswegs durch eine „invisible hand“ reguliert, sondern der entscheidend von Grundstücksmaklern gesteuert wird<sup>45</sup>.

In einem neueren Buch zur Stadtsoziologie versucht James Beshers die Stadtstruktur in unmittelbarem Zusammenhang zur Sozialstruktur zu bringen<sup>46</sup>. Seine These lautet: der Zerfall der Stadtregion in sozial homogene, räumlich abgrenzbare Aggregate entspricht der Erstarrung des gesellschaftlichen Schichtungssystems in ein Kastensystem<sup>47</sup>. Er kritisiert an der amerikanischen Soziologie, daß sie die Ergebnisse ihrer einzelnen Forschungsrichtungen nicht integriert habe. Dies wirft er vor allem der Fachrichtung von Parsons und Merton vor, die er als funktionalistische Schule der Soziologie bezeichnet und ebenso der ökologischen Schule, die von Burgess, Park, McKenzie stammt. Zur Unterstützung seiner These, daß das amerikanische Schichtungssystem sich mittels räumlicher Segregierung zu einer Kastengesellschaft schließt, benutzt Beshers die verschiedensten Untersuchungen aus der Stadtsoziologie wie aus der Sozialpsychologie. Außerdem entwickelt er ein mathematisches Modell der Berechenbarkeit sozialer Kontakt- und Beziehungsmöglichkeiten unter bestimmten räumlichen Verhältnissen<sup>48</sup>. Er versucht damit eine der Lücken zu schließen, die die Soziologie zum Verständnis gesellschaftlicher Verhältnisse offen läßt: wie nämlich die sinnlich erfassbaren Strukturen (wie sie sich im Stadtbild zeigen) der gesellschaftlichen Wirklichkeit mit begrifflich klaren Modellvorstellungen erklärt und nicht länger deskriptiv abgehandelt werden.

Beshers' gesellschaftliche Interpretationen münden in eine Herrschafts- oder Elitentheorie. Den Grad von Herrschaftsausübung bemißt er nach dem Grad sozialer Distanz zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, wie sie sich am Heiratsverhalten ablesen läßt. Wären die gesellschaftlichen Positionen der Elite grundsätzlich allgemein zugänglich und nicht durch Herrschaftstechniken vor dem Eindringen anderer Gruppenangehöriger abgesichert, so müßte die soziale Distanz zwischen den verschiedenen Einkommens- und Rasengruppen geringfügig sein. Ist aber die soziale Distanz zwischen

44 Diese *natural areas* sind nicht mit Nachbarschaften identisch.

45 Riemer, op. cit. S. 111.

46 Systematische Erfassung von *natural areas* zuerst bei Shevky, E. und Bell, W.: *Social Area Analysis*. Stanford 1955. Dies Verfahren wurde von Tyron, B.: *Identification of Social Areas by Cluster Analysis*. Berkeley 1955 weiter systematisiert.

47 Beshers, James: *Urban Social Structure*. Glencoe 1962.

48 ebd., im Anhang S. 179 ff.

diesen Gruppen sehr groß, so ist die soziale Kontrolle im Zug der Monopolisierung bestimmter gesellschaftlicher Positionen ebenfalls groß.

Max Weber sieht Kasten und Stände als Überhöhung der Differenzen an, die sich aus der unterschiedlichen Klassenlage der Individuen ergeben. Kasten sind nach seiner Definition die schärfste Zuspitzung ständischer Privilegien und „Monopolisierung ideeller und materieller Güter oder Chancen“<sup>49</sup>. Die Tendenz zu ständischer Erstarrung der bloß ökonomisch bestehenden Klassenlagen (gemeint sind Schichtdifferenzen) leitet Weber aus der zunehmenden Bürokratisierung der modernen industriellen Gesellschaft ab, wie sie vom abendländischen Kapitalismus geschaffen wurde. Beshers stellt die Tendenz zur ständischen Abschließung der Gesellschaft empirisch fest; an Hand der Forschungsergebnisse der ökologischen Schule schließt er auf monopolistische Strukturen und Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft.

Kernstück seiner Beweisführung ist die These, daß die Herrschaft der modernen Eliten nicht länger durch unmittelbare soziale Vorschriften aufgezwungen wird, sondern durch soziale Arrangements. Dazu gehört die Strukturierung der räumlichen Umgebung nach einseitigen Gebrauchszwecken.

Als Kennzeichen einer Kastengesellschaft gilt nach wie vor, daß Heiraten über die ökonomischen Klassen- bzw. Schichtdifferenzen verhindert werden. Dies wird in der heutigen (amerikanischen) Gesellschaft aber nicht durch unmittelbare Heiratsvorschriften geregelt, sondern durch Manipulation der Kontaktmöglichkeiten der Jugendlichen. In den sozial homogenen Wohnquartieren, wie sie sich am Rand der Großstädte ausbilden, wird den Jugendlichen die Chance genommen, sich bei der Partnerwahl in „fremden Revieren“ zu bewegen<sup>50</sup>. Die Manipulation der Kontaktmöglichkeiten ist keineswegs ein Prozeß, der von den Betroffenen bewußt wahrgenommen wird. Die Wahl des Wohnsitzes der Eltern ist in weitem Maße durch das Angebot an Wohnungen auf dem Markt bestimmt und weniger durch rationale Wunschvorstellungen<sup>51</sup>. Die subjektiv geäußerten Vorzüge des Vorstadtlebens, z. B. die immer wieder bestätigte Zentrierung auf Familienleben und Kindererziehung, können objektiv gesehen soziale Regressionen bedeuten. Noch lange vor Beshers haben bereits Jaco und Belknap darauf hingewiesen, daß in den Vorstadtfamilien die freie Partnerwahl der Heranwachsenden stärker kontrolliert wird als in den Stadtfamilien<sup>52</sup>, wenn sie auch dar-

49 Weber, M.: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 2, Berlin/Köln (5) 1964, S. 686. Vgl. auch die vorangegangenen Seiten über die Definitionen von Klassen, Ständen, Parteien.

50 Diese Annahme bildet die Grundlage von Beshers mathematischem Modell für die Berechenbarkeit der Schichtungserstarrungen.

51 Daraufhin hat L. Schnore sehr eindringlich verwiesen. Vgl. *The Suburban Community* (ed. by W. Dobriner), New York 1958.

52 Jaco, E. G. und Belknap, I.: *Is a New Family Form Emerging in the Urban Fringe?* *Am. Sociol. Rev.* 18 (1953), 551—557. S. 556: „Implicit

aus keine weiteren soziologischen Schlüsse ziehen. Die Formierung der Gesellschaft in ein System sozialer Kasten auf dem Wege der räumlichen Isolation muß als ein Prozeß dargestellt werden, der von bewußten Wahrnehmungen weit entfernt ist.

Beshers versucht diesen Prozeß bewußt zu machen, indem er darauf hinweist, daß die räumliche Fixierung sozialer Beziehungen eine bestimmte Art des Kommunikationsverhaltens bedingt. Durch die Verringerung der räumlichen Begegnungsmöglichkeiten von Menschen aus verschiedenartigsten Bevölkerungsgruppen werden auch verschiedene Kommunikationsspektren verringert. Der auf gleichartigen sozialen Umgang abgestellte Verkehr ist zur Kenntnisnahme anderer Gesellschaftsteile stärker auf Informationen aus zweiter und dritter Hand angewiesen. Informationen aus zweiter Hand und besonders Informationen über Massenmedien gehören zwar notwendig zu einer sehr arbeitsteiligen Gesellschaft, in der dem Einzelnen auf Grund seiner Spezialisierung nur noch ein beschränkter Ausschnitt der Realität zugänglich ist; aber diese Einschränkung bedarf kompensatorischer Institutionen, wenn sie nicht Verarmung des individuellen Erlebens und Denkens bedeuten soll. Gerade bei den Massenmedien ist die Gefahr der Stereotypierung des Bewußtseins besonders groß, weil diesem Kommunikationsmittel das Moment der Gegenseitigkeit fehlt<sup>53</sup>. Die Großstädte müssen also Institutionen und Räume besitzen, in denen ein höchst flexibles Kontakt- und Kommunikationsverhalten geübt werden kann und die „Kenntnisse aus zweiter Hand“ tendenziell immer mit sozialer Erfahrung verknüpft werden können. Nur dadurch würden die ökonomischen Schichtdifferenzen durchlässig.

Zu den automatisiert ablaufenden Stratifikationsprozessen der Gesellschaft gehört nicht nur die räumliche Fixierung, sondern auch die symbolische Differenzierung der sozio-ökonomischen Schichten. Die symbolische Kennzeichnung der verschiedenen Schichten reguliert ihr kollektives Selbstbewußtsein; die räumliche Fixierung des sozio-ökonomischen Schichtungsgefälles trägt zur symbolischen Überhöhung ökonomischer Differenzen bei. Beshers stellt diese Tendenz zur Übersymbolisierung der ökonomischen Differenzen innerhalb der Gesellschaft als Herrschaftstechnik dar. Die herrschenden Gruppen, die sich bei steigendem allgemeinem gesellschaftlichem Reichtum nicht länger durch sichtbare materielle oder erlernbare Statussym-

in the strengthening of the parental bonds in the fringe family is an increased control over the courtship process, and perhaps solidarity in the old age family roles. In the central City, anonymity and diversity of interaction minimizes parental control over children in the realm of courtship and dating.“

53 Die Thesen über Kommunikation und Sozialstruktur finden sich im 4. und 5. Kapitel von Beshers' Buch. Beshers liegt es ferne, den Massenkommunikationsmitteln als solchen die Schuld für Wahrnehmungsverzerrungen und Stereotypen anzulasten. Diese Medien können Kenntnisse über primär libidinös besetzbare Objekte überhaupt erst vorbereiten oder vertiefen, wenn sie diese Beziehungen auch niemals ersetzen können.

bole abgrenzen können, müssen zu ihrer Abgrenzung zu immer rigideren Trennungsmarkierungen greifen; andernfalls würden sie die Zugänglichkeit zu ihren Positionen allzu weitgehend erleichtern. So werden schließlich biologische Kriterien (Hautfarbe) als Mittel zur Diskriminierung benutzt und die untersten, sozial gleichgestellten Schichten werden in rassistisch verschiedene Subkulturen aufgesplittert. Beshers erkennt darin das Herrschaftsprinzip „divide et impera“: die Zersplitterung der unteren sozialen Gruppen verhindert politisch gefährliche Koalitionen. Die Erstarrung des Schichtungssystems zu Kasten bei gleichzeitig wachsendem gesellschaftlichem Reichtum führt Beshers darauf zurück, daß die internen Stratifikationsregulierungen in der Kommunikation über gesellschaftliche Symbole liegen (Wertsystem), deren Genese zwar an den Stand der jeweiligen gesellschaftlichen Reproduktionsstufe gebunden ist, die aber gegenüber der materiellen Basis der Gesellschaft etwas Selbständiges sind, das selbst wieder auf die Reproduktion bestimmter ökonomischer Verhältnisse zurückwirkt. Darum kommt dem individuellen Sozialisationsprozeß, in dem die Handhabung von Symbolen erlernt wird, d. h. sich bestimmte Wertsysteme reproduzieren, eine entscheidende Bedeutung in der Aufrechterhaltung von Schichtungsunterschieden zu<sup>54</sup>.

Diese Diskriminierungen, die sich durch die konkret vorgenommene Isolierung der verschiedenen Schichten voneinander ergeben, können Desorganisationserscheinungen auf der individuellen Ebene bedingen. Insbesondere die untersten Schichten, in den USA die Slumbewohner, reagieren auf den stress ihrer Umweltbedingungen mit psychopathologischen Symptomen schwerer Art: Schizophrenie ist eine Krankheit, die zur Unterschicht gehört; räumlich gesehen konzentrieren sich die schizophrenen Erkrankungen in den Übergangszonen nahe des Stadtkerns<sup>55</sup>. In einer ausführlichen Untersuchung über schizophrene Familien in einem puertorikanischen Slum konnte nachgewiesen werden, daß gerade psychotische Dekompensationen recht unmittelbar auf widrige Lebensumstände zurückgehen, an denen das Individuum selbst bei großer eigener Anstrengung nichts ändern kann, etwa Arbeitslosigkeit oder Todesfälle naher Anverwandter<sup>56</sup>.

54 ebd., S. 54/55.

55 Dies war das Ergebnis der klassischen Arbeit von Faris und Dunham: *Mental Disorders in Urban Areas*. Chicago (2) 1964 1. Aufl. 1939. Für europäische Verhältnisse s. die Arbeit von Marie Chombart de Lauwe. *Psychopathologie Sociale de l'Enfant Inadapté*. Paris 1959.

Unabhängig von den ökologischen Untersuchungen ist der Nachweis erbracht worden, daß die Schichtzugehörigkeit auf Art und Dauer psychiatrischer Erkrankungen einwirkt. Am deutlichsten ist dies bei Schizophrenie, deren Häufigkeit in den untersten Schichten am höchsten ist. Vgl. dazu die Untersuchung von Hollingshead, A. B. und Redlich, F. C.: *Social Class and Mental Illness*. New York 1958.

56 Rogler, L. und Hollingshead, A. B.: *Trapped. Families and Schizophrenia*. New York 1965. 20 Familien, mit wenigstens einem schizophrenen

Unmittelbar verknüpft mit der ökonomischen Deprivation der Unterschichten ist die Schwächung ihres kollektiven Selbstbewußtseins; denn die hohe gesellschaftliche Bewertung von Besitz führt dazu, daß Eigentum zu den wichtigsten Quellen von persönlicher Identität und stabilem Selbstbewußtsein zählt. In einer Gesellschaft, die von Überproduktionskrisen bedroht ist, werden solche Identifikationsmodelle erst recht gefördert. Wer wenig besitzt, besitzt aber wenig Identifizierungsmöglichkeiten, aus denen er Selbstbewußtsein und persönliche Identität schöpfen kann. Um dies auszugleichen, muß er sich Identifikationsmöglichkeiten suchen, die nicht an Besitz- oder Eigentumskategorien hängen. Gans hatte bei Bostons Westend-Bevölkerung festgestellt, daß diese einen wesentlichen Teil ihres Selbstbewußtseins aus der Identifikation mit der Nachbarschaft bezog. Das Eigentümliche dieses Identifikationsprozesses war die Bezogenheit auf eine feste Raumstruktur<sup>57</sup>. Die Freundschaftsbeziehungen zu Verwandten, Nachbarn und Bekannten formten ein räumlich klar begrenztes Muster, das jeweils für einzelne Individuen im engeren Bereich unterschiedlich ausfiel, das aber insgesamt auf einen einheitlichen Raum und dessen spezifische bauliche Charakteristika bezogen war. Dies steht ganz im Gegensatz zu den Freundschaftsbeziehungen der Mittelschichten, die viel unabhängiger von der Raumbeziehung gesehen werden<sup>58</sup>. Die Raumwahrnehmung der höheren Schichten ist stärker funktionalisiert<sup>59</sup>; sie ist von primär-libidinöser Besetzung weiter entfernt. Darum ist auch für mittelständisches Bewußt-

Ehepartner (Alter 20—35 J.) und ebensoviele gesunde Kontrollfamilien aus der gleichen Umgebung, nämlich puertorikanischen Slums, wurden in mehrmaligen Intensivinterviews von geschulten Interviewern untersucht. Familien mit einem Kranken hatten in dem Zeitraum, der der Erkrankung voranging, mit wesentlich härteren Schwierigkeiten zu kämpfen — wie Arbeitslosigkeit oder Todesfälle naher Anverwandter — als die Kontrollfamilien.

57 Diese Feststellung ist das wichtigste Ergebnis einer psychiatrischen Untersuchung über die Folgen der Umsiedlung der Bostoner West-End-Bevölkerung. Vgl. Fried, M. und Gleicher, P.: Some Sources of Residential Satisfaction in an Urban Slum. In: Journal of the American Institute of Planners 27 (1961) S. 305—315.

58 Fried und Gleicher, a.a.O., S. 315: „it is difficult to appreciate the intensity of meaning, the basic sense of identity involved in living in the particular area. Yet it seems to form the core of the extensive social integration that characterizes this (and other) working class slum populations.“

59 Erst wenn eine sehr starke soziale Sortierung bereits vorliegt, strukturieren die höheren Schichten ihre Freundschaftsbeziehungen nach soziometrisch berechenbaren räumlichen Gegebenheiten. Dies wird aus der Untersuchung von Festinger, L. et al.: Social Pressures in Informal Groups. A Study of Human Factors in Housing. New York 1950 ersichtlich. Freundschaftsbeziehungen in einer extrem homogenen Collegesiedlung zeigten sich als Funktion der Distanz von Wohnungstür zu Wohnungstür. Bei Unterschichten ist die Raum- und Sozialbeziehung stärker mit einander vermittelt.

sein nicht ohne weiteres einsichtig, in welcher Weise sogar Slums zu positiven Identifikationszentren instabiler Bevölkerungsschichten werden können. Es ist bedauerlich, daß selbst in den Untersuchungen, die den höheren Grad von räumlicher Beziehung der sozialen Identifikationsobjekte bei Unterschichten nachgewiesen haben, keine systematischen Versuche gemacht wurden, die Art der Raumstruktur zu untersuchen, die diesen Identifikationsprozessen förderlich ist. Die Bearbeitung dieser Frage würde unmittelbar an den Interessen von Architekten und Stadtplanern anknüpfen, da diese schließlich die konkrete Gestaltung des Raumes besorgen.

## VI

Es gehört wiederum zu den Verdiensten von Jane Jacobs, dieses wissenschaftliche Neuland, die Übersetzung psychologischer Kenntnisse in architektonische Strukturen erforscht zu haben. Jacobs zeigt, welche sozialen Funktionen räumliche Gebilde erfüllen und wie soziale Beziehungen durch bestimmte Raumstrukturen gefördert oder gehindert werden können<sup>60</sup>.

Das wichtigste Strukturelement der Städte sind Straßen. Straßen sind aber nach Jacobs nicht nur abstrakte, lediglich der Funktion von Transport dienende Einheiten, sondern konkrete Orte sozialer Beziehungen. Straßen sind nach Jacobs Definition der öffentliche Raum der Stadt, aber nur, wenn sie so konstruiert sind, daß sie mehr als nur einer Transportfunktion dienen. Die Funktionalität der Verkehrsarten, d. h. die räumliche Trennung von Fußgängern, Auto- und Güterverkehr, kanalisiert bestimmte Kommunikationsmöglichkeiten. Durch die Isolierung von Funktionen werden Vermittlungsräume zwischen verschiedenen Tätigkeitsbereichen beseitigt; das Wahrnehmungsfeld verarmt.

In der Gestalt der alten „Korridorstraße“ sieht Jacobs eine der gelungensten Organisationsformen für öffentlichen Raum in der Stadt. Dort können die isoliert auftretenden Privatpersonen sich vor anderen darstellen und zu ihnen in Beziehung treten. Die Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Raum wird von Jacobs ad hoc getroffen. Bahrdt hat diese Kategorien historisch abgeleitet und die Beobachtungen von Jane Jacobs theoretisch besser fundiert<sup>61</sup>. Aber er geht in der Anwendung seiner theoretischen Erkenntnisse nicht so weit wie Jacobs; denn Jacobs vertritt die These, daß die psychopathologischen Erscheinungen des Großstadtlebens (Vandalismus, Kriminalität, Geisteskrankheit) stärker zum

60 Jane Jacobs, a.a.O., S. 46 ff.

61 Bahrdt, H. P.: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Hamburg 1961, Teil II: Öffentlichkeit und Privatheit als Grundformen städtischer Vergesellschaftung. Bahrdt leitet diese sozialpsychologischen Kategorien aus der Sozialstruktur des Marktes ab, durch die die feudalen Abhängigkeitsverhältnisse in der Stadt aufgehoben wurden.

Vorschein kommen, wenn der öffentliche Vermittlungsraum innerhalb der Städte abgeschafft wird, d. h., wenn die Funktionsbereiche der Stadt stärker isoliert werden oder: wenn die Entstädterung weiter vorangetrieben wird. Jane Jacobs hat von „links“ die Thesen der Charta von Athen (1933), die zum Katechismus funktionellen Städtebaus erhoben worden waren, kritisiert, indem sie nachwies, daß dieses Raumschema dysfunktional in bezug auf die Integration der Gesamtstruktur der Stadt ist. Sie greift besonders die Vorurteile an, mit denen die Abschaffung der alten Straßen verlangt wird und für deren Motive verkehrstechnische Begründungen allein nicht ausreichend sind. Nehmen wir Corbusier als Beispiel: die mehrfunktionale „Korridorstraße“, von Gehsteigen für Fußgänger flankiert und parallel zugeordneten Häuserfronten, die von der Straße weg einen geschützten Innenraum bilden, wird von Corbusier mit recht emotionalen Argumenten als städtebaulich veraltet verworfen. Da heißt es: „Die Straße verbraucht uns. Und zuletzt flößt sie uns Abscheu ein!“<sup>62</sup> Warum so viel Abscheu vor diesen Straßen? Denn Corbusier weiß auch positive Züge dieser Straßen zu nennen; wenn sie belebt sind, „und wenn wir zu schauen verstehen, können wir uns in diesen Straßen köstlich amüsieren: — besser als im Theater oder mit einem Roman: Gesichter und Begierden.“ Aber dieser Anblick rufe keine Freude hervor, sondern höchstens Mitleid und Erbarmen<sup>63</sup>; denn in diesen Straßen wird man an die arme und arbeitende Bevölkerung erinnert. Corbusier bringt Korridorstraßen und Armut in assoziativen Zusammenhang, weil in der Tat in diesen Straßen oft arme Leute wohnen, was damit zusammenhängt, daß Mieten wegen des alten Häuserbestandes billiger sind (so im Falle des von Gans untersuchten Bostoner Westends).

Es zählt zu den zäh tradierten Irrtümern der Nachbarschaftsplanung (seit Perry 1929) zu glauben, daß durch die Abschaffung der Straßen und den Bau moderner und hygienischer Wohnungen die sozialpathologischen Probleme der Unterschichten verringert werden könnten. Immerhin wurde auf diesem Irrtum eine neue Raumstrukturierung entwickelt, durch die ausschließlich die als sozialhygienisch gesund erachteten Nachbarschaftsbeziehungen berücksichtigt und von allen anderen Sozialbeziehungen möglichst sauber getrennt werden sollten. Darum wurden die Bereiche Fußgänger / Autos und Wohnungen / Einrichtungen des öffentlichen Gebrauchs räumlich voneinander gesondert<sup>64</sup>. In den nun „reinen“ Wohngebieten sollten sich die Nachbarschaftsbeziehungen ungestört entwickeln können.

62 Corbusier, Feststellungen 1929. Berlin: Ullstein 1964, S. 184.

63 ebd., S. 183 f.

64 Dieser Ausdruck nach dem Artikel von Katrin Zapf in der Stadtbauwelt Dez. 1966.

## VII

Durch diese Art funktioneller Bauweise und neuartiger Raumstrukturierung können sich vielfach bereits bestehende Beziehungen festigen, aber der Raum für noch nicht existierende Beziehungen fehlt. Orte für spontane Kontakte mit unbekanntem Menschen, die nicht über eine geplante Zweckbeziehung vermittelt sind, bilden mehrfunktionelle, allgemein zugängliche Orte. Solche Orte „offener“ Raumstruktur sind Straßen und Kneipen. Dort kann das Individuum lernen, sich auf ungerichtete, nicht genau vorhersehbare und berechenbare Impulse emotional einzustellen und ohne Feindseligkeit auf Unbekanntes zu reagieren. Deswegen müssen diese Orte auch als Kernpunkte sozialer Stabilisierung gelten und nicht als die Auswüchse sozialer Desorganisation. Gegenden, die nur wenigen oder einer einzigen Nutzung dienen, bieten wenig Anhaltspunkte für spontane und emotionelle Beziehungen, denn wenn sie besucht werden, gibt es außer der geplanten Erledigung wenig Möglichkeiten für zusätzliche Erlebnisse.

Die Isolierung einseitiger Nutzungsfelder voneinander ist der wesentliche Grund für den Verlust von Urbanität im Städtebau. Diese Tendenz zur Einseitigkeit ist keine technische Notwendigkeit industrialisierter Gesellschaften, sondern von veränderbaren historischen Faktoren abhängig. Auch die scheinbar neutralsten architektonischen Formgebungen überhöhen rein technische Relationen durch sinngebende Darstellung.

Wir müssen lernen, den Sinn der architektonischen Formensprache in die Alltagssprache zu übersetzen. Wir müssen die Fähigkeit erwerben, den sozialen und psychologischen Gehalt, den wir beispielsweise dem Begriff Urbanität unterlegen, adäquat von architektonischen Formen abzulesen und auch auf sie zu übertragen. Was für „nicht-architektonische“ Nebenwirkungen haben Räume, die nur einseitig auf eine Nutzung hin konstruiert sind? Diese Räume wirken hemmend auf das Kontaktverhalten der Menschen, weil die räumliche Isolation der verschiedenen Nutzungsfunktionen auch die Wahrnehmungsinhalte voneinander isoliert, die überhaupt erst unvorhergesehene Kontaktmöglichkeiten erlauben.

Ein typisch eindimensionales Nutzungsfeld ist z. B. der Fahrstuhl in Hochhäusern. Er erfüllt die Funktion, die für kleinere Wohn- oder Büroeinheiten das Treppenhaus einnimmt, in viel einseitigerer Weise. Fahrstühle sind kontaktfreudlich; man kann sich in ihnen nicht länger aufhalten, als die Fahrzeit dauert. Wenn man verweilen wollte, wie man es in einem Treppenhaus, in dem man einen Bekannten trifft, durchaus kann, dann stört man entweder den Betrieb, indem man die Fahrstuhltür offenhält oder man gibt dem Schwatz, den man angelegentlich begonnen hat, etwas zu Offizielles, wenn man sich aus dem Fahrstuhl heraus an einen extra Ort begibt und unterläßt diese Zusatzbewegung.

Ähnlich kontaktfreudliche sozial isolierende Wirkung wie Fahrstühle haben im städtebaulichen Maßstab Sackgassen zur Erschließung von Wohngebieten.



Die nur auf einen einzigen Punkt hin extrem funktionalisierten Erschließungssysteme (auf den Einmündungspunkt des übergeordneten Straßensystems hin konstruiert) zerreißen die physische Kontinuität des Raumes auf nahezu groteske Weise. Räumlich nah beieinanderliegende Orte geraten durch einseitig funktionalisierte Erschließung weit auseinander. Nehmen wir als Beispiel das englische Städtebauprojekt am südlichen Themsemündungsgebiet, das Woolwich-Erith-Riverside Project, in dem zur Erhaltung von „environmental areas“ eine vollständige Trennung von Fußgänger- und Autoverkehr vorgesehen ist. Den Mittelpunkt dieser environmental areas sollen großzügige Grünstreifen und Parks bilden. Sämtliche Erschließungswege des Auto- und Fußgängerverkehrs führen an diese Grünzonen heran, aber kein Weg hindurch. Stichstraßen kanalisieren hier nicht nur den Auto-, sondern auch den Fußgängerverkehr. Zwischen beiden Verkehrssystemen bestehen sehr wenig Überschneidungspunkte. Nicht einmal im Zentrum, das sehr hohe Dichten aufweist, wurden solche Überschneidungen vorgenommen: dort ist der Autoverkehr nicht sichtbar<sup>65</sup>. Die wunderschönen Modellfotos von diesem Projekt lassen zunächst keine Entstädterungs- und Isolierungstendenzen erkennen; denn im Gegensatz zu dem „Suburban Sprawl“ der ungeplanten Stadtrandzersiedelung wirkt die Bebauung dieses Geländes sogar sehr städtisch, weil an den Rändern zu den großen Autostraßen hin die Überbauung außerordentlich kompakt ist<sup>66</sup>. Aber allein durch hohe Dichteziffern, die abstrakte Häufung von Personen pro Fläche, entsteht noch nicht Urbanität, jene Belebtheit des Raumes, die mit „Wohlgebildetheit an Leib und Seele“ (Salin) korrespondiert. Die Relationen zwischen Verkehrsfläche und Bauvolumen für Wohn- und Arbeitsstätten müßten genauer bekannt sein, damit bessere Kenntnisse für die Bedingungen für städtische Vielfalt und Kontaktmöglichkeiten vorhanden sind.

Dazu müßte der Städtebau freilich selbst mehr öffentliche Angelegenheit sein und nicht in Händen privater oder halbprivater Institutionen liegen, deren Interesse es ist, den Raum einseitig nach dem für sie ertragreichsten Nutzen zu erschließen. Dazu müßten die Planungsräume der Städte so groß sein, daß ein binnenstädtischer Strukturausgleich möglich ist und die Schwerpunktdifferenzen zwischen kleineren Planungsräumen insgesamt ausbalanciert werden können. Aber nicht allein die rechtlich-institutionellen Grundlagen des Städtebaus sind reformbedürftig; auch die davon mittelbar abhängigen architektonischen und ästhetischen Axiome der Städteplanung müssen erneuert werden. Oder der Städtebau hört auf, der Bau von Städten zu sein und verkommt zu funktionell gegliedertem und aufgelockertem Kasernenbau.

65 Woolwich-Erith. A Riverside Project. Hg. W. Fiske (Greater London Council), London 1966, S. 18/19.

66 Die dichte Randbebauung ist als Lärmschutz für die environmental areas gedacht.

Walter Siebel

## Zur Zusammenarbeit zwischen Architekten und Soziologen

Ein wenig erinnert es an Zusammenkünfte alter Schulkameraden, wenn Architekten und Soziologen einander treffen. Sie schütteln sich erfreut die Hände, denn seit langem schon haben beide darauf gewartet, und jeder glaubt, dem anderen viel erzählen zu müssen. Trotzdem sind sie nur allzubald enttäuscht voneinander. Dieser Enttäuschung liegen falsche Erwartungen, sachliche und terminologische Schwierigkeiten zugrunde, die auch nicht durch häufigeres Zusammenkommen zu bereinigen sind. Ausbildung, Denkstil und Arbeitsrichtung in beiden Berufen unterscheiden sich zu sehr, als daß bloße Gewöhnung viel nützen könnte.

Seiner Tradition nach versteht sich der Architekt als Künstler. Seit im Klassizismus Baukunst und Bautechnik auseinanderfielen, stellte sich die Architektur im wesentlichen formale Probleme. Dem entsprach die Nachfrage. Die bürgerlichen Bauherrn suchten Repräsentation ihrer ökonomischen Potenz. Die reich ornamentierten, großzügig geplanten Häuser sollten sichtbar machen, daß man Geld genug hatte, um an mehr denken zu können als an bloße Behausung. Entsprechend konkurrierten die Architekten untereinander durch formale Leistungen. Hinzu kam, daß das Bauwesen im 19. Jahrh. dem reinen Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen war. Teuerere Wohnungen und Häuser waren groß und die Dienstboten zahlreich genug, um den meisten Bedürfnissen gerecht zu werden. Waren die notwendigen Mittel vorhanden, so fand der Architekt in seinem Auftraggeber auch einen Bauherrn, „der im Bewußtsein seiner Bedürfnisse den Auftrag des Architekten mit aller Klarheit zu formulieren“<sup>1</sup> vermochte. Ob eine Wohnung die Bedürfnisse der Bewohner

1 Gerd Albers, Hochschulbildung und Umweltgestaltung, Rektoratsrede vom 1. 12. 1965, in: Der Architekt, 2/66, S. 39.

Wie Hundertwasser (Verschimmelungsmanifest in: Conrads, Programme und Manifeste zur Architektur des 20. Jahrhunderts, Ullstein, Bauwelt Fundamente 1) und kürzlich auch Bahrdt (Bauen für den Staat, Hess. Rdfk., Sendung vom 12. 6. 1966) hält Albers das „Schwinden des bauherrlichen Willens als einer Grundvoraussetzung für das bisherige Selbstverständnis der Architektur“ (a.a.O., S. 41) für eine wesentliche Problematik des heutigen Städtebaus und der Architektur. Wenn Albers jedoch daraus folgert, daß „der Planende (Architekt bzw. Städtebauer)... in höherem Maße für den Bauherrn mitdenken“ (Albers, a.a.O., S. 41) müsse, so soll hier die These vertreten werden, daß die Sozialwissenschaften vor allem die Bauherrnfunktionen übernehmen sollten. Damit ist selbstverständlich nichts gegen eine stärkere Betonung der Sozialwissenschaften im Architekturstudium gesagt.

befriedigte, richtete sich somit nach dem Einkommen. Das Wohnelend in den Mietskasernen schien ein persönliches ökonomisches Problem der Arbeiter zu sein, nicht ein gesellschaftliches und damit auch keines für die Architekten. „Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts kann es sich der bürgerliche Architekt leisten, Entwürfe zur besseren Einrichtung von Arbeiterwohnungen abzulehnen, da eine solche Aufgabe zu wenig architektonisches Interesse bietet“<sup>2</sup>.

Erst als die Organisationen der Arbeiterschaft immer mächtiger wurden, drängte sich die Problematik eines reinen Profitdenkens ins allgemeine Bewußtsein. Einzelne Unternehmer begannen ‚soziale‘ Wohnsiedlungen zu bauen. Gleichzeitig war unübersehbar geworden, wie sehr die entfesselte Bauspekulation das äußere Bild der Städte verhandelt hatte. Elendsquartiere und Mietskasernen sind auch ästhetische Greuel. Also vereinte mancher Architekt sein traditionelles Selbstverständnis als Künstler mit der Notwendigkeit eines den Bedürfnissen angepaßten Bauens durch eine Art ästhetischen Kurzschluß: Die Zufriedenheit der Bewohner architektonischer Werke folge aus deren künstlerischer Vollkommenheit. Beispiele für diese fragwürdige Lösung lieferten Frank Lloyd Wright, nach dem der Wohnplatz ein „vollendetes Kunstwerk“ sein soll, das als solches die individuellen Bedürfnisse am besten befriedige<sup>3</sup>; und Le Corbusier, der aus der Harmonie der architektonischen Form die Harmonie der menschlichen Beziehungen entstehen sieht: „Berücksichtigung des Nachbarn, Verträglichkeit und Höflichkeit usw.“<sup>4</sup>.

Bei beiden ist ein diktatorischer Eifer unverkennbar. Von hier ist der Sprung leicht zu einer Vorstellung vom Architekten als dem Retter der Menschheit, der „in seiner Person mehr Gesellschaft (vereint) als die Gesellschaft selbst. Er ist der geborene Interpret in jeglicher gesellschaftlicher Ordnung, die sich die Menschen wählen“ (Wright<sup>5</sup>). Dieser Anspruch, für alles zuständig und zu allem berufen zu sein, könnte interpretiert werden als die Kompensation eines Gefühls der Hilflosigkeit angesichts der Probleme, die mit der Entwicklung der Großstädte auf die Architekten zugekommen sind. Das Fehlen klarer Direktiven seitens eines Bauherrn macht Architekten verantwortlich für Entscheidungen, die die Lebensweise anderer beeinflussen, ohne daß sie diese Lebensweise etwa kennen, noch die Folgen ihrer Entscheidungen klar beurteilen können. So ist, was

2 Peter Gleichmann, Sozialwissenschaftliche Aspekte der Grünplanung in der Großstadt, Göttinger Abhandlungen zur Soziologie, Bd. 8, Stuttgart 1963, S. 14. Das von Gleichmann angeführte Zitat stammt aus der 1841 erfolgten Ablehnung des Berliner Architektenvereins, einen Wettbewerb für Arbeiterwohnungen durchzuführen.

3 Frank Loyol Wright, Organische Architektur (1910), in: Conrads, Programme und Manifeste zur Architektur des XX. Jahrh., Ullstein, Bauwelt Fundamente Bd. 1.

4 Le Corbusier, Der Modulor, Stuttgart o. J., S. 180.

5 Frank L. Wright, zitiert nach einem Vortrag von G. Albers, „Demokratie, Bürokratie und Städtebau“.

sich als Schöpferium verherrlicht, nicht nur die Absicht, die Architektur als Kunst gegen ihre Nützlichkeit zu retten, sondern vor allem der Versuch, sich dem gewachsen zu fühlen, dem der Architekt auf Grund seiner künstlerischen und technischen Ausbildung gerade nicht gewachsen ist: dem Anspruch, eine der modernen Gesellschaft angemessene Umgebung zu bauen.

Aus dem Dilemma zwischen künstlerischem Selbstverständnis und der gesellschaftlichen Bedingtheit und Wirkung seiner Arbeit wendet sich der Architekt an die Soziologie. Damit sieht sich der Soziologe gleich mit zwei problematischen Ansprüchen konfrontiert: Sei es, daß der Architekt von ihm konkrete Anweisungen zu einzelnen Projekten verlangt, wie er sie z. B. vom Bauherrn eines Eigenheims erhält, sei es, daß er die eigenen Omnipotenzvorstellungen dadurch zu verwirklichen sucht, daß er die Soziologie als Hilfstruppe engagiert, die ihm die heile Gesellschaft als Leitbild zubereitet auf den Zeichentisch legt, damit er ihr das angemessene Gehäuse bauen kann. Doch der Glaube, mittels der Architektur die bessere Gesellschaft realisieren zu können, ist falsch. Darüber hinaus bezweifeln viele Soziologen, daß die Soziologie überhaupt das gesellschaftliche Leitbild für den Städtebau entwickeln könnte: „Der Soziologe kann ... solche Leitnormen nicht bekannt geben, ... weil sie ... in der Form eines erfahrungswissenschaftlich aufdeckbaren und zugleich beweisbaren Kenntnisbestandes gar nicht existieren“ (H. Klages<sup>6</sup>).

Der Anspruch des Architekten an den Soziologen, fundierte Leitbilder zu liefern, die sich in die Praxis des Städtebaus umsetzen lassen, rührt nicht nur an das schwierige Verhältnis zweier sehr verschiedener Disziplinen, sondern auch und vor allem an die prekäre Beziehung der Soziologie zu ihrer eigenen Praxis. Die Problematik der Soziologie als einer Wissenschaft zwischen den Intentionen kritischer Aufklärung und einer am Modell der naturwissenschaftlichen Methodologie orientierten empirischen Faktenerhebung wird aber gerade akut in der Zusammenarbeit mit einem Beruf, der notwendig zu praktischen Lösungen kommen muß. Auch die Einschränkung der Soziologie auf die Aufgaben der Datenbeschaffung vermag dieses Dilemma nicht zu lösen. Nicht nur, daß hiermit die theoretische Dimension der Soziologie unterschlagen wird, auch die Aufgaben der empirischen Meinungsforschung sind nicht zu lösen von der theoretischen Reflexion, weil erst dadurch über die Objektivität zum Beispiel empirisch festgestellter Wohnwünsche entschieden werden kann. So muß der Soziologe auch die Hoffnung auf exakte und erschöpfende Anweisung zu konkreten Bauvorhaben oft enttäuschen.

Denn nur auf den ersten Blick entspricht die Zusammenarbeit zwischen Architektur und empirischer Soziologie dem unproblematischen Modell von Anweisung und Ausführung. Eine Soziologie, die „das, was die gesellschaftlichen Interessen und Selbstdefinitionen enthalten auf

6 Helmut Klages, Über einige Probleme der Zusammenarbeit des Städtebauers mit dem Soziologen, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 1/1966, S. 66 f.

dem Wege der empirischen Umfrageforschung“<sup>7</sup> vermittelt, ist selber problematisch. Nicht nur sind die erfragbaren Vorstellungen über besseres Wohnen vage und widersprüchlich, es steht auch keineswegs fest, inwieweit die so gefundenen Forderungen den Bedürfnissen angemessen sind und nicht widerspiegeln, was den Befragten als ideale Wohnform eingetrichtert und durch das Angebot auf dem Wohnungsmarkt aufgedrängt wurde. Gerade die Tatsache, die soziologische Untersuchungen für den Städtebau und die Architektur unumgänglich machen, daß nämlich bestimmte Bedürfnisse bestimmte Bauformen erfordern oder umgekehrt ausgedrückt, daß die Struktur der Bausubstanz das Verhalten und die Präferenzen der Bewohner beeinflusst, stellt die Objektivität der Ergebnisse empirischer Erhebungen über Wohnwünsche in Frage. Nach einer schwedischen Untersuchung äußern sich Hochhausbewohner sehr viel positiver über das Wohnen im Hochhaus als Bewohner herkömmlicher Häuser<sup>8</sup>. Das könnte darauf zurückgeführt werden, daß nur solche Mieter in Hochhäuser einziehen, die diese Wohnform von vorneherein bevorzugen. Allerdings wäre dazu ein ausreichendes Angebot an verschiedenen Wohnungen Voraussetzung, was beim heutigen Wohnungsmarkt nicht der Fall ist. Wahrscheinlicher ist die Erklärung, daß die Bewohner herkömmlicher Wohnhäuser das Hochhaus deshalb ablehnen, weil sie keine Erfahrung damit gemacht haben und auch nicht machen können. Erst dann aber wäre die Objektivität einer Befragung gesichert, wenn jeder zwischen verschiedenen Wohntypen wählen könnte. Auch bei Studien über das Wohnverhalten wird vielleicht nur erforscht, was Ergebnis eines langen Anpassungsprozesses an beschränkte Verhältnisse darstellt. Wer zwanzig Jahre lang in einem Eigenheim gewohnt hat oder im sozialen Wohnungsbau, dessen Wohnbedürfnis ist geprägt. Man soll nicht erwarten, er sei quasi noch in einem Naturzustand, offen für alles, was die Architektur ihm anbieten könnte. Was auf dem Wohnungsmarkt angeboten wird und was von der Gesellschaft als Wohnform propagiert wird, reale Wohnmöglichkeiten und Wohnideologie also, all das geht in die Präferenzen der Befragten ein<sup>9</sup>.

Auf eine weitere, prinzipielle Schwierigkeit, die Diskrepanz zwischen statischer Bausubstanz und Dynamik der Wünsche, hat Hartenstein hingewiesen. Das Problem kann unter zwei Aspekten beschrieben werden:

1. können sich die Bedürfnisse selber wandeln, z. B. bei steigendem Lebensstandard,

7 Klages, a.a.O., S. 72.

8 Fred Forbat, Hohe und Niedrige Häuser, in: Conrads, Juckel, u. a. (Hrsg.), *Hommage à Werner Hebebrandt*, Essen, o. J.

9 Siehe hierzu Elisabeth Pfeil, *Wohnwünsche der Bergarbeiter*, Soziale Forschung und Praxis, Dortmund, Bd. 12, Tübingen 1954. Die von den Befragten geäußerten Wohnwünsche reflektieren weitgehend ihre reale Situation.

2. überleben Gebäude im allgemeinen die Bewohner, nach deren Wünschen sie erstellt worden sind<sup>10</sup>.

D. h. aber, eine Erhebung über Wohnwünsche erfaßt auf Grund ihrer zeitlichen Beschränktheit weder die Bedürfnisse der Befragten, weil diese im Laufe ihres Lebens neue entwickeln, noch ist sie repräsentativ für alle möglichen Bewohner der erstellten Gebäude. Weiter kompliziert wird das Problem bei der Vorhersage der zukünftigen Stadtstruktur. Sieht man aber ab von den bekannten Schwierigkeiten der Prognose, so hätte die Soziologie die empirisch feststellbaren Bedürfnisse und Verhaltensweisen wie auch etwa festzustellende regelmäßige Beziehungen auf ihre Bedingtheit hin zu untersuchen. Weniger Informationen über Wohnwünsche — überspitzt formuliert — als Informationen darüber, wie diese Wünsche zustandekommen, wären ein sinnvoller Beitrag der Soziologie. Das bedeutet keineswegs, daß die artikulierten Präferenzen der Befragten etwa vernachlässigt werden sollten. Die Architektur darf sich nur nicht allzu naiv auf sie verlassen. Natürlich hat es eine solche Soziologie, die die Formen, in denen die Bedürfnisse empirisch feststellbar sind, auf die Bedingungen ihres Zustandekommens hin analysiert, schwer, positive Forderungen an die Architekten zu stellen, da sie gerade das teilweise wieder auflöst, worauf sich der Architekt beim Entwurf einer Vierzimmerwohnung stützen möchte: Die expliziten Wünsche der Familie, die einzieht.

Die Gefahr autoritärer Bestimmung, was nun angemessenes Wohnen heißen soll, liegt auf der Hand. Die moderne Soziologie gesteht sich denn auch allenfalls die Fähigkeit zu, die möglichen Folgen von Planungsentscheidungen aufzuzeigen, nicht aber, diese selber inhaltlich zu diskutieren. Die Entscheidung bleibt dabei entweder politischen Instanzen und Interessengruppen überlassen<sup>11</sup>, oder aber es wird bestritten, daß wesentliche Entscheidungen überhaupt möglich sind, da zumindest tendenziell aus den immanenten Gesetzmäßigkeiten der Sache selbst sich alternative Lösungen gar nicht mehr stellen, vielmehr die Probleme aus sich heraus zu einer bestimmten Lösung drängen<sup>12</sup>. Die letztere These dürfte für den Städtebau nur in sehr beschränktem Maße gelten, sofern man nicht Bedingungen wie z. B. die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse an städtischem Boden als prinzipiell unabänderlich hinnimmt.

Der Verzicht der Soziologie auf inhaltliche Diskussion der von ihr aufgezeigten Möglichkeiten wäre jedoch völlig legitim, wenn die Parlamente sachkundig und die interessierten gesellschaftlichen Gruppen sachgemäß, d. h. am Wohl der Betroffenen ausschließlich orientiert, entscheiden könnten. Das aber ist nicht der Fall. Es wäre daher Aufgabe der Soziologie, eine wissenschaftlich kontrollierte Diskus-

10 Wolfgang Hartenstein, Stadtform und Stadtforschung, in: Stadtbauwelt 4/1964.

11 Klages, a.a.O.

12 Helmut Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf-Köln 1965.

sion gerade auch der Zielvorstellungen städtebaulicher und architektonischer Planungen und der ihnen zugrunde liegenden Werte zu führen. Diese Diskussion müßte sich orientieren an der Hoffnung auf eine städtische Umwelt, die dem autonomen Bürger einer demokratischen Gesellschaft angemessen wäre. Nur eine bewußt auf diese Utopie vorgreifende Soziologie könnte sich davor bewahren, wozu heute Architekten, Stadtparlamente und Interessengruppen notwendig neigen: die doktrinaire Festlegung dessen, was dem Menschen frommt, seien es Eigenheime und Durchgrünung, seien es Urbanität und Hochhäuser.

Zwar, mit utopischen Entwürfen haben sich Architekten schon immer beschäftigt. Doch gerade diese Entwürfe widersprechen dem Begriff von Utopie als kritischem Maßstab, der zur Beurteilung z. B. auch städtebaulicher Entwürfe dient, nicht aber eine ideale Stadt konkret beschreibt. Die Utopie der Architekten dagegen ist stets etwas Konkretes, die möglichst genaue, materiale Darstellung eines idealen städtebaulichen Programms, das Form, Konstruktion und Orte der Funktionen festlegt. Dabei betonen ideale Stadtmodelle häufig formale oder konstruktive Gesichtspunkte. Sie sind meist eindimensional (Raumstadt: Problem der Variabilität, Turmstadt: Problem der Dichte).

„Diese formal-utopische Planung aber ist die wahrhaft gefährliche: Gefährlich ist die Geschwindigkeit, mit der man eine Formel findet, eine philosophische zuerst, dann, sofort, das, was man für ihr künstlerisches Äquivalent hält“<sup>13</sup>. Idealstädte können dem Durchspielen technischer Möglichkeiten dienen, sie sind theoretische Modelle, aber nicht kritischer Maßstab. Aufgabe einer Zusammenarbeit zwischen Architekten und Soziologen kann nur die Anpassung der Bausubstanz an die Bedürfnisse der jetzt Lebenden sein. Dem Architekten mag dabei seine an Idealstädten erweiterte, technische Phantasie, dem Soziologen seine am Maßstab der Utopie orientierte Kritik des real Vorfindlichen zu objektiveren, d. h. den menschlichen Bedürfnissen angemesseneren Vorstellungen verhelfen.

Daß Architekten und Soziologen gemeinhin mit dem Begriff Utopie verschiedene Vorstellungen verbinden, räumlich-konkrete bzw. abstrakt-kritische, verweist auf ein Hauptproblem der Verständigung zwischen beiden Fachrichtungen. Es liegt nicht im Fehlen von Vokabeln, einer bloßen Unkenntnis der Ausdrücke und Begriffe oder der Methoden der anderen Wissenschaft. Die Beseitigung dieser Unkenntnis liefe auf Ausbildung des Architekten als Soziologen und umgekehrt hinaus. Eine solche Aufhebung der Arbeitsteilung wäre sicher unpraktikabel, ganz abgesehen davon, daß sie das Problem nur in die einzelnen Personen hineinverlegen würde. Die Schwierigkeiten der Verständigung liegen in den Strukturen der beiden Wissenschaften selbst. Die klassischen Themen der Soziologie wie Familie, Klasse und Ideologie beziehen sich auf gesellschaftliche Struk-

13 Julius Posener, Stirbt die Stadt an der Stadtplanung?, in: Stadtbauwelt 6/1965, S. 458.

turen, die abgelöst sind von angebbaren Orten. Ihre Begriffe haben von der sinnlichen Erfahrung nicht erfassbare, politisch-ökonomische Gehalte. Das architektonische Denken dagegen ist auf materialgebundene Probleme gerichtet. Entsprechend sind ihre Terminologie und ihre Arbeitsmethoden auf formale und technische Aufgaben zugeschnitten. Übertrieben gesagt: Dem Architekten fällt bei dem Begriff Öffentlichkeit so etwas wie das Forum Romanum ein. Er wird dies dann nach Kriterien seiner räumlichen Komposition und baulichen Technik analysieren. Der Soziologe dagegen verbindet mit dem Begriff Öffentlichkeit ökonomische und politische Verhältnisse, also sinnlich nicht greifbare Strukturen. Der Architekt spricht eine materiale Sprache, seine Ausdrucksmittel sind Bleistift und Papier, Zeichnung und Gebäude<sup>14</sup>, der Soziologe denkt in gesellschaftlichen Kategorien, seine Sprache ist begrifflich, ihre Ausdrucksmittel verbal.

Die primäre Schwierigkeit bei der Zusammenarbeit liegt demnach in den verschiedenen Sprachen der beiden Berufe. Das ist mit ein Grund für die Unangemessenheit einer undifferenzierten Übertragung der ideologiekritischen Methode auf die Äußerungen von Architekten<sup>15</sup>. Zu den beliebtesten Objekten dieser Kritik gehören die Nachbarschaft und die damit verbundenen Vorstellungen von „Demokratie von Unten“ und von lokaler Selbstverwaltung. Diese Kritik ist vollauf berechtigt. Je kleiner die sich selbst verwaltende Gemeinde, desto weniger repräsentativ ist sie für die Gesamtgesellschaft, desto verzerrter also in soziologischer Sicht das Bild, das die sich selbst verwaltende Siedlungseinheit als Grundelement der Demokratie bieten soll. Auf der lokalen Ebene wirken sich Entscheidungen aus, die außerhalb der lokalen politischen Organisation gefällt werden müssen, da sie Probleme betreffen, die nur auf überregionaler Ebene geregelt werden können. Das Desinteresse der Bevölkerung an Angelegenheiten der lokalen Selbstverwaltung ist nicht zuletzt eben darauf zurückzuführen, daß wichtigere Entscheidungen, für die sich politisches Engagement lohnen würde, von den Selbstverwaltungsgremien der Gemeinden gar nicht bewältigt werden können. Gemeinde ist heute bei der hohen Verflochtenheit der wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Probleme soziologisch sinnvoll nur so zu definieren, daß der Rahmen noch vorstellbarer und erfahrbarer räumlicher Nähe gesprengt wird.

14 Darauf hat bereits Bahrdrdt hingewiesen: H. P. Bahrdrdt, Die moderne Großstadt, rde Bd. 127, Hamburg 1961, S. 10. Gleichmann erwähnt in seiner oben zitierten Abhandlung die notwendig ideologischen „Aspekte im Denken des planenden Technikers“ (Gleichmann, a.a.O., S. 41).

15 Im Folgenden sollen nicht verschiedene Definitionen von Ideologie kritisiert werden. Es geht mir allein darum, einige Konsequenzen deutlich zu machen, die davon abhängen, an welchem Material die Ideologiekritik ansetzt. Daß ein bestimmter Ideologiebegriff selbst bestimmte Objekte von vornherein von der Kritik ausschließen kann, daß also die Definition des Instruments auch den Bereich seiner Anwendung festlegt, kann hier nicht behandelt werden.



Man muß sich aber klar machen, daß die simple In-Eins-Setzung gesellschaftlicher Beziehungen mit räumlich eindeutigen Einheiten, so ideologisch sie auch immer in ihren Konsequenzen sein mag, doch eine dem architektonischen Denken gewissermaßen zwangsläufige Fehlleistung ist. Das beweist der Erfolg des Nachbarschaftskonzeptes, der nicht allein ideologiekritisch erklärt werden kann. Die ‚neighborhood unit‘ kommt der Aufgabenstellung und Arbeitsweise des Architekten sehr nahe. Als Prinzip der Stadtplanung bietet sie sich besonders an, weil die üblichen Bauaufgaben kleinere Projekte betreffen, selten ganze Stadtkomplexe. Außerdem kann die nachbarschaftliche Siedlungseinheit leicht vervielfältigt werden. Hingegen führten Versuche, die Großstadt als Ganzes der optischen Erfahrung zugänglich zu machen, zu Entwürfen aus der Vogelperspektive, deren graphische Superornamentik nur vom Preisgericht oder vom Flugzeug herab hätte gewürdigt werden können.

Der Erfolg der Nachbarschaftsidee wäre also auch aus ihrer technischen Eignung für die normale Aufgabenstellung des Architekten zu erklären. Vor allem aber deutet dieser Erfolg auf ein Versagen der Soziologie hin, das weitgehend für das Unbehagen der Architekten an ihr verantwortlich ist. Die Soziologie hat bisher kaum reflektiert auf die räumlichen Konsequenzen ihrer eigenen Erkenntnisse, die schließlich für die praktischen Lösungen der Architekten die entscheidenden sind. Nachbarschaft ist der einzige soziologische Begriff, der gleichzeitig materialer Begriff ist, eben weil er eine räumlich bestimmte Struktur meint. Gerade das falsche Moment der Nachbarschaftsidee, die In-Eins-Setzung gesellschaftlicher Beziehungen mit räumlichen<sup>16</sup>, weist hin auf ein Dilemma der Architektur, *das mit Ideologiekritik nicht zu lösen ist*, daß sie nämlich mit räumlichen Ausdrucksmitteln sozialen Beziehungen Gestalt geben muß, die eben nicht direkt in räumliche Beziehungen umzusetzen sind. Der Architekt erwartet daher von einer Zusammenarbeit mit dem Soziologen Hilfe bei der Übersetzung der in soziologischer Sprache formulierten Erkenntnisse z. B. über Familienstruktur in die materiale Sprache der Familienwohnung. Was bedeutet es für den Wohnungsbau, wenn sich die patriarchalische Familie wandelt? Was sind die architektonischen Kriterien, die städtischem Raum den Charakter des Öffentlichen geben?

Doch der herkömmliche ideologiekritische Ansatz stößt noch auf weitere Schwierigkeiten. Die Ideologiekritik ist entwickelt worden als Kritik des Bewußtseins. Ihr Material sind meist verbale Aussagen (politische Legitimationsversuche), ihr Erkenntnisinteresse die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Bewußtsein von diesen Verhältnissen. Auch als Kritik von Architek-

16 Zu den realistischen Funktionen der Nachbarschaft als räumlich vorhandenem, aber räumlich nicht bestimmtem Phänomen siehe: Pfeil, Zur Kritik der Nachbarschaftsidee, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 2/63, S. 40 ff. Ferner die Zusammenstellung zum Begriff der Nachbarschaft von E. Kühn (mir nur als Manuskript bekannt).

tur und Städtebau hält sich diese Methode an die verbalen Äußerungen der Architekten über Gesellschaft und gesellschaftliche Aspekte der Architektur, nicht an das Gebaute selber. Hier ergeben sich methodisch zunächst zwei Probleme: Sind die Äußerungen der Architekten in Manifesten, Reden usw. überhaupt repräsentativ für die Architektur, oder stellen die Verfasser von Manifesten nicht einen besonderen Schlag von Architekten dar, eben die, die sich zur künstlerischen oder sozialreformerischen Avantgarde zählen, und ist daher vielleicht die Überbetonung des Künstlerischen zu erklären, ein Fehler, der also auch die Ausführungen über das Selbstverständnis der Architekten verzerren würde.

Aber man muß die Manifeste der Architekten als Teil des Selbstverständnisses einer Berufsgruppe ernst nehmen. Die Ausbildung an den Hochschulen belegt das zur Genüge. Das Problem ist: Inwieweit ist das Geschriebene repräsentativ für den Schreiber selbst, anders ausgedrückt, baut der Architekt wirklich so wie er schreibt, entspricht das Gebaute symbolisch und funktional den erklärten Absichten, fördert es das gewünschte Verhalten? Schoof gibt ein Beispiel für das Auseinanderfallen von Absicht (verbaler Äußerung über das Geplante) und Realität (die Planung selbst): Nach seinen theoretischen Schriften erscheint Adolf Rading als entschiedener ‚Urbanist‘ und ‚Verdichter‘. Schoof schreibt: „Das Ergebnis (seiner Entwürfe) stellt eine Stadt dar, deren Grad der Auflockerung wohl von einem radikalen Stadtgegner kaum übertroffen werden kann“<sup>17</sup>.

Was Arnold Hauser über den Künstler gesagt hat, stimmt ebenso für den Architekten: „Es sollte ... jedenfalls klar geworden sein, daß der Künstler sich der sozialen Ideen, die er zum Ausdruck bringt, nicht unbedingt bewußt sein muß, und daß er sich, soweit eben sein Bewußtsein reicht, im Gegensatz zu den Ideen und Idealen befinden mag, die er in seinen Werken darstellt, rechtfertigt oder verherrlicht. Balzac begeisterte sich bekanntermaßen für das absolute Königtum, die katholische Kirche und die französische Aristokratie. Dies hinderte ihn aber keineswegs daran, gleichzeitig die eindrucksvollste Apologie des Bürgertums zu schreiben“<sup>18</sup>. Daß Bewußtsein und Werk gerade in der Kunst soweit auseinanderfallen können, sollte nicht auf eine besondere Begabung zu Heuchelei, Ironie oder auf schlichte Dummheit der Künstler zurückgeführt werden. Die Vermittlung zwischen dem gesellschaftlichen Bewußtsein, wie es sich in Recht, Philosophie und den politischen Ideologien manifestiert, mit dem ökonomischen ‚Unterbau‘ ist sehr viel direkter als die zwischen Werken der Kunst bzw. der Architektur und gesellschaftlichen Strukturen. Eine ideologiekritische Analyse der auf Gesellschaftliches bezogenen Äußerungen der Architekten kann daher nicht unvermittelt auf die Gebäude übertragen werden. Natur-

17 Heinrich Schoof, *Idealstädte und Stadtmodelle*, Dissertation, Karlsruhe 1965, S. 100.

18 Arnold Hauser, *Philosophie der Kunstgeschichte*, München 1958, S. 28.

lich wirkt sich das Denken eines Architekten über gesellschaftliche Probleme auch irgendwie in seinem Bauen aus. Aber gerade dieses Irgendwie zu untersuchen, wäre Aufgabe einer ideologiekritischen Soziologie. Schließlich geht es der Soziologie, wenn sie das gesellschaftspolitische Bewußtsein der Architekten analysiert, nicht um das mehr oder weniger ideologische Bewußtsein selber, sondern um den Einfluß, den es dadurch gewinnt, daß es in das „Gehäuse“ (Karl Brinkmann) der Gesellschaft eingeht. Erst wenn die Soziologie diese Verbindung in den Griff bekommen hat, kann eine Ideologiekritik verbaler Äußerungen als Kritik der Architektur verstanden werden. Eben die Übersetzung begrifflich formulierter, soziologischer Erkenntnisse in die materialen Ausdrucksformen der Architektur ist aber das Problem der Zusammenarbeit überhaupt.

Der klassischen Ideologiekritik als Analyse des Bewußtseins von den gesellschaftlichen Verhältnissen stellt sich das Problem einer Übersetzung nicht, da die analysierten Begriffe der Realität selbst direkt gegenüberstehen. Die marxistische Kritik des Liberalismus brauchte nur die Behauptung einer Realität von Freiheit und Gleichheit aller Menschen mit der Realität selbst zu konfrontieren. Das selbe Vorgehen bei der Kritik auf Architektur bezogener Äußerungen aber ist für den Architekten unfruchtbar. Le Corbusier z. B. versprach sich von seinen Wohnmaschinen die Förderung nachbarschaftlicher Beziehungen. Würde man nun die ideologischen Momente des Nachbarschaftsgedankens aufzeigen, so verfehlte man eine Kritik der Corbusierschen Häuser, in denen sich gerade keine nachbarschaftlichen Beziehungen entwickelt haben. Es geht hier aber nicht nur um das Problem einer möglichen Diskrepanz zwischen dem, was der Architekt mit seinem Bauen beabsichtigt und dem, was er wirklich baut. Auch wenn diese Diskrepanz nicht bestünde, müßte die herkömmliche ideologiekritische Methode prinzipiell in der Kritik des politischen Bewußtseins stecken bleiben, Architektur also verfehlen, da sie die Spiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Bewußtsein der Menschen untersucht und so außer Acht läßt, wie Gesellschaft in der gebauten Substanz der Architektur selbst erscheint. Eine der Architektur angemessene Ideologiekritik, so könnte man den auf die gesellschaftliche Deutung von Lyrik gemünzten Satz Adornos umformulieren, „darf danach nicht unvermittelt auf den sogenannten gesellschaftlichen Standort oder die gesellschaftliche Interessenlage der Werke oder gar ihrer Autoren zielen... Gesellschaftliche Begriffe sollen nicht von außen an die Gebilde herangetragen, sondern geschöpft werden aus der genauen Anschauung von diesen selbst... Nichts, was nicht in den Werken, ihrer eigenen Gestalt ist, legitimiert die Entscheidung darüber, was ihr Gehalt... gesellschaftlich vorstellt“<sup>19</sup>. Eine der Architektur angemessene Ideologiekritik hätte also über die Kritik der Problemstellungen, Lösungsvorstellungen und Berufungsinstanzen des Architekten hinaus

19 Theodor W. Adorno, *Noten zur Literatur I*, Frankfurt/M. 1961, S. 76.

z. B. am Einfamilienhaus selbst nachzuweisen, daß es notwendig durch seine Bauformen eine Autonomie der Privatsphäre voraussetzt und suggeriert, die nur als „permanente Maskerade in Architektur“<sup>20</sup> noch Bestand hat.

Die Unzulänglichkeiten des herkömmlichen ideologiekritischen Verfahrens der Soziologie hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der Architektur können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Das Bewußtsein der Architekten ist nicht identisch mit den Ausdrucksformen der Architektur.
  - a) Die Repräsentativität des Bewußtseins schreibender Architekten für diejenigen, die keine Manifeste verfassen, ist problematisch.
  - b) Die Vermittlung der die Ideologien bedingenden gesellschaftlichen Strukturen mit dem Bewußtsein der Individuen ist meist sehr viel direkter als mit den Bauformen selber.
2. Die Begriffe der Soziologie sind der Architektur nicht von vorne herein immer angemessen.
  - a) Die Soziologie hat bisher die notwendige Differenz zwischen ihrer Denkweise und der der Architektur kaum beachtet. Sie erklärt daher vorschnell als ideologisches Phänomen, was auch aus den objektiven Bedingungen architektonischer Arbeit abzuleiten wäre (Nachbarschaft).
  - b) Eine Ideologiekritik der Architektur muß von dieser ausgehen. Ihre Begriffe müssen aus der Architektur selbst gewonnen sein, nicht aus der Analyse des individuellen Bewußtseins einzelner Architekten. (Materiale Ideologiekritik).

Bahrds Kritik der Vorstellung vom *Eigenheim* als christlichen Wohnform mag das kurz illustrieren<sup>21</sup>. Bahrdt legt dar, daß eine konservative Interpretation des Begriffs „christliche Sicht des Wohnens“, die sich an ländlichen Wohnformen orientiert, nicht zu rechtfertigen ist. Er weist ferner nach, daß *Eigenheime* gefördert werden, um Arbeiter durch Besitz gegen den Kommunismus zu immunisieren und sie gleichzeitig an ihren Arbeitsplatz zu binden. Damit zerschlägt Bahrdt die ideologische, d. h. interessenbedingte Rechtfertigung einer ökonomischen Beziehung, nämlich der des Besitzes an *Eigenheimen*. Beide Argumentationen aber, die Analyse eines Begriffs wie die Kritik eines ökonomischen Verhältnisses, sagen prinzipiell nichts aus über die Vor- und Nachteile des Wohnens in *Einfamilienhäusern*. Sie bleiben im soziologischen Bereich und insofern vom Architekten her gesehen abstrakt. Ideologiekritik in der Form, wie sie meist angewendet wird, hat also primär eine politische Funktion. Sie kann das Problembewußtsein der Architekten schärfen und die für Städte-

<sup>20</sup> Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*, Frankfurt/M. 1965.

<sup>21</sup> Hans Paul Bahrdt, *Sozialwissenschaft und Stadtplanung*, in: *Stadt- bauwelt* 1/1964, S. 17.

bau und Architektur relevante politische Diskussion klären helfen. Über Architektur selbst vermag sie wenig zu sagen.

Eine rein statistisch-deskriptiv vorgehende Soziologie kann dem Stadtplaner insofern behilflich sein, als sie ihm Informationen liefert, erstens über Struktur und Kapazität der bestehenden Bausubstanz, zweitens über die bewußten Wünsche der Bewohner. Damit kann sie die Effektivität städtebaulicher Planungen hinsichtlich vorgegebener Ziele sichern. Abgesehen von der Problematik ihrer Ergebnisse aber, würde sich eine solche Soziologie gerade der Möglichkeiten berauben, die sie für den Architekten interessant machen.

Die Soziologie hat vornehmlich dort ihre Aufgaben, wo Bauherr und Bewohner nicht identisch sind. Das ist einmal der gesamte Bereich des Mietwohnungsbaus, in dem der Soziologe insofern Bauherrnfunktionen zu übernehmen hat, als er die Wünsche und Bedürfnisse der Mieter konkretisiert. Zum anderen der Bereich des Städtebaus: Jede sinnvolle Stadtplanung setzt „eine Vorstellung von der angemessenen menschlichen Umwelt“<sup>22</sup> voraus, denn „räumliche Zielvorstellungen sind ohne ein Bild der gesellschaftspolitischen Ziele schwer zu konkretisieren“<sup>23</sup>. Solche gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu entwickeln wäre die Aufgabe der demokratischen Öffentlichkeit bzw. des Parlaments als Bauherrn des Stadtplaners. Daß beide diese Aufgabe kaum, wenn überhaupt erfüllen und dies auch gar nicht können, ist nur allzu deutlich<sup>24</sup>. Solange aber der bauherrliche Wille der Gesellschaft so unscharf formuliert ist, müssen sich der Städteplaner wie der Architekt an den Soziologen wenden.

Die Soziologie aber, die diese bauherrliche Funktion vielleicht erfüllen könnte, hätte sich nicht nur ihren eigenen Methoden gegenüber kritisch zu verhalten, sondern auch die Zielvorstellungen, das Selbstverständnis und die Fragen der Architekten zu analysieren. Die Aufgabe des Soziologen in der Zusammenarbeit wäre also unter anderem, diese Zusammenarbeit selbst in ihren Voraussetzungen und Zielen zu kritisieren. Zu dem organisatorischen Problem der Integration eines Fachmanns, dessen Aufgaben zwischen normativistischer Kritik und positivistischer Information schwanken, der innerhalb und gleichzeitig außerhalb der Zusammenarbeit sich bewegt, tritt noch als Weiteres das Problem der Entscheidungsgewalt. Martin Schwonke forderte bereits den Soziologen als Leiter der Stadtplanung<sup>25</sup>. Das bedeutet einen radikalen Angriff auf die traditionelle Organisation städtebaulicher Arbeit. Man kann aber bezweifeln, ob der Soziologe in beiden Fällen, als verantwortlicher Leiter einer Planungsbehörde wie als ihr Angestellter, sich die für seine

22 Albers, a.a.O.

23 Albers, Hochschulbildung und Umweltgestaltung, in: *Der Architekt*, 2/1966, S. 38 ff.

24 Hans P. Bahrdt, Bauen für den Staat. Rundfunkvortrag am 12. 6. Hess. Rdfk. I.

25 Martin Schwonke, Endlose Bandstadt oder Megalopolis, in: *Neue Heimat* 6/1964.

kritische Funktion nötige Distanz wird bewahren können. Der baherrlichen Funktion des Soziologen entspräche eher eine Form der Zusammenarbeit analog der zwischen Bauherrn und Architekten. Die von Bahrtdt vorgeschlagenen Projektbehörden bieten hierzu vielleicht ein organisatorisches Modell<sup>26</sup>. Damit könnte sich der Architekt wieder den gestalterischen und technischen Aufgaben zuwenden, die seiner Ausbildung und seiner Denkweise entsprechen.

26 H. P. Bahrtdt, Bauen für den Staat, a.a.O.

Heide Berndt, Heimo Claasen und Walter Siebel

## Zum Verhältnis von Städtebau und Gesellschaft

### Literaturberichte

*In einer Gesellschaft, in der nach wie vor der Privatbesitz an Grund und Boden überwiegt, in der die Liberalisierung am konkurrenzlosen Objekt, dem Boden, zum ökonomischen Grundsatz erhoben wird und „weiße Kreise“ ein frühkapitalistisches Spekulantentum heraufbeschwören, erscheint es fraglich, ob Städteplanung als bloßes Problem „vernünftiger“ Architektur, als Problem der Soziologie und vielleicht noch der Psychologie zureichend dargestellt werden kann. So, als wäre die „ideale“ Stadt durch die richtige Zusammenarbeit noch separater Disziplinen möglich, ignorieren landläufige Tendenzen der Städteplanung die ökonomischen Gründe ihrer eigenen Beschränkung. Stattdessen verbindet sich eine „sozialbürokratische Planungsmentalität“ mit nicht ausgegorenen Vorstellungen von Zentralisierung und „Durchgrünung“, als deren Resultat jene „Gartenstädte“ anzusehen sind, die nicht zuerst wegen ihrer Trostlosigkeit sondern vor allem in der gesellschaftlichen Funktion, die sie ausüben, kritisch analysiert werden müssen. Daß der Schleier von „Grün“, der die gesellschaftliche Misere verdecken sollte, inzwischen zerrissen ist, haben selbst die Einzelwissenschaften registriert (suburban neurosis); ob allerdings das neue Kriterium „Urbanität“ schon als triftiges, rationales Element der Städteplanung wird gelten können, bleibt abzuwarten. Da aber diese Gesellschaft noch nicht darauf verzichten kann, Glück für die in ihr lebenden Menschen zu verheißeln, da sie Humanität, Gleichheit und Demokratie auf ihr Banner geschrieben hat, wird es, auf dieses Selbstverständnis Bezug nehmend, möglich, der Realität ein wenig ihrer Notwendigkeit abzulisten durch kleine Reformen, durch Bemühungen, ein Moment von Humanität zu bringen in die Fabrik gewordene Stadt.*

Die City, architektur wettbewerbe, Heft 43, hrsg. von Harald Ludmann. Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1965 (128 S., 240 Abb., kart., 28,80 DM).

Wohnung und Wohngebiet, architektur wettbewerbe, Heft 46, von Hansmartin Bruckmann und Karl Hans Keinath. Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1966 (140 S., 195 Abb., kart., 19,80 DM).

Planung Neue Stadt Wulfen, architektur wettbewerbe, 2. Sonderheft Wulfen, mit Beiträgen von E. Zahn, E. Auras, F. Eggeling/E. Grosche. Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1966 (72 S., 114 Abb., kart., 19,80 DM).

**Bergtold, F.:** Die Turmstadt. Vorschlag für die Stadt von übermorgen. — J. Schneider, Berlin o. J. (1965) (120 S., 16,— DM).

Die in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Nummern der Zeitschrift „architektur wettbewerbe“ genießen unter Architekten großes Ansehen. Hier werden Musterbeispiele von Planungsentwürfen vorgestellt, die für den modernsten Standard der technischen Entwicklung der Architektur als repräsentativ gelten dürfen. Obwohl es sich um eine Fachzeitschrift für Architekten handelt, ist es doch für den Soziologen äußerst interessant, festzustellen, wie die gesellschaftlichen Probleme gesehen werden, die sich dem Architekten über bestimmte Aufgaben stellen, besonders bei der Stadt- und Regionalplanung.

Zur theoretischen Klärung der Citystruktur und ihrer Planung äußert sich Harald Ludmann, der Baudirektor des Stadtplanungsamtes Köln. Sein Artikel verdient schon deswegen besondere Beachtung, weil er die Literatur zu diesem Thema sehr gründlich verarbeitet. Anschauliche Statistiken und Modelle von Planungsbeispielen erhöhen den Informationswert des Artikels. Ludmann plädiert für die „geschlossene Form“ der Stadt, für eine „nach dem Zentralitätsgrad gestufte Ordnung“ mit dem Ziel, „die ablesbare Stadt“ zu bauen (I, S. 3). Er untersucht, wie City-Dichte-Ziffern mit dem Verkehrsaufkommen zusammenhängen und welche „strukturellen Leitmotive“ bei der Gestaltung der Kernzone praktikabel sind, wenn ein Gebiet „eindeutig städtischen Charakter“ haben soll (I, S. 7), aber er scheut sich, die Bedingungen, durch die sich „städtischer Charakter“ herstellt, im allgemeinen zu bestimmen, denn eine solche Bestimmung erschiene ihm leicht arbiträr, z. B. bei der Festlegung eines optimalen Verhältnisses zwischen möglichst hoher Bevölkerungsdichte und funktionsfähigem Environment. So beschränkt sich Ludmann auf die Beschreibung einzelner Planungsentwürfe (Leverkusen, Köln, Stockholm, Philadelphia, London). Dies spricht für den Respekt des Autors vor den historischen und regionalen Differenzen der verschiedenen Städte, die die moderne Planung nicht auslöschen sollte. Andererseits enttäuscht diese Darstellung auch wieder durch die allzu starke operationelle und auf Einzelbeispiele eingeeengten Begriffe wie Citykennzeichnung, Zentralität, Dichte, Urbanität, die doch eigentlich universellen Charakter beanspruchen. Man kann

sich des Eindrucks der Unvollständigkeit, bzw. unvollständigen Überarbeitung des Artikels nicht erwehren; denn die Materialfülle und der methodisch vorsichtige und nicht geschichtsfeindliche Ansatz lassen mehr an Begriffsklärung hoffen, als schließlich geleistet wird.

Bei den Modellfotos zu verschiedenen City-Wettbewerbs-Entwürfen (Ludwigshafen, Neuß, Marl, Stuttgart, Tel-Aviv-Yafo) überwiegen wieder einmal mehr oder minder zweifelhafte ästhetische Beurteilungskategorien (besonders bei: Stadt-„Krone“ von Tel-Aviv). Interessant liest sich die Stuttgarter Chronik zum „Planie-Durchbruch“, wo dem Autoverkehr entgegen allen zunächst geltend gemachten ästhetischen Rücksichten schließlich ein historisches Bauwerk geopfert wurde. Dieses Beispiel sollte wachsam machen, daß es in der Stadtplanung mit der Ästhetik nicht sehr weit her ist, sondern vielmehr, daß die Ästhetik erst dann kommt, wenn die Verschandelung kein Geld mehr abwirft. Wachsam sollte man gegenüber all den Verbrämungsversuchen sein, die den monotonen Charakter moderner Bebauungsformen als ästhetischen Wert anpreisen.

Unter dem Aspekt dieser Warnung sollten die Wettbewerbe für Wohnungen, vor allem ganzer Wohnviertel, betrachtet werden. Die Entwürfe von Bietigheim, Bad Godesberg, Münster und besonders Adliswil bei Zürich (mit Ausnahme von Unna) bedrücken durch ihre Weiträumigkeit und die Unerbittlichkeit der willkürlich ornamentalen Anordnung der Bausubstanzen, die im selteneren Fall durch den Glücksumstand topografischer oder historisch-sozialer Hindernisse gemildert werden (Unna); nachträgliche Ästhetisierung verleiht den neuen Wohngebieten nicht mehr Individualität, als Zigaretten durch Reklameaufschriften erhalten. Auf das ganze Dilemma der Ästhetisierungsversuche von Wettbewerbsentwürfen, die gewöhnlich durch die Ausschreibungsbedingungen so eingeschränkt sind, daß nicht-konforme Bauweisen von vornherein ausgeschlossen sind, zielt der Leserbrief eines freiberuflichen Architekten (Throll aus Oberursel/Taunus), der dieses Dilemma am Schulbau erörtert. Throll weist darauf hin, daß die „Gesetze und Methoden des Baubetriebs... die räumliche und geistige Konzeption“ des Bauwerks mitbestimmen und daß scheinbar „freie Entwicklungsrahmenpläne“ in der Architektur dem Baubetrieb schematische „Füllungen“ eines beliebigen Rasters erleichtern. Wie wenig die Verknüpfung von ästhetischen Werten mit gesellschaftlichen Strukturen erkannt wird, zeigt sich an der Antwort der Zeitschrift auf diesen Leserbrief: „Es fehlt uns heute nicht an Utopien und großen Ideen. Es fehlt jedoch an Methoden der Organisation, die es ermöglichen, gute Ideen zu verwirklichen.“ (Die Leserbriefdiskussion findet sich kurz vor der Mitte des Heftes auf einem gelben Blatt mit redaktionellen Mitteilungen). Der undifferenzierte Optimismus in bezug auf die „guten Ideen“ erkennt nicht, daß diese fast alle in negativen Utopien bestehen. Die Durchsicht der Wettbewerbsentwürfe vermittelt dem naiven Beobachter ein beklemmendes Gefühl, das aus dem Eindruck entsteht, es handele sich bei der modernen Planung um ein „geordnetes Chaos“ (Mitscherlich). Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die



chaotische Struktur des Wohnungs- und Baumarktes, dringen bis in die Ideen und Konzeptionen einzelner Bauvorhaben ein. Sie bewirken nicht nur, daß neue Ideen in der Architektur oft nicht finanziert werden, sie bewirken auch, daß gute Ideen immer seltener werden.

Diese Überlegungen lassen sich in vermittelter Weise auch auf die Planung der Neuen Stadt Wulfen (Endzustand 50 000 Einwohner) übertragen. Zunächst muß bei diesem Projekt der progressive Charakter der Gesamtplanung hervorgehoben werden. Über 20 Gutachten wurden angefertigt, um die Einzelprobleme der Gesamtplanung fachkundig zu beurteilen (III, S. 4). Hier deutet sich im Bereich der Stadt- und Regionalplanung tatsächlich etwas von jener von H. P. Bahrdt beschriebenen Utopie rationaler und menschenfreundlicherer bürokratischer Verwaltung an, in der verschiedene Bürokratien sich zu „horizontaler Kooperation“ auf gleichrangigen Verwaltungsebenen zusammenfinden, um gesellschaftliche Aufgaben zu lösen, die über die Enge des kapitalistisch isolierten Betriebes mit seiner vertikalen, auf Geheimhaltung der Befehle bedachten Struktur hinausgehen. Zum Zwecke der reibungsloseren Kooperation der verschiedenen Planungsträger der Neuen Stadt wurde eigens eine Entwicklungsgesellschaft für das Projekt gegründet (Vorläufer hat diese Organisationsform in der amerikanischen Regionalplanung, einen unmittelbaren Vorgänger in der Planung der Sennestadt). Freilich, einen Pferdefuß hat diese Entwicklungsgesellschaft für die Neue Stadt Wulfen auch: sie hat keinen öffentlich-rechtlichen Status, weil die Bergbaugesellschaft, die im Gebiet der Neuen Stadt eine Großschachtanlage zu bauen gedachte (Steinkohlenbergbau Mathias Stinnes AG), mit einem Anteil von 50 % als Gesellschafter beteiligt ist. (III, S. 5) (Eberhard Auras beschreibt die Entwicklungsgesellschaft).

Aber der Anspruch der Erbauer des neuen Wulfen geht weiter als es die bloß technisch-bürokratische Koordination einzelner Funktionsbereiche der Neuen Stadt verlangt. „Der städtebauliche Erfolg ist . . . sehr abhängig von der Gestaltung des Wohnungsbaues als der Hauptbaumasse. Der Zuschnitt, die Mischung und Ausstattung der Wohnungen, ihre Lage zum Verkehr, zum Grün, zu den Gemeinschaftsanlagen usw., all das ist bestimmend für das Wohlbefinden der neuen Bürger.“ (III, S. 6)

Hier, bei diesem sorgfältig geplanten Objekt zeigt sich, daß die ‚guten Ideen‘ doch rar sind, wenn man sie daran mißt, wie ein wahrhaft gelungener, mit allem technischen Luxus seiner Zeit ausgestatteter Städtebau zum „Wohlbefinden seiner Bürger“ aussehen könnte. Prof. Eggeling (Berlin), der die Bauplanung leitete, kann gewiß nicht vorgeworfen werden, schlechte Arbeit geleistet zu haben; im Gegenteil, die technische Sorgfalt, die das Projekt von Anfang an kennzeichnet, spricht auch aus dem Plan und den Erläuterungen von Prof. Eggeling. Und dennoch: schaut man sich die Modellfotos des 1. Bauabschnittes, das Gebiet Barkenburg für 10—12 000 Einwohner an, so sieht man sich letzten Endes wieder mit jener hygienisch einwand-

freien, auf jeden Fall aber unstädtischen Siedlungsgestalt konfrontiert, in der Isolation der einzelnen Baukörper und die rhythmische oder schwerpunktmäßige Verteilung dieser isolierten Baumassen die dominanten Kriterien bilden. Hier finden sich viele phantasievolle Varianten des Immergleichen. Eine gut geplante Neue Stadt ist gewiß der heutigen chaotischen Stadtrandbebauung, den Mietskasernen und Einfamilienhausweiden, vorzuziehen; aber so notwendig die rein technische Planung ist, so wenig zureichend ist sie doch schon für das Erreichen des Ziels, daß die neuen Bürger ihr Wohlbefinden steigern. Wir müssen uns noch klarer werden über die symbolische Sprache und den sozialen sowie emotionellen Gehalt der Ästhetik des Städtebaus, um im Namen der Ästhetik schärfer und genauer gegen die Ästhetisierungsversuche heutiger Architektur argumentieren zu können.

Die Reaktionen begabter Konstrukteure auf den ungenügenden Städtebau, der sich am Einfamilienhaus und an Gartenstadtidealen orientiert, erstaunen immer wieder durch ihre phantastische Mischung von rationaler Kalkulation und irrationaler Einseitigkeit. Bergtolds Wohnturm, in dem bis zu 30 000 Menschen untergebracht werden sollen, ist keine vereinzelt Manifestation der Verwirrung in den Köpfen der Ingenieure, die sich mit Problemen des Städtebaus befassen, dabei aber seine nicht-architektonischen Voraussetzungen vernachlässigen. Ähnliche Vorschläge „für die Stadt von übermorgen“ gibt es von dem Berliner Architekten Gabriel, nach dessen Plänen eine kleine Gemeinde im Taunus einen Wohnturm bauen wollte. Auch sog. „Trichterstädte“, Siedlungen aus Einfamilienhäusern, die in überdimensionalen Betontrichtern errichtet werden sollen, legen Zeugnis von den Omnipotenzvorstellungen der Architekten ab, die mit Hilfe eines einzigen großartigen technischen Tricks eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme lösen zu können glauben. Turmstädte sollen nach B.'s Ansicht nicht nur Wohnungen in reichlicher Anzahl anbieten, sondern auch Asozialität, Verkehrsprobleme und Versorgungsschwierigkeiten, Familiensorgen und dergl. mehr beseitigen helfen. — B. hat dem Hang zur Verschwendung in der Ausstattung von Wohnungen den Kampf angesagt. Die nach seinen Vorstellungen glücklichen und aufgeklärten Menschen leben auf kleinstem Raum, in Zimmern von nur 2,20 m Höhe und mit einem Minimum an Gebrauchsgegenständen. Ein Drittel der Wohnungen — es handelt sich um Einzimmerappartements — ist fensterlos im Innern des Turms eingebettet. Die übrigen Wohnungen, mit Tageslicht in wenigstens einem Zimmer, bestehen aus 2 Zimmern, Küche und Bad von insgesamt 56,5 m<sup>2</sup> Wohnfläche. Dieser Wohnraum wird als ausreichend für eine Familie bis zu vier Kindern erklärt (S. 23). Den Familien wird fast jede Möglichkeit genommen, die Wohnung nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen einzurichten; wegen der geplanten Einengung müssen sie sich an die genormten Nutzungsvorschriften halten, z. B. die Betten tagsüber grundsätzlich hochklappen und wegen dieser Klappvorrichtung auch bestimmte, nämlich knöpfbare

Bettlaken benutzen und den Schreibtisch in eine eigens dafür festgelegte Ecke stellen. Fahrräder, Kinderwagen, Skier und andere Gerätschaften werden in gemeinschaftlichen Einrichtungen außerhalb der Wohnung aufbewahrt und ausgewechselt, meistens verschiedenen Benutzern zum jeweiligen Gebrauch ausgeliehen. Die Gemeinschaftsdienste spielen in der Turmstadt eine große Rolle. Durch die Vor- und Hauptküchen werden die Speisen auf Telefonbestellung durch Paternoster in die Wohnungen geliefert, wo die Hausfrau sie nur zu würzen braucht. Weiter gibt es Bäckereien, Geschirrspülereien, Wäschereien, Krankenstationen, Kindergärten, Büchereien und Cafés. Die Gemeinschaftsdienste haben die Funktion, die Haushalte sehr weitgehend zu entlasten, so daß diese nicht mehr wie gewohnt noch Reste von produktiven Funktionen erfüllen (durch Kochen z. B.). Zum Ausgleich des Verlustes von Individualität der Haushalte durch Beseitigung eigener Haushaltsgegenstände und selbst ausgesuchter Möbel schlägt B. die Anschaffung einiger weniger, aber dafür „wirklicher Kostbarkeiten“ vor: „Ein einzelnes gutes Bild, ein schöner Teppich, wenige, aber handwerklich und künstlerisch bis ins letzte durchgearbeitete Möbel, ein paar Bücher, zu denen der Besitzer wirklich innere Beziehung hat, eine gut geformte Vase mit einem individuell ausgewählten und angeordneten Blumenstrauß können einem sonst einfach gehaltenen Zimmer sehr wohl eine wirklich persönliche Note geben.“ (S. 72) Wie auch schon bei Le Corbusiers Vorschlägen zur „Wohnmaschine“ ist hier der Ozeandampfer das Vorbild für die neuen Wohn- und Lebensformen. Die diesem Vorbild entsprechenden Gemeinschaftsdienste haben durchaus Vorteile, besonders bei der Krankenpflege, die wesentlich verbessert wird, sowie in der Behandlung der alten Leute, die nicht länger in Alterssiedlungen oder -heime abgeschoben zu werden brauchen. Freilich werden diese Vorteile durch den Verzicht auf bisherige Wohnformen, die höchstens noch in ein paar romantischen Klischees, wie Fischerkaten, Almhütten und Forsthäusern, konserviert werden, aufgewogen. Die Turmstadtbewohner genießen die Annehmlichkeiten einer Superanstalt, die besonders komfortabel ausgestattet ist, damit keine Erinnerung an den muffigeruch billiger Kasernierung geweckt wird. Ebenso wie durch den Wohnturm die bisherigen Wohnformen verschwinden müßten, würde durch die Zusammenfassung mehrerer Wohntürme zu Turmstädten die historische Stadtform der abstrakten Schönheit geometrisch streng geordneter Rosenkranzmuster weichen. Gewiß, zur Lösung akuter Wohnraumprobleme könnte das Turmstadtrezept wirkungsvoll eingesetzt werden, aber es wäre ein Rezept von fragwürdiger Rationalität. Die Befreiung der Menschen von materiellen Nöten nach diesem Schema bedingte eine Verkümmern spontaner und individueller Verhaltensweisen. Denn alle Extradürfnisse, die außerhalb des für Turmstädte gültigen Normenschemas liegen (angefangen vom Wunsch nach höheren und weiteren Räumen), würden in dieser als neurotische Funktionsstörungen gelten. Schließlich wird auch von dem politischen Handeln der Turmstadtbewohner nichts anderes erwartet, als durch die Betätigung von Druckknöpfen die

Grade der Zustimmung oder Ablehnung zu politischen Veranstaltungen auszudrücken, um den Verwaltungsfachleuten und Politikern eine feinere Kontrolle ihrer Herrschaftstechniken zu erlauben.

Heide Berndt (Frankfurt/Main)

**Oswald, Hans:** Die überschätzte Stadt. Texte und Dokumente zur Soziologie, Hrsg. Heinrich Popitz, Walter Verlag, Olten und Freiburg 1966 (216 S., Pb., 28,— DM).

Einen „Beitrag der Gemeindefsoziologie zum Städtebau“ nennt O. sein Buch im Untertitel. „Das erste Ziel besteht darin, das städtische Leben, dem die Planung zu dienen hat, so zu beschreiben, daß diese Beschreibung Ausgangspunkt der Planung werden kann“ (S. 9). Wer sich jedoch konkrete Anweisung zur städtebaulichen Praxis erhofft, wird enttäuscht sein. Die ‚Folgerungen für den Städtebau‘, die O. schließlich zieht, bleiben im Rahmen des Altbekanntes: Gesunder Städtebau, also wenig Lärm und viel Grün, funktionaler Städtebau, also kreuzungsfreie Straßen u. ä. und drittens weitgehende Differenzierung der Baukörper nach Funktionen, Schichtzugehörigkeit und persönlichem Geschmack der Bewohner.

„Vieles, was in dieser Arbeit über das Gemeindeleben unserer Zeit in Stadt und Land gesagt wurde, ist nicht direkt in Planung ummünzbar“ (S. 216). O. überläßt es denn auch dem Architekten, die praktischen Folgerungen aus den Informationen seines Buches zu ziehen, ohne diese Informationen direkt auf die konkrete Problematik heutigen Städtebaus hin zu formulieren. Sieht man jedoch ab vom rein praktischen Interesse des Städteplaners, so bietet O. eine äußerst ergiebige und kritische Darstellung der soziologischen Forschung über das prekäre Verhältnis zwischen kommunaler Öffentlichkeit und kommunaler Verwaltung wie auch über Nachbarschaft.

An beiden Problemkreisen illustriert O. seine Hauptthese. Diese — im Titel etwas mißverständlich formuliert, da man abschätzige Kritik an städtischen Lebensformen erwarten könnte — richtet sich gegen die konservative Stadtkritik wie gegen den Planoptimismus sozialreformerischer Architekten. Von beiden wird die Stadt überschätzt, denn als Determinationssystem des Lebens ihrer Bürger hat die lokale Einheit nur noch die Wirkung eines Filters. Das Verhalten der Menschen richtet sich nach Normen, die von überlokalen Gruppen bezogen werden. Die lokale Einheit selbst kann relevante Normen nicht mehr setzen, sie kann sie nur modifizieren. Daß man am Wochenende ‚ins Grüne‘ fährt, ist kein lokal erklärbares Phänomen. Lokal bestimmt ist nur, ob man in den Bergen spazieren geht oder am Strand in der Sonne liegt. Damit verliert die Gemeindefsoziologie als eine Methode, die gesamte Gesellschaft am Beispiel einer Gemeinde zu erforschen, ihre Berechtigung: „Die Menschen leben zwar zum größten Teil in Gemeinden, aber ihr gemeindliches Zusammenleben kann nicht mehr der Ansatz zu ihrer Erforschung sein“ (S. 192).

Die objektiv bedingte überlokale Orientierung des Städters hält O. für eine wesentliche Ursache des Schwindens nachbarschaftlicher Verhaltensweisen. Was davon noch feststellbar ist — Grüßen und gelegentliche Hilfeleistungen — ist kaum noch mit der Nachbarschaft des traditionellen Dorfes zu vergleichen, die sich die Ideologen der Nachbarschaft doch zum Vorbild genommen haben. Die Orientierung an überlokalen Bezugsgruppen läßt das gesellschaftliche „Überangebot von Leitbildern“ für die Einzelnen relevant werden. Das dadurch bedingte Durcheinander verschiedenster Verhaltensweisen zwingt nach O. zur Distanz, da man sonst Gefahr läuft, anhand von Wertmaßstäben kontrolliert zu werden, die mit den eigenen nicht korrespondieren.

Stimmt jedoch die These, es gebe keine „allgemeinverbindlichen, unverwirrbaren Vorbilder“ (Gehlen), vielmehr eine Fülle gegensätzlicher Leitbilder, so ist nicht zu erklären, wieso sich gerade in sozial homogenen Suburbs, wie O. schreibt, die Alternative von Isolation oder extremer Anpassung stellt. Sinnvoller erscheint daher die Erklärung, daß mit dem Fortfall der ökonomischen Notwendigkeit nachbarlichen Verhaltens Kodex und Inhalt nachbarschaftlicher Kommunikation verloren gegangen sind. Wenn die Nachbarschaftsplanung dieses fehlende Gemeinsame durch größere Nähe zu ersetzen sucht, verschärft sie dadurch den empfundenen Gegensatz zwischen räumlicher Nähe und Fremdheit. Um die Isolation der Privatsphäre nicht noch zu fördern, käme es also für den Planer einmal darauf an, größere Wohnungen zu bauen, wie O. sie fordert, um dem Einzelnen mehr individuelle Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, aber auch darauf, öffentlichen Raum zu planen, der nicht schon durch bloße Enge verhindert, daß sich so etwas wie eine „Sphäre unvollständiger Integration“ (Bahtdt) bilden kann.

Walter Siebel (Frankfurt/Main)

**Kampffmeyer, Hans und Erhard Weiss:** Dom-Römerberg-Bereich. Das Wettbewerbsergebnis. Eine Dokumentation. Reihe „Wege zur neuen Stadt“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1964 (108 S., kart., 15,— DM).

**Stöber, Gerhard:** Struktur und Funktion der Frankfurter City. Eine ökologische Analyse der Stadtmitte. Reihe „Wege zur neuen Stadt“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1964 (224 S., kart., 24,— DM).

**Stöber, Gerhard:** Das Standortgefüge der Großstadtmitte. Reihe „Wege zur neuen Stadt“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1964 (104 S., kart., 10,— DM).

**Weiss, Erhard:** Neue Stadtteile. Rückblick und Ausblick. Reihe „Wege zur neuen Stadt“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1966 (59 S., kart., 12,— DM).

(Bd. 1—4 der Schriftenreihe der Verwaltung Bau und Verkehr der Stadt Frankfurt/Main.)

Eine begrüßenswerte Intention hat diese Reihe in Gang gebracht. Kampffmeyer (Frankfurter Stadtrat und Baudezernent) und Weiss

(bis vor kurzem Frankfurter Stadtbaudirektor), die diese Publikationen angeregt haben, wollen, daß „die Stadtplanung für den Bürger transparent gemacht“ wird. Der erste Band enthält ohne weitere Erläuterung die Ausschreibung für die Bebauung des Bereichs zwischen Dom und Römerberg, das Jury-Urteil und Modell-Abbildungen dazu sowie z. T. die jeweiligen Beschreibungen der eingegangenen Entwürfe zum Architekten-Wettbewerb und den Neuaufbau des traditionellen Frankfurter Stadtzentrums, des Gebiets zwischen Dom (der ehemals der Kaiserkrönung diente) und Römer (der nach der Rekonstruktion wieder Frankfurter Rathaus geworden ist), das immer noch ein häßlicher Parkplatz ist. Im Bauprogramm hatte man fleißig an die Jugend gedacht, neben Ausstellungsgebäude, Kunstkabinett und Kleinkunsthöhne sollten Jugendmusikschule, Jugendzentrum (Musik und Tanz), zentrale Volksbücherei und Wohnberatung eingebaut werden. Die offenkundige Ratlosigkeit, was denn nun die Funktionen eines öffentlich zu schaffenden Stadtkerns sein sollten, der seinerseits auch wieder Öffentlichkeit schaffen sollte, bestimmte nicht nur die kommunalpolitische Diskussion vor Ausschreibung des Wettbewerbs 1962, sondern auch das Bauprogramm und führte schließlich dazu, daß man eine Reihe besonders renommierter Architekten aus dem Ausland gesondert zur Teilnahme einlud. Diese sind die einzigen, die in den Erläuterungen ihrer Entwürfe auf die öffentlichen Funktionen des zentralen Bereichs und die Rolle der architektonischen Stadtplanung näher eingehen. So Candilis (Paris): „Das Problem der Bebauung der alten Mitte von Frankfurt ist nicht, ein Museum daraus zu machen, sondern ein System zu finden, das den Bewohnern erlaubt, ihre Umgebung so leicht wie möglich zu formen, und sie nach ihrer eigenen Entwicklung zu ändern . . . Ein System . . ., das der Mensch als seine eigene Welt kontrollieren und verwalten kann . . . Außerdem sollen dort so verschiedenartige Tätigkeiten untergebracht werden, daß, würde man jede einzelne gesondert betrachten, das Ergebnis chaotisch würde“. Candilis Entwurf selber erscheint als dreidimensionaler Teppich, der zwischen die Randbebauung und teilweise um bestehende Bauten gewebt worden ist, nach Maßen, „wie sie im Modulor von Le Corbusier festgelegt sind.“ (S. 73) So Gropius (Cambridge, USA), so Forbat (Stockholm), so auch Rinnan (Oslo): „... wie viele andere Städte steht auch Frankfurt vor der Gefahr, ein Chaos aus Lärm, Rauch, Abgasen und Schmutz, aus Formen und Farben ohne Zusammenhang und ohne Sinn zu werden. Wir sehen den größten Wert des D.-R.-Projektes darin, daß es buchstäblich mitten in diesem Chaos die Grundlage für die Entwicklung eines Stadtmilieus bilden kann, das in weit größerem Ausmaß als üblich von der Rücksicht auf das Wohlfinden der Menschen beeinflußt ist. Wir halten es für richtig, den Bereich D.-R. als den ersten Teil eines größeren Kulturzentrums zu betrachten . . . Der größte Teil der Gebäude um den Dom besteht (indessen) aus vier- bis fünfstöckigen Wohnungsbauten aus den fünfziger Jahren. Eine bescheidene Anzahl von Personen nehmen somit eine Reihe der zentralsten und wertvollsten Grundstücke der Stadt in Anspruch, ohne so sehr große

Vorteile daraus zu ziehen. Es dürfte wenig wahrscheinlich sein, daß dieser Zustand sich auf die Dauer aufrechterhalten läßt, und wir halten es daher für realistisch, sich eine Entwicklung zu denken, in der die Wohnungsbauten ... einer Erweiterung des Kulturzentrums weichen müssen.“ (S. 74) Hier äußert sich dieselbe Art von sozialbürokratischer Planungsmentalität, die die meisten skandinavischen Städte ebenso gesund und kulturvoll wie sterbenslangweilig macht. Ob die Vorstellungen dieser Architekten soziologisch richtig sind oder nicht — keiner ihrer Entwürfe kam in die engere Wahl —, sie sind jedenfalls bewußter als die formelhaften Schmucksätze, die die angekauften oder preisgekrönten Entwürfe begleiten, wofür hier ein beliebiges Zitat den verbreiteten Tenor wiedergeben kann: „Das alte (historische Altstadt-Straßen-)System wurde neu entwickelt unter Berücksichtigung der wünschenswerten Einbindung der Fußwege ... und der inzwischen freigelegten vorgeschichtlichen Baureste.“ (S. 55) Im abgedruckten Protokoll des Preisgerichtes findet sich der erleuchtende Hinweis: „Die Arbeit (der Jury am 2. Sitzungstag) begann mit einer Diskussion über die Möglichkeiten, die der Architektur und dem Städtebau gegeben sind, an diesem Platz räumliche und architektonische Voraussetzungen für die kulturelle und soziologische Integration zu schaffen, der der Bereich Dom-Römerberg dienen soll. Das Preisgericht nahm gemeinsam eine Ortsbesichtigung vor, bei der diese und andere Fragen der Aufgabenstellung und ihrer besten Erfüllung besprochen wurden.“ (S. 35) Mehr nicht. Keine öffentliche Verwaltung ist in Deutschland so demokratisch, als daß sie's mit der Öffentlichkeit übertreiben würde, und infolgedessen sind auch hier die Ansichten zur Preisfrage ungedruckt geblieben.

Stöbers Arbeiten — die mehr generalisierende über das „Standortgefüge“ und die statistische Analyse von „Struktur und Funktion der Frankfurter City“ — geben eine außerordentlich klare und sorgfältige Darstellung der gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und räumlichen Situation der Frankfurter (Innen-)Stadt. Wohl mit Hinsicht, aber ohne Rücksicht, auf bestimmte herrschende städtebauliche Normvorstellungen versucht er, auf der Grundlage empirischer Befunde — seine sozialwissenschaftliche Methodik kann sehr gut generell für die Analyse von Stadtsystemen verwandt werden — die wichtigsten Entwicklungstendenzen der City zu beurteilen; ein Muster dafür, wie Planungsentscheidungen wissenschaftlich begründet sein sollten. Das von Stöber präsentierte Material vermittelt allerdings auch deutlich, in welcher Weise und in welchem Ausmaß die ökonomischen und politischen Gegebenheiten in Deutschland die Möglichkeit zu städtebaulicher Planung einengen und die Arbeit der Stadtplaner determinieren, die oft genug auf den Kampf ums bloße Erhalten der letzten Fußfeste öffentlich wichtiger Institutionen hinausläuft. Die verheerende Unterbewertung kommunaler, der sozialen Teilhabe oder allein schon der vorrangig zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse dienender Institutionen macht sich erschreckend bemerkbar. Daß mit dem Herunterkommen der Infra-

struktur dieses Staates eine immer konsequentere Entmenschlichung im sozialen Verhalten und der städtischen Umgebung einhergeht, kann Stöber im Rahmen seiner Arbeiten nicht diskutieren; wohl aber zeigt er deren objektive Bedingungen. Außerdem wird erkennbar, wie Stadtplaner und Kommunalpolitiker oft genug als Sündenböcke herhalten müssen für Entwicklungen, auf deren Ursachen sie im seltensten Fall Einfluß haben\*.

Das Buch von Weiss über „Neue Stadtteile“ — es bezieht sich vor allem auf die Planung der neuen Frankfurter „Nordwest-Stadt“ — enthält lebendige Ideen und unkonventionelle Bemerkungen, die auf einer fast naiven Beobachtungsfähigkeit beruhen („Traurig daran denken zu müssen, daß beim Wiederaufbau unserer Städte häufig die Traulinie des Nachbarn zur städtebaulichen Norm erhoben wurde“, S. 12. „Würde man innerhalb der Großgrünfläche . . . einen Sonntagsbummel machen, käme man sich zweifellos komisch vor“, S. 25), und eine entschieden „städtische“ Baukonzeption: Über die „gegliederte, vor allem aufgelockerte Stadt“: „Jedem genausoviel Sonne, Licht und Luft wie jedem anderen. Der Gedanke ist schön, so im tiefsten Sinne demokratisch, daß niemand sich einzugestehen wagt, daß vielleicht gerade durch seine Verwirklichung die Langlewile in unsere Städte eingezogen ist. Wie können . . . unsere Allerweltsbauten in eine spannungsreiche Beziehung zueinander gebracht werden, wenn sie nach der unabänderlichen Formel gebaut werden müssen, daß die Summe ihrer Höhen gleich ihrem Abstand zu sein hat . . . Warum nicht etwas enger bauen? Schließlich gibt es Gardinen und Rolläden, sogar dort, wo sie im Grund gar nicht nötig und den Architekten ein Ärgernis sind! Warum nicht etwas enger bauen? Ein paar Sonnenstunden weniger im Zimmer, dafür den Wettlauf mit dem Sonnenuntergang gewinnen! Die Familienangehörigen haben unterdessen — wie man hört — in den weitläufigen Siedlungen eher ein Zuviel an Naturerlebnis als zu wenig; dagegen aber mangelt es — wie könnte es bei zahlenmäßig geringem Einwohnerpotential anders sein — an manchem, was zuvor, in der zugegebenmaßen ungesunden Enge und Beschränktheit der alten (Stadt-) Quartiere wohl vorhanden war.“ (S. 10 f.) Heimo Claasen (Lund)

\*) Dabei ist die Situation in Frankfurt noch besonders günstig, verglichen mit anderen deutschen Großstädten (vor allem in Rheinland/Westfalen): die Stadt ist auch außerhalb der Bürostunden vergleichsweise lebendig; insgesamt funktioniert sie zumindest noch. Das dürfte sich jedoch ändern, wenn, wie nach der Prognose von Stöber, das ehemalige Wohnquartier Westend in ein City-Ergänzungsgebiet verwandelt und der alte Wohnbestand weiter rücksichtslos zerstört wird, um öden Bürohochhäusern Platz zu machen.

**Spiegel, Erika:** *Neue Städte in Israel.* Karl Krämer Verlag, Stuttgart 1966 (192 S., XXXVI Abb., Kartenbeilage, 45,— DM).

Es ist sicher mehr der überaus lobenswerten Gründlichkeit der Autorin als ihren Anschauungen zu verdanken, daß dieses Buch zu einer der schärfsten Kritiken an der Gartenstadt-Idee und verwand-



ten Städtebauwunderheilmitteln wird. Dank gebührt der List-Gesellschaft, die diesen Forschungsauftrag vergab und auch publizierte. Bedauerlich ist höchstens, daß die repräsentative Aufmachung (deutsch-englischer Text, beigefügte Israelkarte) das Buch ziemlich teuer macht; es wäre wünschenswert, daß eine billige Ausgabe davon erschiene, die für jeden Architekturstudenten erschwinglich ist. Diese Untersuchung ist ein Lehrstück für die aufklärerische Wirkung empirischer Forschung gegenüber ideologischen Rezepten (wie der Gartenstadtidee). Gleichwohl, ob nun die Autorin selbst oder mehr ihre Auftraggeber Anhänger der Gartenstadtidee sind: Israels neue Städte, die nach diesem Muster erbaut wurden, erweisen sich bei eingehender Prüfung als Fehlinvestitionen. Diese harte Wahrheit wird nicht so deutlich ausgesprochen, aber sie wird aus der Summation der Einzelmisßerfolge sichtbar. Um des ideologischen Prinzips willen — „die magische Kraft der großen Städte zu brechen, die Küstenzonen zu entlasten, das ganze Land mit einem dichten Netz lebendiger Zentren zu überziehen“ — wurden keine Mühen und keine Kosten — staatliche Gelder — gescheut, Grünflächen bzw. Grünkeile auch in der dürrsten Wüste anzulegen. Das Ergebnis war, daß „anstelle des erhofften freundlichen Rahmens“ Flächen entstanden, die „nicht immer ganz sauber, nicht immer frei von Unrat, nicht immer ohne Disteln“ sind (S. 59). Die Fotos von den Neugründungen zeigen viel deutlicher die städtebauliche Trostlosigkeit, wie sie auch in den europäischen Mustersiedlungen vorherrscht, weil hier die grünen Schamhaare fehlen. Diese Fotos überzeugen wieder einmal von der geistigen Armut des Gartenstadtkonzepts. Aber dieses Städtebaurezept, das von Anfang an auf gesellschaftlichen Fehlurteilen aufbaute und im Kern anti-großstädtisch ist, kann auf dem Gebiet der ästhetisch-architektonischen Bewältigung des Raumes letztlich nichts Begeisterndes hervorbringen. Die peinigend monotonen Reihenhäuser — auf einem Hügel in Nazareth wirken sie wie eine unendliche Vervielfältigung von Klosetthausgrüppchen — wurden meist aus Fertigteilen montiert. Ihr trister Gesamtanblick wird nicht einmal durch den Vorzug besonders billiger Herstellungsweise gerechtfertigt; denn „die für die Rentabilität der Herstellungsbetriebe erforderlichen großen Stückzahlen stehen in keinem Verhältnis zu dem geringen Bauvolumen der Mehrzahl der neuen Städte und können angesichts der hohen Transportkosten auch kaum über einen weiteren Radius gestreut werden.“ (S. 63) Die Gründe für diese z. T. wahnwitzigen Experimente liegen in der politischen Geschichte Israels; zionistische Heilsvorstellungen und araberfeindliche Kolonisationsbestrebungen spielen eine wichtige Rolle darin. Um den Mißerfolg der Neuen Städte, die Tatsache, daß diese „noch weit entfernt davon sind, aus eigener Kraft zu bestehen, geschweige denn zu wachsen“ (S. 181) abzumildern, müßten vier Faktoren systematisch beeinflußt werden: „1. Der natürliche Zuwachs, 2. Die Zuweisung von Neueinwanderern, 3. Die Abwanderung, 4. Der Zuzug von ‚Vatiquim‘ und ‚Sabras‘“ (d. h. qualifizierteren, meist aus Europa stammenden Arbeitskräften).

Ich kann nicht das Bedauern teilen, das E. Salin und R. Hillebrecht in dem Vorwort zu diesem Buch aussprechen: daß „das modellmäßig Mögliche noch keineswegs das real Durchführbare ist — jedenfalls nicht in einer Wirtschaft und in einem Staat, in dem neoliberales Gedankengut eine Zwangsansiedlung und einen Zwangswohnsitz verhindert.“ Die Autorin empfiehlt die Förderung größerer Neuer Städte anstelle von Neugründungen von kleineren Ansiedlungen. Aber das ist nur eine halbe Lösung der israelischen Urbanisierungsprobleme. Die menschenwürdige Strukturierung der Hauptballungszentren wird dadurch nur aufgeschoben. Israel hat für die Entwicklungsländer das teuer bezahlte Modell fehlgeplanter Urbanisierung geliefert.

Heide Berndt (Frankfurt/Main)

Heinz Joachim Heydorn

## Rede zur Eröffnung der Heartfield-Ausstellung<sup>1</sup>

Mir ist der ehrenvolle Auftrag zugefallen, zu Beginn dieser Ausstellung einige wenige Worte über den politisch-moralischen Inhalt der Heartfieldschen Kunst zu sagen. Es ist dies nicht ganz einfach, denn diese Kunst bestimmt sich meines Erachtens eben ganz aus diesem Inhalt; die ästhetische Komponente ist von ihm nicht abstrahierbar. Mag dies auch der Interpretation offenstehen, ich kann es nur sagen, wie ich es erfasse: Die Kunst Heartfields ist im strengsten Sinne moralisch, von unerbittlichem Rigorismus. Ihre revolutionäre Schönheit, auf die Louis Aragon hingewiesen hat, ist eine Schönheit der Tugend, um dieses alte Wort aus dem jakobinischen Sprachschatz zu verwenden, die Schönheit auch einer lebenslangen Treue zum Verletzten, getretenen und um seine Befreiung kämpfenden Menschen. Dies allein macht gewiß noch keine Kunst, und es werden einige weitere Charakteristika hinzuzufügen sein, aber es erhebt die Kunst, die Kunst John Heartfields, aus dem Bereich reiner ästhetischer Selbsterlösung in den Bereich der Sittlichkeit; sie wird zur Waffe für die verheißene Zukunft und Wiederfindung des Menschen. Somit erscheint uns der Mensch nicht in der ästhetischen Antizipation seiner zugesagten Fülle, sondern in der wirklichen und widerspruchshaften Weise seiner Existenz, die sich der unerbittlichen Scheidung unterwerfen muß. John Heartfield steht damit in einer großen Tradition, die von Hieronymus Bosch über Goya und Daumier von dem Anteil des Künstlers an einer kämpfenden Humanität zeugt. Die ästhetische und die moralische Kategorie sind hier somit nicht voneinander scheidbar. Anders hat sich schließlich auch nicht, so im Bereich der Literatur, die große, frühe und kämpferische Leistung des aufstei-

<sup>1</sup> Gehalten am 7. März 1967 in Frankfurt am Main.

genden deutschen Bürgertums verstanden: Die ästhetische Kategorie hat keine Sonderexistenz neben der moralischen. Dies bedeutet eben nichts anderes, als daß Schönheit erst dann wirklich wird, wenn sie das Leben einholt, wenn sie der Vorstellung entrissen und der Wirklichkeit selber verbunden wird als wiederhergestellter Mensch, dessen Poesie keine glückliche Stunde ist, die uns ein Geschick hingibt, sondern Fülle des wiedergefundenen Lebens. Damit kann der Verfall keine Übermacht gewinnen, von dem fast alle späte Ästhetik gezeichnet ist und dem sie süchtig unterliegt.

Somit würde ich vor allem sagen, daß wir es mit einer moralischen Kunst zu tun haben. Als moralische Kunst ist sie zugleich wesensgemäß eine rationale Kunst, denn sie zielt auf das Gesetz der Vernunft. Ihr geht es um die Selbstverständigung des Menschen inmitten seiner Verdunkelung. Angesichts des Antagonismus von Rationalität und Sinnlichkeit arbeitet sie mit den Mitteln der Vernunft, sie läßt diese Vernunft nicht fortführen und hält somit die Sinnlichkeit unter Kontrolle. Das sinnliche Mittel verdunkelt niemals die Ratio, über die vielmehr der Hintergrund aufgeschlossen wird, die Farbe führt nicht fort, sondern — oftmals unter Kontrasten, in denen sich der gesellschaftliche Widerspruch manifestiert —, zur Erkenntnis hin. Somit bleibt die Tür für alle künstlichen Paradiese verschlossen, zu jeder imaginären Wollust. Die puritanischen Züge sind unverkennbar; die Antithese des Puritanismus, die Gegenreformation, verhängt als Barock die Bühne der Welt und die auf ihr handelnden Akteure mit einem Schleier der Sinnlichkeit, der die Angst verdeckt. Hier wird der Schleier fortgenommen und die Akteure werden erkannt samt der Kulisse, vor der sie spielen. Diese rational kontrollierte Kunst, deren sinnliches Element immer auf den Charakter eines Mittels begrenzt bleibt, führt das Messer der Analyse ohne Erbarmen. Anders als bei Grosz, der die eigene revolutionäre Kunst später über eine vordergründige Schönheit zudeckt, bleibt dies für Heartfield immer charakteristisch. Es bleibt Thema, während die Variationen wechseln, weil sich die Formen des Widerspruchs geändert haben, aber nicht der Widerspruch selbst. Es ist dies auch nicht der Widerspruch irgendeiner Zeit oder irgendeiner Gesellschaft, gleichsam ins Kosmische transponiert, sondern der Widerspruch unserer Gesellschaft, der kapitalistischen Gesellschaft; Heartfield zeigt ihre Degeneration, die Zerstörung des Menschlichen in ihr, ihre Rekannibalisierung. Dabei wird dieses nie leicht getan: Der rücksichtslose Wille dieser Gesellschaft zu ihrer eigenen Fortsetzung wird erkennbar, die Zuspitzung ihrer Gegensätze als „ganze Herrschaft der totgeschlagenen Materie über die Menschen“, wie es der junge Marx formuliert, ihre Bereitschaft, den Untergang aller in Kauf zu nehmen. 1924 entsteht so die Arbeit: „Nach Zehn Jahren: Väter und Söhne“. Vorne der General des Kaisers, Orden am Rock; der Mensch, das arme Schwein, wieder angetreten als Skelett aus dem Schlamm von Flandern, der Zug der Kinder mit den Gewehren, auf gleichem Weg in die Auslöschung. Zunächst scheinbar Hoffnungsloses: Wille zu leben, sich über das Bewußtsein vom Würgegriff zu befreien, scheint hier

dem Todestrieb zu unterliegen, wie ihn Sigmund Freud, die spätbürgerliche Gesellschaft in der Tiefe erfassend, diesem Willen zum Leben gegenübergestellt hat; die Gewichte erscheinen unausgeglich. Aber gerade an dieser Arbeit wird erkennbar, daß die analytische Kunst Heartfields dem Determinismus nicht verfällt. So will ich nicht zum Schlachthof geführt werden, ist doch die erste Reaktion des Betrachters, nicht widerstandslos, nein. Diese Welt ist zu ändern, wenn ich sie erkannt habe und wenn ich sie, gemeinsam mit anderen, ändern will.

Die Welt ist nicht verhängt, kein Spinnengewebe, in dem ich für immer hängen bleiben muß, bis mein Blut ausgesaugt ist; sie hat Namen und Adressen.

Such nicht mehr, Frau: du wirst sie nicht mehr finden!  
Doch auch das Schicksal, Frau, beschuldige nicht!  
Die dunklen Mächte, Frau, die dich da schinden,  
Sie haben Name, Anschrift und Gesicht.

So heißt es bei Brecht; Name, Anschrift und Gesicht sind in dieser großen Arbeit Heartfields erkennbar. Der General steht vorn. Erst wenn er fällt, öffnet sich eine neue Dimension. Wir sind nicht ausgeliefert. Innerhalb der objektiven Bewegungsgesetze der Gesellschaft wirken Menschen; sie sind die Exponenten dieser Kräfte, mehr noch, sie entscheiden allein, welche Tendenz sich verwirklicht. Heartfield macht eben dies immer wieder deutlich, damit sich der Beschauer nicht aufgeben weiß, dem Fatalismus nicht preisgegeben wird. Die gesellschaftliche Analyse verzichtet somit nicht auf die Person, sie elementarisiert vielmehr in souveräner didaktischer Weise den gesellschaftlichen Widerspruch zum persönlichen, um damit überpersönliche Kriterien freizulegen. Ein glänzendes Beispiel hierfür ist der Buchumschlag zu Isaak Babels „Drei Welten“. Gegenüber den Gesichtern einer untergehenden Welt, die in verschiedenen Schichten vorgeführt wird, erscheint in ihrer Mitte das neue Gesicht des Menschen am Bilde des jungen Soldaten der Revolution, voller Anstrengung und Selbstentäußerung, noch beladen von einer Wirklichkeit, deren Überwindung doch eben erst anbricht und das Werk von Generationen sein wird; die unausgeheilten Narben sind alle noch da, man weiß, die Gefahr wird lange noch andauern. Die dialektische Analyse zeigt, wie sich das neue Leben unter Schmerzen freikämpft und seine ersten großen Zeichen setzt: der neue Mensch ist schon da, Hinweis auf ein kommendes Totum des Menschen, des Menschen, der seine Welt als Menschheit in Besitz nehmen will, aber sein Gesicht ist noch gezeichnet. Heartfield deckt somit nicht nur das Antihumane analytisch auf, indem er es den Widersprüchen der gesellschaftlichen Entwicklung verbindet, sondern er zeigt das Gesicht eines neuen und schöneren Menschen, der Verfall und Selbstzerstörung hinter sich lassen, im Dunkel das Helle will. Hier wird somit nicht nur Erkenntnis möglich, die uns in hilflosem Schmerz zurücklassen kann, sondern positive Identifikation: Erkennen allein genügt nicht, es muß Handeln werden. So setzt hier der Mensch ein messianisches Zeichen, es

wird Mut zu leben gemacht, auch auf dem Hintergrund der Verwüstung. Die Montagen und Plakate lassen nichts aus: Es wird nicht einfach sein, es wird nichts geschenkt. Aber der Untergang behält keine Endgültigkeit. „Wenn wir es alle nicht wollen, wird es nie sein!“, heißt es auf dem Plakat von 1957, das die Schrecken einer kollektiven Zerstörung anzeigt.

Der moralische Mut des Menschen wird angerufen. Allein wird es aber niemand aushalten, das Siechtum wird uns unweigerlich einholen. Keine schönere Arbeit daher als jene, die die ineinandergelegten Hände zeigt: Hier ist das neue Bewußtsein, eine neue Lebensschönheit von tief bewegender Poesie. Anstelle der alten Welt, des Kampfes aller gegen alle, homo homini lupus, Gemeinsamkeit aller Rassen und der Geschlechter, unterwegs zur Welt des Menschen, zum Neuland unserer Geschichte. Dafür Dank, lieber John Heartfield. Sie haben uns geholfen diese Jahre auszuhalten, ohne das verheißene Land zu vergessen.

## Besprechungen

### I. Philosophie

**Fischer, Ernst:** Kunst und Koexistenz. Beitrag zu einer modernen marxistischen Ästhetik. Rowohlt-Verlag, Hamburg 1966 (236 S., Pb., 12,80 DM).

Es empfiehlt sich, die Kapitel dieses Buches in umgekehrter Reihenfolge zu lesen. Nur so entdeckt man in all den Widersprüchen doch eine gewisse Logik. Es ist freilich die Logik eines Verfalls — oder soll man sagen: eines Rückfalls? Fischer beginnt — am Ende seines Buches — mit bemerkenswerten Beiträgen zur marxistischen Ästhetik. Sie sind, wie alles weitere auch, als Selbstkritik der sozialistischen Theorie gedacht. Die scharfe Entgegensetzung: Hier der gute, fortschrittliche Sozialismus — dort die böse, verfaulende bürgerliche Welt, will Fischer nicht gelten lassen. Zwar konstatiert auch er Dekadenz. Doch sie ist ihm nicht nur Giftstoff, sondern auch Ferment, in ihr ist das, was zu Ende geht, unlösbar mit dem, was beginnt, verflochten (178). Demgegenüber sieht er durch die kommunistische Parteilichkeit die Kunst bedroht. Zwar lasse sich nicht leugnen, daß Kunst immer Partei nehme, doch müsse dies auch eine Parteinahme gegen die Parteinahme sein dürfen (193).

Von der Kunst und Kunstpolitik greift Fischers Kritik über auf Ideologie und gesellschaftliche Praxis in den sozialistischen Ländern. Scharf verurteilt er das Immer-Recht-haben-wollen der Partei (143 ff.), den Marxismus-Leninismus verwirft er als „falsches Bewußtsein“. Seinen ganz besonderen Widerwillen aber ruft „der im Namen des Sozialismus herrschende Apparat“ hervor (190). Nach

Fischer geht es den kommunistischen Administratoren weithin nicht mehr um den „ganzen Menschen“, sondern bloß noch um die Mehrung des materiellen Wohlstands. Ein schwerer und sehr bedenkenswerter Vorwurf. Wie begründet er ihn? Durch fast nichts als Rhetorik. Das ist sein gutes Recht. Fischer ist nicht Wissenschaftler, sondern Moralist, er analysiert nicht, sondern er prangert an. Aber er mahnt auch, die Hoffnung nicht aufzugeben. Nur daß ihm diese Hoffnung unterderhand zur Absurdität gerät. Denn so wie er die „moderne, bürokratisch zentralisierte Industriewelt“ beschreibt, bedürfte es, trotz aller Gegenbeteuerung, schon einer Zauberei, wenn in ihr Sozialismus noch wirklich werden sollte. Fischer spricht denn auch vom „Zauber der Utopie“, der entscheidend mitbestimme, wie die Zukunft sein werde (121).

Fischer hält es für möglich, daß nicht nur der Kapitalismus, sondern auch der Sozialismus versagt (121). „Die Apokalypse ist denkbar“ (120), abzuwenden wäre die fast schon unausbleibliche Katastrophe nur noch durch den Entwurf eines „Menschenbildes“ (121), in dem die Menschheit als Utopie fungiert, denn „Menschheit, humanitas, war und ist Hoffnung und Idee, nicht Wirklichkeit“ (165). Die ärgsten Feinde der Utopie sieht Fischer bei den „Technikern“, „Administratoren“, „Bürokraten“, „Machthabern“, „Funktionären des Überbaus“, den „kybernetisch beratenden Eisen- und Menschenfressern“, den „Realpolitikern“, „zuständigen Ressortchefs“, „Parteiführern“ und „Geschäftsleuten“, aber auch den „in unbewältigter Entfremdung aufwachsenden ‚organischen‘ Intellektuellen der neuen Klasse, des sozialistischen Systems“ (74). Sie sind die „Orthodoxen“, zwischen denen in Ost und West ein geheimes Einverständnis zu bestehen scheint (78). Ihnen allen gegenüber steht die verschwindende Minderheit der „humanistischen“ Intellektuellen (66). In der sozialistischen Welt sind sie allein die Marxisten, sie wirken dort als „geistige Partisanen“ (77). Praktisch zwar ohnmächtig, sind sie doch die „potentielle Macht“ (63). Sie erweisen sich heute mehr denn je als die „dem Bösen widerstehende geistige Macht, als der Impuls zum Guten, Vernünftigen, Menschenwürdigen“ (66). Ihre Aufgabe besteht darin, den Kampf des „Geistes“ gegen die „Macht“ unablässig zu führen, sie sollen Inseln der Freiheit innerhalb der Macht schaffen (36) und diese von außen und innen her auseinandermanövrieren (70).

Eine Beendigung des Streits der humanistischen Vertreter des guten Prinzips mit den Vertretern des bösen Prinzips, den bürokratischen Verwaltern und Verwesern der modernen Industriegesellschaft (137), ist in Fischers Konzept nicht vorgesehen. Der Konflikt zwischen den Theoretikern und Praktikern, den marxistischen Intellektuellen und dem Apparat wird bleiben. Die dem Marxismus adäquate Personalunion beider ist zwar anzustreben, kann aber nur ausnahmsweise erreicht werden. „Die Praktiker werden stets die große Mehrheit bilden und die kritische Haltung einer intellektuellen Avantgarde als Störungsfaktor empfinden“ (76 f.). Da die humanistischen Intellektuellen allein zu schwach sind, um Entscheidungen

herbeizuführen, bedürfen sie des Zusammenwirkens mit selbstbewußten, organisierten Arbeitern und der Unterstützung derjenigen Intellektuellen, innerhalb der Machtapparate, die nicht mehr gewillt sind, sich noch weiter zu fügen (68). Sie selbst aber sind ‚freischwebend‘, sie sind dadurch definiert, daß sie „jenseits der gesellschaftlich notwendigen materiellen Produktion“ stehen (123), denn sie haben begriffen, daß Mensch nur sein kann, wer dem „Apparat“ entronnen ist (128).

Dieses Buch ist das Dokument eines Zusammenbruchs. Zusammengebrochen sind — innerhalb weniger Jahrzehnte — die Illusionen nicht nur des zum Kommunismus sich bekennenden Intellektuellen Ernst Fischer, sondern darüberhinaus einer großen Zahl leidenschaftlich engagierter, hochgebildeter, geistreicher, scharfsinniger „Humanisten“, denen die herrschende Macht in der bürgerlichen Welt Humanität nur als Bewußtsein, als Gesinnung, als „Geist“ gestattete, nicht aber als gesellschaftliche Realität. Noch erfüllt von der christlichen Verheißung des Paradieses in einem jenseitigen Leben, zu der sie den Glauben aber nicht mehr aufbrachten, und enttäuscht von Hegels Weltgeist, der sich für seine Realisation offenbar mehr Zeit ließ, als den jetzt Lebenden zu ihrer einzigen, unwiederholbaren Existenz gegeben war, gerieten sie in den Bann der marxistischen Philosophie, die ihre Heilserwartung nicht auf ein zweifelhaftes Jenseits vertröstete, sondern, wie Fischer es unumwunden ausspricht, das „Irdische“ als „Säkularisation Gottes“ darzustellen schien, womit die Hoffnung einherging, daß sich die Verheißung des Paradieses auch noch im eigenen irdischen Leben erfüllen werde.

Der Weltgeist, kaum daß er dem Kopfe seines Denkers entstieg war, hatte sich wieder in einige denkende Köpfe herabgelassen und sich hier zur „Idee des Sozialismus“ gewandelt (45). Sollte dieser Sozialismus das Irdische zu einer gleichsam göttlichen Wirklichkeit verklären können, so durfte er nicht bloße Idee bleiben. Damit ergab sich ein Problem, das Ernst Fischer folgendermaßen umschreibt: „Der den Sozialismus bejahende Intellektuelle weiß, daß keine Idee ohne Organisation zu realisieren ist. Er weiß zugleich, daß jede Organisation diese Idee deformiert. Soll er daher, als Intellektueller, das Risiko der Organisation auf sich nehmen, oder, um seine Seele zu retten, draußen bleiben? Soll er die beunruhigende Arbeitsteilung anerkennen: Hier der die Zukunft Entwerfende — dort der den Entwurf durch sein Tun Entstellende? Hier das unbefleckte Gewissen des kritischen Geistes — dort die Beschmutzung der Hände durch die politische Praxis?“ (77).

Fischer glaubt auf diese Fragen keine allgemeinverbindliche Antwort geben zu können. Wo aber sogenannte marxistische Intellektuelle eine solche aus dem christlichen Sündenbewußtsein herrührende Entgegensetzung von „reiner“ Theorie und schmutziger Praxis überhaupt ernstnehmen, beweisen sie allerdings nur, daß der Weltgeist in ihrem Bewußtsein immer noch auf dem Kopfe steht: Der Marxismus gilt ihnen nicht vor allem als die Reflexion einer realen

ökonomischen Bewegung, die durch den Kampf ungezählter Arbeiter um ihre Erhebung aus dem Schmutz einer niedergedrückten Existenz weitergetrieben wird, sondern sie betrachten diese Arbeiterbewegung und die Gewalttaten ihres Klassenkampfes schließlich doch nur als ein nicht ganz sauberes Mittel, dessen die makellos konzipierte Idee leider nicht entraten kann, wenn sie sich zum gewaltlosen, lustüberfüllten, arbeitsscheuen himmlisch-irdischen Reich der Freiheit materialisieren will — und zwar auf jeden Fall noch zu Lebzeiten ihrer intellektuellen Träger.

Das säkularisierte Gottesreich ist nicht gekommen, die Prophezeiung, die nie eine war, hat sich nicht erfüllt. Fischers Praktiker haben nicht geleistet, was Fischers Theoretiker ihnen vorschrieben. Aus ihnen sind „Machthaber“ und „Techniker“ geworden, die die Jugend für Produktionsziffern zu begeistern suchen, nicht aber für die „Menschheit als Utopie“. Angesichts dieser Lage fragen sich die humanistischen Intellektuellen wiederum: „Sind Macht und Vernunft vereinbar? Macht und Geist? Macht und Freiheit?“, und sie erwägen den „Rückzug in das kleine Kollektiv, in die schöpferische Gemeinschaft“ (36).

Fischer freilich gibt den Kampf nicht auf. Er vertraut auf die geistige Vereinigung der machtfeindlichen Intellektuellen aller Länder und Weltanschauungen (78 f.). Als Waffen bietet er an „Kritik und Vision“ (129). Die Kritik hat zum Gegenstand die moderne Industriegesellschaft in Ost und West. Je mehr sie totale Negation alles Bestehenden ist, umso besser, haftet doch, wie Fischer wörtlich sagt „am Affirmativen, mag es auch dann und wann, episodisch, sogenannte ‚Begleiterscheinungen‘ kritisieren, der Hauch der Heuchelei“ (21). Gegenstand der Vision sind nicht etwa irgendwelche erkennbaren Umriss eines Sozialismus, wie er sein soll, schon gar nicht ein Weg dorthin, der wirklich gangbar wäre, sondern, nun ja, die „Menschheit“. Für diese Menschheit also reitet Fischer in den Kampf, wendet aber, ohne es recht zu merken, seine Lanze gerade gegen die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen einer Realisierung seiner vagen Zukunftshoffnung und kommt damit in bedenkliche Nähe zu jenem Ritter von der traurigen Gestalt, der in den Windmühlenflügeln nicht die Signa einer neuen Zeit erkannte, sondern in ihnen machtbesessene Riesen sah, die es zu vernichten galt. Da Fischer diesen Kampf aber in einer unerbittlich aufrechten Gesinnung führt, scheucht er mit seiner Donquichotterie auch alle Trägheit, Selbstsucht, Heuchelei und pharisäische Orthodoxie auf, die sich im sozialistischen Machtapparat breitgemacht haben mag. Und man weiß nicht, wie viele sich getroffen fühlen, wenn er ausruft: „Man hat so oft recht gehabt, oh, diese Funktion, recht zu haben, immer recht, Funktionäre der Unfehlbarkeit. Fangen wir also an, von unserem Unrecht zu sprechen, unserem verlorenen Spiegelbild Rede und Antwort zu stehen? Und möge nicht mehr die Antwort prahlerisch vorangehen, das hochehrhobene Rufzeichen fest in der Faust, und hinterher der Schweigemarsch unstatthafter Fragen!“ (151).



Die Einsicht, daß die Gesellschaft ändern muß, wer die Menschen ändern will, tritt bei Fischer zurück hinter der Sorge, die Änderung der Menschen könne auch in einer geänderten Gesellschaft noch mißlingen. Die Enteignung der kapitalistischen Eigentümer, so betont er, sei Voraussetzung des Sozialismus, nicht er selbst (104). Die Erneuerung des Menschen durch den Kommunismus sei bisher ausgeblieben (107). Zwar sei die Revolution Bruch mit der Entfremdung, nach dem Sieg der Revolution jedoch „richtet sich die niedergeworfene, doch keineswegs überwundene Vergangenheit zwar nicht in ihrer Gesamtheit, wohl aber mit beunruhigender Kraft wieder auf, zumal als Gewohnheit, Vorurteil, Deformation, weiterwirkende Welt des Habens“ (103). — Im Osten also „neue Entfremdung“ (103), im Westen keine Aussicht auf ein Ende der alten Entfremdung. Vielmehr kündigt sich — etwa im Werk Picassos — schon die „große Integration“ an, eine „aus der Wechselwirkung aller Klassen, Nationen, Systeme sich formierende ‚Gesamtheit‘“ (61). Die Koexistenz, und zwar auch die Koexistenz der Klassen als unabänderliches Faktum! Kein Gedanke mehr an Weltrevolution oder kommunistische Weltgesellschaft. Werden wir da auf die „Menschheit“ nicht weiterhin auch bloß zu hoffen haben? Diese Hoffnung nennt Fischer ausdrücklich „utopisch“. Gleichwohl möchte er sie nicht ganz aufgeben. Denn — so schließt er vielsagend seinen Traktat — „was wäre das Dasein ohne den ozeanischen Hauch unerschöpflicher Möglichkeiten?“ (231).

Friedrich Tomberg (Berlin)

**Stadler, Peter:** Karl Marx, Ideologie und Politik. Bd. 40/41 der Reihe „Persönlichkeit und Geschichte“. Musterschmidt-Verlag, Göttingen, Frankfurt, Zürich 1966 (145 S., kart., 5,80 DM).

„In einem Zeitalter der Politisierung der Massen“ soll laut Rückentext die Schriftenreihe „Persönlichkeit und Geschichte“ einen Gegenakzent setzen: „Stets waren es einzelne Persönlichkeiten, die das Schicksal der Völker bestimmten und die großen Zäsuren im Ablauf der Weltgeschichte setzten.“ Nach Schlieffen, Tirpitz, Wilhelm II. und vielen anderen kommt, als Nr. 40/41 und zwischen Kurt von Schleicher und Theodor Heuss, auch Karl Marx zur Darstellung. Verfasser ist ein „Liberaler“, wie er im Buche steht, mit aller Toleranz, Voreingenommenheit und Verständnislosigkeit, die ebenso zu derartigem Liberalismus gehören wie der fast stets gewahrte gute Ton und das Ideal bedächtiger Ausgewogenheit. Was herauskommt, wenn solche bürgerlich-professorale Sichtweise heute Karl Marx sich zuwendet, ist vielleicht nicht untypisch und sei daher in einigen Punkten skizziert.

Marx imponiert zunächst als großer Mann, dessen Nachwirkung sich, „geschichtlich gesehen, nur mit derjenigen Mohammeds vergleichen“ läßt. Das ‚Kommunistische Manifest‘ erscheint zweifach legitimiert: als „eines der großen politischen Sprachkunstwerke seines Jahrhunderts“ und als sittlich berechtigte Anklage. „Und es wirkte

auf manche der Schuldigen eben nur, wenn es in revolutionärer Sprache gesagt wurde.“ Ferner ist ‚Das Kapital‘ zwar wissenschaftlich unhaltbar. Aber „gerade als ein Thesenbuch, das es war, hatte es seine tiefe Berechtigung. Nur der Einsichtslose kann behaupten, daß Karl Marx mit seiner Diagnose offene Türen einrannte. Wie Machiavell in seinem ‚Principe‘ die Dämonie des neuzeitlichen Machtstaates erkannte, so hat Karl Marx in seinem Hauptwerk die Dämonie des Kapitalismus bloßgelegt.“ Indes „verkannte er die heilenden Kräfte, die in einer freien Wirtschaft eben auch tätig waren und sind.“ Dies schmälert freilich nicht die angedeutete „Rettung“ Marxens als eines, der solche heilenden Kräfte innerhalb des Kapitalismus provoziert hat. „Rettung“ Marxens für die bürgerliche Heldengalerie wäre nur eine halbe Sache, würde ihm nicht noch rasch nebenbei eine antikommunistische Stellungnahme ausgepreßt. Zugleich — zwei Fliegen mit einer Klappe — wird ihm eine gewisse relative wissenschaftliche Haltbarkeit zugestanden: „Umgekehrt ist nicht zu leugnen, daß manche der von Marx aufgezeigten Tendenzen des Kapitalismus sehr wohl hätten Wirklichkeit werden können, und es in gewissem Grade sogar geworden sind. Gerade in kommunistisch regierten Ländern hat sich vielfach ein Staatskapitalismus durchgesetzt, dem manche Züge der Marx’schen Zukunftsvision eignen.“

Was wird Marx vorgeworfen? Neben einer Reihe schockierender Charakterzüge, worunter Haß, Rechthaberei, Herrschsucht, Streit-sucht, Einseitigkeit, Maßlosigkeit besonders hervorragen, kridet der Verfasser ihm vor allem seinen Klassendualismus an. Wie schon im ‚Manifest‘, so verkenne Marx auch im ‚Kapital‘ den Mittelstand. „Wohl nicht ohne Absicht. Galt es doch, das Proletariat als die alleinige Klasse erscheinen zu lassen, die ihre Arbeitskraft als Ware ‚verkaufen‘ muß. Als ob der Beamte, der Bauer oder der Angestellte nicht auch arbeiten (oder, um mit Marx zu reden, ihre Arbeitskraft ‚verkaufen‘) müßten, um zu leben. In der Beschränkung auf eine Klasse, die allein als die ‚arbeitende‘ hingestellt wird — und zu welcher demnach weder Marx noch Engels zu zählen wären —, liegt das Abwegige dieser Gesellschaftslehre.“ Konsequenterweise reagiert der Verfasser auf keine Schrift von Marx so ablehnend und verzerrend wie auf den ‚Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte‘, worin die Rolle vor allem der Bauern und Beamten großartig analysiert ist. Marx habe gegen Bonaparte „eine lebenslängliche Abneigung bewahrt“, weil „die Machtergreifung durch den Kaiserneffen einen Vorgang dar(stellte), der im Grunde allem historischen Materialismus Hohn sprach“. Gegen die differenzierten Analysen des ‚achtzehnten Brumaire‘ führt der Verfasser eine einzige Patentlösung ins Feld: „es war die Persönlichkeit oder besser der Name, der über alle Klassengegensätze hinweg die Nation faszinierte.“ So muß man dem Verfasser attestieren, daß er das Programm der Schriftenreihe (siehe oben) ernst nimmt, buchstäblich ernster als seinen Gegenstand.

Neben der „grundsätzlichen Verkennung“ des Mittelstandes beachtet der Verfasser Marx der Vergottung der Gesellschaft und eines grundsätzlich falschen Menschenbildes. Diese Argumentation sei zum Abschluß noch angeführt (die Stelle bezieht sich auf die ‚Oekonomisch-philosophischen Manuskripte‘): „Hatte Karl Marx — der doch mit so vielen Mitmenschen im Zerwürfnis lebte und leben wird — so schwache Vorstellungen von der Fragwürdigkeit und Sündhaftigkeit der menschlichen Natur, von dem, was Kant als das ‚radikal Böse‘ in ihr erschaut hatte? Als ob die ‚Gesellschaft‘ jemals etwas anderes sein oder werden könnte, als eine Vervielfältigung dieser einzelmenschlichen Fragwürdigkeit.“ Marx „hat sich ein Menschenbild erarbeitet, dessen Kennzeichen vielleicht gerade darin besteht, daß es — auf die konkrete Wirklichkeit bezogen — keines ist.“

Zugute gehalten wird dem „dunklen“ Marx schließlich ein „ganz anderer Marx“: der „wählerische Genießer der Weltliteratur, der jedes Jahr den Aeschylus im Urtext las.“ „Der Humanist war aber auch Mensch“ — d. h. liebenswürdiger und treusorgender Familienvater und Ehemann. Dieses Menschenbild ist nun wirklich eines.

W. F. Haug (Berlin)

**Engels, Friedrich: Schriften 1839—1844. Ergänzungsband, 2. Teil: Marx/Engels, Werke, Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1967 (593 S., Kunstleder, 10,— MDN).**

Der älteste Text, den der Band enthält, ist ein Weihnachtsgedicht des dreizehnjährigen Engels für seinen Großvater. Die spätesten sind zwei in Manchester verfaßte Erklärungen des Dreiundzwanzigjährigen über deutschen und französischen Kommunismus. Dazwischen stehen Briefe (fast alle entweder an die Schwester oder an die Brüder Graeber), Gedichte, Literaturkritiken und sonstige journalistische Veröffentlichungen, einige Karikaturen und eine Seeräuber-geschichte, ein 1842 als Broschüre veröffentlichtes parodistisches „Christliches Heldengedicht“ über Bruno Bauer. Von philosophie-historischem Interesse sind die drei Schriften gegen Schelling: „Schelling über Hegel“ (Dez. 1841 im „Telegraph für Deutschland“ veröff.), „Schelling und die Offenbarung. Kritik des neuesten Reaktionsversuchs gegen die freie Philosophie“, schließlich „Schelling, der Philosoph in Christo, oder die Verklärung der Weltweisheit zur Gottesweisheit. Für gläubige Christen, denen der philosophische Sprachgebrauch unbekannt ist“ (zwei Broschüren von 1842). — Am Ende des Bandes findet sich ein Gesamtverzeichnis, das auch die in den Bänden 1 und 27 der MEW bereits veröffentlichten Texte bis 1844 umfaßt. — Der Ergänzungsband ist geeignet, die geistige Herkunft Engels' deutlicher zu machen. Vor allem die ersten der beiden Texte über Schelling werfen ein Licht auf die Ausgangssituation des dialektischen Materialismus. — Für November ist der entsprechende Marx-Ergänzungsband angekündigt. W. F. Haug (Berlin)

**Strauss, Leo:** Über Tyrannis. Eine Interpretation von Xenophons „Hieron“ mit einem Essay über „Tyrannis und Weisheit“ von Alexandre Kojève. Deutsch von Marianne Regensburger und Kurt Weigand. POLITICA, Bd. 10. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin (West) 1963 (241 S., Ln., 28,— DM).

Der Band besteht aus vier Teilen: auf den Abdruck des Xenophon-Dialogs „Hieron oder über die Tyrannis“ folgt die Interpretation dieses Textes, die Leo Strauss 1948 unter dem Titel „On Tyranny“ erstmals veröffentlicht hat und die hier die Hälfte des Buches einnimmt; daran schließt sich der Essay von Kojève an, der seinem Buch „De la Tyrannie“ (3. Aufl. 1954) entnommen wurde, sowie Strauss' Replik auf die Ausführungen von Kojève, die zuerst in einer 1960 publizierten Aufsatzsammlung erschienen ist. — Der Dialog des Sokrates-Schülers befaßt sich mit den Vor- und Nachteilen autoritärer Regierung, insbesondere mit der Frage, durch welche Maßnahmen die Praxis der unverhüllten Tyrannis derart rationalisiert werden könne, daß für das Geschäft der Unterdrückung nicht mehr unbedingt Gewalt und Terror nötig seien. Die Interpretation von Strauss — einem angesehenen amerikanischen Politologen und Hauptvertreter der ‚normativen‘ Richtung innerhalb der zeitgenössischen politischen Philosophie — zeugt zwar von einer bewunderswerten philologischen Akribie und stupenden Detailkenntnis des antiken Denkens, aber sie leidet unter dem (methodisch begründeten) totalen Verzicht auf inhaltliche Kritik. Unbekümmert um die vielfältigen Versuche der Ideologiekritik und ihre Ergebnisse hält Strauss daran fest, daß es nur ein „menschliches Denken an sich“ gebe und es daher nur darauf ankomme, es in seinen einzelnen Etappen so zu verstehen, „wie es eigentlich gewesen ist“ (36 f.). Die von solchen Voraussetzungen ausgehende Exegese bleibt notwendigerweise unverbindlich; dort, wo Verf. glaubt, besonders materialreich zu analysieren, ist sie weitschweifig und ermüdend. Um so deutlicher hebt sich der großartige Aufsatz von Alexandre Kojève (147—193) von ihr ab. Hier präsentiert sich dem Leser eine grundsätzlich andersartige Denkweise, die sich von derjenigen der vorangehenden Interpretation schon dadurch unterscheidet, daß sie die Probleme sieht und auch zu lösen versucht. Dazu gehören vor allem die in Xenophons Dialog implizit enthaltenen Fragen nach dem Wesen von „Herrschaft“ und nach den Beziehungen zwischen „Herrschaft“ (Praxis) und „Weisheit“ (Theorie).

Wie sehr Kojève, der Anreger der französischen Hegel-Renaissance, von Strauss mißverstanden wird, geht aus dessen anschließender Kritik an Kojèves Gedanken hervor. Wenn etwa der letztere mit Hegel zu dem Ergebnis kommt, daß das notwendige und vernünftige „Ziel“ der Geschichte — die „klassenlose Gesellschaft“ — sich progressiv durch alle Formen von Herrschaft verwirkliche (185 ff.), so vermag Strauss dies nur als ein Plädoyer für den menscheitszerstörenden totalen Staat zu perhorreszieren (231 ff.). Zugleich entpuppt sich Strauss als Ideologe der „ewigen Ordnung“ (s. 224 f.),

der beispielsweise nur das „permanente Chaos“ als Alternative zur Herrschaft der Eliten erblickt (216 f.) und andere gängige Topoi der konservativen Kulturkritik benutzt. Offensichtlich ist die Strauss'sche Variante des Neuplatonismus dadurch gekennzeichnet, daß sie das der platonischen Philosophie innewohnende kritische Moment weitgehend ignoriert. — Enttäuscht muß der Leser am Ende feststellen, daß die im Klappentext angekündigte „faszinierende Diskussion“ (zwischen Strauss und Kojève) ausgeblieben ist, da die beiden Kontrahenten sich jeweils verschiedener philosophischer Perspektiven und Sprachen bedienen. Da außerdem die hier zusammengestellten Texte allesamt in ihren Originalausgaben zugänglich sind, ist dem Rezensenten der Nutzen dieser Edition verborgen geblieben.

Peter Brokmeier (Berlin)

**Baader, Franz von: Sätze aus der erotischen Philosophie und andere Schriften.** Hrsg. v. Gerd-Klaus Kaltenbrunner. Bd. 19: Sammlung Insel, Insel-Verlag, Frankfurt/M 1966 (199 S., Lw., 7,— DM).

„Dreizehn Jahre vor dem Kommunistischen Manifest“ und nachdem er „ein halbes Jahrhundert vor Friedrich Engels . . . an Ort und Stelle der industriellen Revolution dem Elend des Proletariats begegnete“, betont der Hrsg., habe Baader seine Theorie der „Vermögenslosen oder Proletairs“ formuliert, und ganz allgemein sei es „verblüffend, wie sehr sich Marx-Engels und Baader in einzelnen Diagnosen berühren“. Verblüffend in der Tat, wenn der Hrsg. einen mißverstandenen „Marx-Engels“ vor Augen hat, denn keineswegs etwa argumentiert Baader im Sinne der marxistischen Soziologie gegen jene, die das „eingetretene Bedürfnis nach einer Sozialreform mit dem Bedürfnis einer politischen Reform vermengten“. Anstatt den Gegensatz von historischem Materialismus — der eine Sozialreform im Sinne Baaders nicht kennt — und Baaders christlich-konservativer Sozialmetaphysik, und zwar der „Contrerevolution“ (S. 149), zum besseren Verständnis beider Theorien und ihrer Wirkungen in der Geschichte hervorzuheben, macht der Hrsg. zur Begründung der Edition von Baaders Schriften diesen zum Vorläufer des Marxismus. So wird schließlich Baader dann zitierbar, wenn es gilt, die vermeintlich „spätere, antichristliche Wendung des Sozialismus“ als eine „eigentlich unwahrscheinliche“ und damit den „Marxismus“ ohne Baader korrumpierende Entwicklung zu kritisieren.

Aus gleicher Anschauung von Theorie und Geschichte des Sozialismus kommentiert der Hrsg. endlich den Umstand, daß dem mit liberalen Ideen und reformistischen Plänen für Kirche und Staat ausgestatteten Baader 1825 die Einreise in das Rußland Nikolaus' I verweigert wurde, wie folgt: „Wurden nicht schon damals die Weichen für jene andere Einreise — ebenfalls über Deutschland, aber illegal, im ‚plombierten‘ Eisenbahnwaggon — gestellt, die 1917 das Zarenreich endgültig zertrümmerte?“

Bernhard Heidtmann (Berlin)

## H. Soziologie

**Niezing, Johann: Aufgaben und Funktionen der Soziologie.** Betrachtungen über ihre Bedeutung für Wissenschaft und Gesellschaft. Aus dem Holländischen übersetzt von Ion Bevermann. (Originaltitel; *Functies der Soziologie*) Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1967 (159 S., kart. 25,— DM).

Gegenstand dieser „makrosoziologischen“ Untersuchung ist die Soziologie selber. Analysiert und beschrieben werden ihre Funktionen, bzw. Dysfunktionen für die Wissenschaft, die Gesellschaft und die „policy“. Unter Soziologie wird weitgehend empirische Sozialforschung verstanden, wobei der Unterschied zwischen „angewandter“ und „rein wissenschaftlicher“ Soziologie folgendermaßen definiert wird: „(Er ist) ... weniger in der Wahl des Forschungsobjektes begründet als in dem Vorhandensein eines Kriteriums pragmatischer Art, das der Auswahl der bei der Analyse des Studienobjektes zur Sprache gebrachten kausalen oder funktionellen Relationen zugrundeliegt ... Während bei der rein wissenschaftlichen Forschung dieser Bezugsrahmen aus der Gesamtheit der Faktoren besteht, die in einem solchen kausalen oder funktionellen Verhältnis zu dem betreffenden sozialen Phänomen stehen, ... geht man in der angewandten Forschung von den spezifischen Bedürfnissen des Auftraggebers aus.“ (110) Wichtige Aufgabe der rein wissenschaftlichen Soziologie (z. B. der an Universitäten betriebenen) wäre die Entwicklung neuer Methoden.

Auf die Wissenschaft wirke die solcherart definierte Soziologie „relativierend“ — „Klima“ und „Aufgabenverteilung“, die bestimmte wissenschaftliche Ergebnisse erbringen, werden untersucht — „vermittelnd“ — die Soziologie habe eine Art „Brückenfunktion“ für verschiedene Wissenschaftsgebiete —, und „ergänzend“ — der Soziologe untersuche zum Beispiel die sozialen Folgen wissenschaftlicher Ergebnisse aus anderen Bereichen.

Die allgemeingesellschaftlichen Funktionen (bzw. Dysfunktionen) der Soziologie ergeben sich aus „Popularisierungen“, „Vulgarisierungen“ und „para-soziologischen Schriften“, ... „weil gerade solche Schriften, indem sie ein Problem auf eine extreme Art darstellen, eine latente allgemein-gesellschaftliche Funktion oder Dysfunktion haben können, die wir nach Merton ‚self-fulfilling prophecy‘ nennen.“ (43) In Übereinstimmung, aber auch in Auseinandersetzung mit Merton werden die Begriffe „self-fulfilling prophecy, self-destroying prophecy and bandwagon-effect“ entwickelt, der self-fulfilling prophecy wird als ein wesentlicher, und von der Mertonschen Definition abweichender, Bestandteil die manifeste Absicht des Prophezeienden zugeschrieben.

Auf die „policy“ wirke Soziologie, wenn entweder kommerzielle Forschungsunternehmen von Interessengruppen in Anspruch genommen werden, oder diese Gruppen selbst einen angestellten Soziologen für ihre „policy“ haben. Hier habe die Soziologie „auslösende“, „korrigierende“, „differenzierende“, „vervollständigende“, „neuorien-

tierende“, „fortsetzende“, „motivierende“ und „konservierende“ Funktion. Wengleich auf die mögliche Fragwürdigkeit der Funktion von Soziologen, die für Interessengruppen arbeiten, hingewiesen wird, gerät die Kritik über den Verweis auf mögliche Dysfunktionen oder Konservierungen einer bestimmten „policy“ nicht hinaus.

Frigga Haug (Berlin)

**Baran, Paul A.: Unterdrückung und Fortschritt. Essays.** Edition Suhrkamp, Bd. 179, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1966 (148 S., brosch., 3,— DM).

Die vier Aufsätze Barans, die zwischen 1952 und 1961 erschienen sind („Monthly Review“), haben ihre Einheit in einer Gesellschafts- und Geschichtsauffassung, die von der marxistischen politischen Ökonomie bestimmt ist. In den bedeutsamen „Reflexionen über die Kubanische Revolution“ — vornehmlich an die amerikanische Adresse gerichtet — wendet sich Baran in gleicher Weise gegen die exemplarisch ex cathedra formulierte Revolutionstheorie wie gegen die von den kubanischen Revolutionären z. T. selber unterstellte revolutionäre Spontaneität und entfaltet den historischen, gleichwohl aber nicht deterministischen Begriff der „sozialen Revolution“ strikt gegen den der „politischen“. Daran anknüpfend versucht Baran in dem Aufsatz „Über die politische Ökonomie unterentwickelter Länder“ die allgemeinen Schwierigkeiten der Emanzipation und des wirtschaftlichen Wachstums, insbesondere unter dem Aspekt der Rolle der nationalen Bourgeoisien aufzuzeigen, wobei insbesondere die Warnung vor der nur ökonomistischen Behandlung der Probleme überzeugt.

In dem Aufsatz über „Marxismus und Psychoanalyse“ legt Baran eine Kritik des „Sozio-Psychologismus“, d. h. derjenigen Psychologie vor, die durch eine nur scheinbare Einbeziehung gesellschaftlicher Faktoren recht eigentlich von der für die Individuen konstitutiven, in der Verfassung des Kapitalismus heute begründeten Depravation ablenkt. Die irrationalen, neurotischen und aggressiven Reaktionen bezeichnen nach Baran den Einspruch der Individuen gegen die okkupierte Rationalität, gegen die der Märkte und Gewinne. Sie richten sich gegen die Vernunft selbst, die mit der gesellschaftlich bestehenden identifiziert wird. Die unterdrückte Spontaneität reproduziert sich als unabgeleiteter „Gefühlsüberschuß“, der in Aggressivität umgemünzt wird. In ihr verschränken sich Neurose und Protest unheilvoll, so daß die unscharfe Beziehung der Aggressivität zur Realität eher dazu geeignet ist, explosiv-chaotische Formen der Gesellschaftsveränderung zu befördern. Barans Konsequenz ist unklar. Es hat allerdings den Anschein, daß dem Autor marxistisch orientierte Korrekturen der Psychoanalyse nicht aussichtslos erscheinen. Zweierlei ist problematisch: In der Fassung der Aggressivität als Protest weist Baran nur unzureichend auf die darin beschlossene Gefahr der Unterbewertung des rationalen Individuums hin. Als Opposition markierte Aggressionspotentiale verleiten zur

Identifikation und dispensieren von Rationalität, der Arbeit der konkreten Begriffe. Zweitens unterschätzt Baran die gesellschaftliche Tendenz zur Absorption und Neutralisierung auch der offenbar intransigenten Aggressivität. Die theoretische Prämisse, daß nurmehr die quasi-neurotischen Reaktionen Gesellschaft als Ganze erreichen, ihre Prinzipien transparent machen und so der drohenden Vereinnahmung entgehen können, zeichnet den regellosen Aufstand einer Art Leidensgemeinschaft, einer Gefühlselite, die marxistisch konfirmiert wird.

Schließlich der Aufsatz „Faschismus in Amerika“. Baran kritisiert hier zunächst die landläufige Auffassung, die den deutschen oder italienischen Faschismus, bzw. bloße Personalisierungen zum Maßstab der Beurteilung des Faschismus überhaupt erhebt. Demgegenüber entwickelt er die Analyse der ökonomischen Grundlagen des Faschismus, wie sie sich jenseits der „Erscheinungsformen der politischen Geschehnisse“ für ihn darstellen: „Faschismus ist ein politisches System, das die kapitalistischen Gesellschaften im Zeitalter des Imperialismus, der Kriege, sozialer und nationaler Revolutionen entwickeln. Es ist dazu bestimmt, den Staat als Instrument kapitalistischer Herrschaft zu stärken und ihn den Erfordernissen eines verschärften Klassenkampfes auf nationaler bzw. internationaler Ebene anzupassen.“ (131) Barans 1952 geschriebene Studie wird so zu einer heute höchst aktuellen Analyse der herrschenden Verhältnisse in in den U.S.A., wie sie im Grundvorgang der Kooperation von Großkapital und Militär beschlossen sind.

Dieter Hirschfeld (Berlin)

**Dähne, Eberhard und Reinhard Welteke: Aspekte und Perspektiven der Sozial- und Wirtschaftsstruktur im Landkreis Herford.** Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Marburg/L. 1965.

Die Studie stand unter dem Auftrag, die Gründe für die stagnierende Entwicklung in Industrie und Bevölkerung seit Anfang der 50er Jahre zu ermitteln. Die Untersuchung wurde 1961 begonnen; sie umfaßt Interviews mit „Schlüsselpersonen“ (30 Personen aus gehobeneren Stellungen innerhalb des Landkreises Herford), um „Hintergrundinformationen“ zu erhalten, die Auswertung der vorhandenen örtlichen Statistiken, und 1869 Interviews eines nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Samples. Außerdem wurden zu einzelnen Kapiteln und Sachgebieten so sorgfältige Literaturhinweise gemacht, wie sie selten in vergleichbaren Untersuchungen zu finden sind.

In der Beantwortung der Frage der stagnierenden Entwicklung des Landkreises Herford zeigte sich, wie die strukturelle Eigenart dieses Gebietes mit den allgemeinen Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik kollidierte. Dies hat historische Gründe. Zu Beginn der Industrialisierung kam es im Landkreis Herford wegen der günstigen Verkehrslage zur Ausbreitung einer Tabak- und Möbelindustrie (S. 59), die durch eine industriell bereits vorgebildete Bevölkerung



(Leinengewerbe) sowie eine hohe Geburtenziffer (wenig Geburtenbeschränkung auf Grund fehlenden Anerbenrechts) begünstigt wurde. (S. 86) Diese Industriezweige bestimmen auch heute noch den Charakter dieses Kreises, wobei ihr Einfluß negativ ist, da die Betriebsform, die diesen Wirtschaftszweigen eigen ist, klein und wenig rational ist. Die Rückständigkeit dieser Industriezweige gegenüber anderen, wie etwa dem metallverarbeitenden Gewerbe, hat weitreichende Folgen: wegen der niedrigen Produktivität ist die allgemeine Kaufkraft der Einwohner dieses Landkreises geringer als durchschnittlich im Land Nordrhein-Westfalen; wegen des niedrigen Einkommens der Haushaltsvorstände sind die Frauen häufiger zu Mitarbeit gezwungen; der Anteil der Heimarbeiterinnen ist wegen der veralteten Produktionsformen (besonders in der Tabakindustrie) hoch. Die kontraktive Tendenz dieser Wirtschaftszweige stellt eine Bedrohung für die Bevölkerung dar, die entweder wegzieht oder an einem Arbeitsplatz außerhalb des Landkreises Arbeit sucht. Die Auspendler verringern die ohnehin geringen Einnahmequellen der Gemeinden noch mehr, die dadurch in ihren Sozialleistungen auf dem Gebiet der Versorgung mit Krankenhäusern und Schulen, und auch der Erschließung von Wohngebieten (Anschluß an Wasser- und Kanalisationsnetz) noch weiter zurückbleiben. Die Autoren raten daher, die vorhandenen Arbeitskräftereservoirs für neue Industrieansiedlungen zu nutzen. Dabei sei aber keine weitere Verdichtung oder gar gewaltsame Verstädterung anzustreben, sondern ein „Industriekreis im Grünen“ (498). Als „vornehmste Aufgabe der sozialwissenschaftlichen Planung“ bezeichnen die Autoren, „die regionalen Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß, in dem sich materielle und geistige Kultur entfalten, zu verbessern“ (21). Freilich kann der angestrebte Strukturausgleich zwischen einzelnen Regionen nur durchgeführt werden, wenn den Verwaltungseinheiten genügend Geld zur Verfügung steht, damit sie mit ihren Versorgungsdienstleistungen nicht im Rückstand sind. Gerade am Beispiel der Probleme des Landkreises Herford wird deutlich, wie notwendig eine Verwaltungsreform wäre, damit Planungseinheiten vorhanden sind, die wirtschaftlich besser integriert sind und in denen reichlichere Mittel zur Planung vorhanden sind als in den Kleinst-Selbstverwaltungs-körpern von heute.

Heide Berndt (Frankfurt/Main)

**Mohr, Konrad:** Die Reform der Volksschule auf dem Lande. Ein Bericht über Schulversuche. Kösel-Verlag, München 1965 (117 S., kart., 5,— DM).

Das Buch versteht sich als „Beitrag zur Reform der Landschule und der Volksschuloberstufe allgemein“ (7). Nicht länger dürften die gesellschaftlichen Veränderungen, gerade auch die auf dem Lande, tabuiert, bzw. durch „romantische Sehweise“ verklärt werden. Zentrale pädagogische Aufgabe sei heute, „die Kinder und Jugendlichen zu einem verantwortungsbewußten Sozial- und Sachverhalten in der konkreten Situation unserer heutigen Lebenswirklichkeit zu erzie-

hen“ (15). Die Ausgangsfragen für eine dreijährige Versuchsserie in Rheinland-Pfalz, primär orientiert an organisatorischen Umstrukturierungen, stehen in diesem Zusammenhang; gefragt wird: „1. Ist das Leitbild der dorfeigenen Schule im Hinblick auf die reale Situation des Landes heute noch gültig? 2. Ist die wenig gegliederte Schule eine zureichende Organisationsform, um den gestiegenen Bildungsanforderungen unserer Zeit gerecht zu werden und um jedes Kind auf Grund demokratischer und staatlicher Verpflichtung entsprechend seiner Begabung zu fördern?“ (16)

Nach der Arbeiterschaft müsse nun auch die Bevölkerungsgruppe, die auf dem flachen Land lebt, die Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen durchzusetzen versuchen. Diesem Anspruch der Einzelnen wird das gesellschaftliche Erfordernis gegenübergestellt, den steigenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken und bei den Jugendlichen „die allgemein-technische Intelligenz, die Anpassungsfähigkeit und die Wendigkeit zu schulen“ (21 f.). Quantitativ wie qualitativ also wäre mit höheren Anforderungen an die Schulausbildung zu rechnen; weiter müßte die Schule anders als in der statischen dörflichen Welt der Vergangenheit „das mitmenschliche Zusammenarbeiten und Zusammenleben in der Berufs- und Arbeitswelt“ vorbereiten, zu einer „sinnvollen Freizeitgestaltung durch die Pflege musischen Lebens und gymnastischer Betätigung“ (!) beitragen und durch eine die Probleme der Arbeitswelt und des öffentlichen Lebens aufgreifende religiöse Unterweisung Widerstandskräfte wecken gegen „unreflektierte Aneignung alles Neuen“ (25 f.).

Am Stellenwert der religiösen Erziehung (wöchentlich 4 Stunden Religion gegenüber 7 Stunden — plus 2 Stunden Arbeitsgemeinschaften — für die „Sachfächer“ Geschichte, Politische Gemeinschaftskunde, Erdkunde, Naturkunde und Naturlehre zusammen!), am zu wahren „Heimatprinzip“ und am Festhalten an einer „eigenständigen Geschlechterbildung“ („Es geht darum, die jungen Menschen zu ihrer wesen eigenen Existenz zu führen und ihnen damit eine Lebenshilfe zu geben.“ 52) wird die überaus „behutsame“ (33) Anlage der Reformversuche ebenso sichtbar wie an der Interpretation der Ergebnisse. Betont werden das „gute Sozialverhalten zwischen Land- und Stadtkindern“ an der Mittelpunktschule, die „Gemeinschaftswilligkeit“, besseres „Hineinwachsen in Leben und Beruf“ und die zusätzlichen menschlichen Begegnungen bei „gemäßigem“ Fachunterricht.

So einleuchtend die Hinweise auf den Erfolg moderner Unterrichts- und Lehrgangsformen wie Epochalunterricht („Aufgeben der Häppchendidaktik“, 87), Unterrichtsgespräch, Gruppen- und Fachunterricht auch an Volksschulen in bezug auf Leistung und Arbeitsfreude der Schüler sind, so reaktionär ist der Kontext gesellschaftspolitischer Vorstellungen.

Sebastian Herkommer (Berlin)

### III. Psychologie

**Simmons, Ozzie G.:** *Work and Mental Illness, Eight Case Studies*, John Wiley & Sons, Inc. New York, London, Sydney 1965 (271 S., Ln., 55 sh).

Die Perspektive, in der psychotische Krankheitsbilder nicht in Analogie zu somatischen Leiden, sondern als Symptome einer mißlungenen Sozialisation erscheinen, hat sich vor allem in der amerikanischen Psychoseforschung als ergiebig erwiesen. Die vorliegende Sammlung von Fall-Studien tut den nächsten Schritt; nicht mehr die besonderen sozial-strukturellen *Entstehungsbedingungen* dieser Krankheiten stehen im Mittelpunkt, sondern die gesellschaftlichen Bestimmungsgründe des therapeutischen *Erfolgs*. Keineswegs nämlich stellt sich bei Patienten mit gleicher Diagnose nach gleicher psychiatrischer Behandlung ein vergleichbarer Erfolg, d. h. ein ähnlicher Verlauf der Rehabilitation ein. Die Integration des Patienten in Beruf und Familie, besonders das Verhältnis zu seiner Arbeitsrolle, sind die Faktoren, die im voraus über die Erfolgchancen einer Therapie entscheiden. Das übliche arbeitssoziologische Kategoriensystem (Berufswahl, Berufsmobilität, Einstellung zur Arbeit usw.) wird angewandt, um die ausführlich dargestellten und sehr unterschiedlichen Krankheits- und Rehabilitationsgeschichten von acht Patienten in einem gemeinsamen Bezugsrahmen darzustellen. Die entscheidende Bedeutung des Sektors Arbeit für die Lebensgeschichte der Patienten, die sich bei der soziologischen Analyse von Psychosen herausstellt, wird von Simmons dadurch erklärt, daß in der amerikanischen Gesellschaft Arbeit die wichtigste Quelle zum Aufbau personaler Identität sei (15). Dieser Schluß sowie die komplementäre praktische Empfehlung, in der Anstaltsbehandlung mehr Gewicht auf die Integration des Patienten ins Arbeitsleben zu legen („... to socialize them effectively into the world of work“, 256), lassen die Grenze dieses Ansatzes erkennen; sie liegen dort, wo mit der Gesundheitsnorm „employability“ am Mythos vom healthy work life gesponnen wird. Claus Offe (Frankfurt/Main)

**Bettelheim, Bruno:** *Aufstand gegen die Masse. Die Chance des Individuums in der modernen Gesellschaft*. Szczyzny Verlag, München 1964, (331 Seiten, kart., 24,— DM).

Die Ausbildung seines Problembewußtseins vom gegenüber der klassischen bürgerlichen Situation veränderten Verhältnis von Individuum und Gesellschaft schildert der Autor auf dem Hintergrund biographisch-bekennnishafter Skizzen aus einer Zeit, in der das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im Sinne der heutigen Situation problematisch zu werden begann. Schlüsselerlebnis war für Bettelheim, der vor Kriegsbeginn etwa ein Jahr im KZ verbrachte, offensichtlich, daß nicht die Psychoanalyse, sondern das Schaffen extremer Umweltbedingungen sich als die wirksamste Methode der Persönlichkeitsveränderung erwies: eben das Konzentrationslager.

Aus dem Rückblick auf die im Zentrum der Überlegungen stehenden Erlebnisse im KZ wird ein prophylaktisches Buch: sind Bürokratie und Heer erst einmal in der Hand von Demagogen, die Personalisierung und Sündenbockjagd als Politikersatz verkaufen können; ist die eindimensionale Leistungsgesellschaft erst einmal institutionalisiert, dann kapituliert das Ich; es regrediert auf den objektiven Stand der Dinge (230). Die Herstellung einer funktionierenden Vermittlung zwischen subjektiven Bedürfnissen und objektiven Möglichkeiten wird dann von den allermeisten an unkontrollierte Prozesse abgetreten.

Aufgrund der radikalen Anpassungsforderung der nachliberalistischen Gesellschaft erscheint für Bettelheim das KZ nur als verdichtete Modellsituation unserer Gesellschaft (118): Menschen werden zu Material. Nicht nur in jener Extremsituation läßt das gesellschaftlich erzeugte narzißtische Bedürfnis, nur wenigstens zu überleben, alle sublimen Züge, alles Vermittelnde, Kultur, Mitleid als dysfunktionales Potential fallen: diese Tendenz ist nach Bettelheim in unserer Gesellschaft aufgrund deren Reproduktionsweise angelegt. Es gilt deshalb seiner Meinung nach, wenigstens der politischen Institutionalisierung dieser Tendenz entgegenzutreten.

Die zunächst als Umerziehungslager konzipierten Konzentrationslager waren vor der Endlösungsphase nach den Erfahrungen des Autors Trainingszentrum: Bewacher und Bewachte wurden systematisch ihres Willens enteignet. Bedingte Reflexe sollten Bewußtsein ersetzen als Vorbedingung des reibungslosen Funktionierens des totalitären Ganzen. Insbesondere die Häftlinge wurden systematisch auf den infantilen Zustand ohnmächtiger Wut gepreßt, die im Falle der Häftlinge, anders als gemeinhin bei Kindern, nur um den Preis des Untergangs zu äußern möglich war. Wer diese Verstümmelung, die Abtötung jeder Spontaneität in emotionaler Aufwallung verweigerte, wer sich nicht als Menschenmaterial eingliedern ließ und einen Rest von Autonomie behalten wollte, sei es selbst beim Defäkieren; kurz: wer irgendwie auffiel, wurde „fertiggemacht“. Bettelheim zählt die Methoden auf, die der Nationalsozialismus aufbot, um die erwünschte Regression zu bewerkstelligen: Von der Numerierung der Häftlinge über deren ständiges Beschimpfen und Bedrohen bis hin zur kollektiven Bestrafung, sinnloser schwerer Arbeit und dem Tod.

Das Resultat solcher Behandlung, eine erzwungene Regression, erklärt viele groteske Erscheinungen (144): Die mangelnde Solidarität der Häftlinge untereinander, die Übernahme der Rassevorstellungen und nationalistischer Haltungen, die Aggressivität gegen Lagerminderheiten. Aggressionsäußerungsmöglichkeiten gab es nur innerhalb der Häftlingsgruppen selbst und in den offiziell angebotenen Kanälen. Die Identifizierung mit dem Angreifer, die Phantasien über den strengen, aber gerechten Vater, werden nur verständlich, wenn man diesen produzierten Realitätsverlust der Eingepferchten als Basis der Deformation versteht. Nur aus der vollständigen Ohnmacht erklärt sich das Einswerden mit Henkern. Schließlich hatte dieser

Vorgang nicht nur eine psychologische, sondern auch eine reale Basis: auf einer höheren Ebene waren sowohl Henker als auch Opfer einem verselbständigten Gesellschaftsprozess ausgeliefert.

So war es möglich, daß Häftlinge froh waren, einen identitätsstiftenden Bezug herstellen zu können, indem sie Altmaterial für den Endsieg sammelten: „Im vollentwickelten, unterdrückerischen Massenstaat scheinen selbst die Bemühungen des Opfers, sich in Selbstverteidigung zu organisieren, auf einen Verfall der Persönlichkeit hinzuarbeiten.“ (204)

Den Zeitpunkt und einige Umstände des Todes zu bestimmen, war der einzige freiheitliche Akt, der den Häftlingen blieb. Die Unmöglichkeit, irgend etwas zu entscheiden oder über irgend etwas zu verfügen, führte tendenziell zum Realitätsverlust. Gerade dieses Nachlassen bewußter Vermittlung des Ich stellt Bettelheim als das Gefährliche dieser Situationen hin. Der hohe Preis des Weitervegetierens war also, die Erfahrungs- und Integrationsfähigkeit einer Umgebung zum Trotz zu behalten, die nur darauf abgestellt war, diese Leistungen auszuschalten. Wem es gelang, in diesem Widerspruch zu leben, der vermochte das blinde Reagieren in ein geschicktes Manipulieren zu verwandeln, ohne dabei das Tabu des absoluten Konformismus in auffälliger Weise zu verletzen. Nur das bewußt initiierte, mimetische Verschwinden konnte die Chance physischen und psychischen Weiterexistierens wesentlich erhöhen; nur dadurch blieb nach Bettelheims Dafürhalten die Möglichkeit offen, daß die erzwungene Regression sich später als passagere erwies und sich keine wirklichen Strukturzerstörungen herausstellten oder gar dem Hospitalismus ähnliche Symptome wie bei den „Muselmännern“ auftraten, die den Tod zu ihrer eigenen Sache gemacht hatten.

Wenn es überhaupt ein Überleben ohne ernsthaftes Trauma gab, dann nur um einen schier unmöglichen Preis: Um den einer sich abschirmenden Innerlichkeit, die begrifflich den Widerspruch wahrte zwischen ihren eigenen Vorstellungen von der Welt und der Realität, in der man zu leben gezwungen war, ohne jedoch die Möglichkeit zu haben, an diesem Widerspruch real arbeiten zu können. Diese Objektivierung des Selbst, diese Identifizierung mit der Degradation der Menschen zur Sache, allerdings auf dem Wege über die begriffliche Distanzierung vom Sachverhalt, ist eine Utopie der Leistungsfähigkeit von Innerlichkeit; in Wahrheit werden hier stets Spuren geblieben sein — eine wichtige Frage für die Wiedergutmachungsrechtsprechung.

Bettelheim meint, in Deutschland, das nur mit einer gewaltigen Kraftanstrengung den Anschluß an die Entwicklung der westlichen Industrielwelt gefunden habe, sei die Anfälligkeit für ein Denken, dem die säkularisierte Achtung vor dem Individuum abgehe, groß. In einer Gesellschaft, die die Subjekte so intensiv verplant wie die industrielle, scheint es außerordentlich schwierig zu sein, diesen Prozeß der bürgerlichen Demokratisierung nachzuholen. Weniger Autonomie als Passivität fördere die bürokratisierte industrielle Gesellschaft; es wird von einer ernährenden Umweltstruktur gespro-

chen (84). Gesellschaftlicher Fortschritt, der über den technischen hinausginge, verlangte höhere Formen des Bewußtseins; die Alternative, die Bettelheim sieht, ist die der kollektiven Regression. In deren Rahmen, wenn also die Menschen weiter glauben, die Lösung ihrer Probleme käme von Maschinen und meinen, vor ihren Probleme in den Weltraum davonfliegen zu können (56), könnte auch der letzte freiheitliche Akt, den das KZ als verdichtete Modellsituation der nachliberalistischen Industriegesellschaft noch offen ließ, nämlich durchs Auftreten als Individuum Zeitpunkt und Umstände des Todes bestimmen zu können, unüblich werden angesichts der Technisierung des Todes und der scheinbaren Anonymität der Verfügung über diesen Apparat.

Klaus Horn (Frankfurt/Main)

**Ullerstam, Lars:** Die sexuellen Minderheiten. Aus dem Schwedischen von Dieter Holmblad, Kala Verlag, Hamburg 1965 (167 S., Ln., 22,— DM).

Das Buch ist eine barsche Streitschrift mit notwendig kurzem Atem, die nach den Angaben des Verfassers für Schweden zugleich eine knappe Einführung in die Phänomenologie unkonventionellen Sexus darstellen soll. U. anempfiehlt der (normal-heterosexuellen) „erotischen Privilegiengesellschaft“ das zornig beschriebene Weh der Andersartigen, damit sie es bessere. U. will den sexuell Perversen ein „erträglicheres Leben“ verschaffen. Auf dem Weg dahin stört nur eines: diese Gesellschaft. Aber genau hier, bei Untersuchung der Gründe, warum die Gesellschaft nur die eine und nicht die zahlreichen anderen Möglichkeiten sexueller Lust legitimiert, tritt bei U. eine merkwürdige Armut des Instrumentariums seiner Analyse zutage. Er bietet zunächst eine biologische Erklärung an: „Es scheint bei allen gemeinschaftsbildenden Lebewesen der Fall zu sein, daß sie Individuen drangsaliern, die anders sind. Die verwandten Druckmittel sind Taburegeln, moralische Prinzipien sowie mental- und erbhygienische Lehren“. (28) U. übernimmt Kinsey's Definition der Perversionen als „normalbiologische Varianten“; damit verzichtet er auf die Verfolgung des Weges, auf dem beim Menschen, unter ökonomischem Zwang, Biologie zur Soziologie wurde. Die Fortschrittsbewegung: zurück zum Glück aus Anatomie und Physiologie, also der Schritt zum Spiel als Lebensform bleibt aus bei allem leidenschaftlichen Appell an die Toleranz dieser Gesellschaft, die ihre durch Not und über Strafangst erzwungene Enthaltbarkeit zur herrschenden Tugend erhob. Wem nützt die Tugend? Mit der ökonomischen Kategorie verzichtet U. auf eine genaue Antwort. Die Geschichte der erotischen Intoleranz zieht sich ihm einzig auf den christlichen Schrecken vor dem Geschlecht zusammen. „Hauptverantwortlich: das Christentum!“ (29). Die Schwächen des Buches kulminieren in der Überbetonung des Religiös-Ideologischen. Einsichten in die Verhaltenszwänge und Herrschaftstechniken des Kapitalismus fehlen. Desgleichen fehlt es an Einsichten in Struktur und Entwicklungsgeschichte der Triebe.

U. führt zwar die individualpsychologische Erklärung des intoleranten Verhaltens der Gesellschaft an, erwähnt „The Authoritarian Personality“ und übernimmt aus der Psychoanalyse den Mechanismus der Projektion. Das Kompendium der Triebchicksale und der Libidotheorien aber, wie es von der Tiefenpsychologie nicht zuletzt an den Perversionen entwickelt wurde, gilt dem Psychiater U. zur Definition der Perversionen als „quasiphilosophische Überlegungen psychoanalytischen Typs“ (88) und „Geistreicheleien“ (63). U.'s Begriff der Perversionen als „normalbiologische Variationen“ sagt weder über die Genese der Perversionen noch über die des Normalen etwas aus; folgerichtig beschreibt U. nur die Oberfläche des Phänomens. Mit der Analyse der Herkunft entgeht ihm deshalb auch die Erkenntnis der Abwehr und des Hasses gegen Perverse sowie der Möglichkeiten von Veränderung. Der Trieb stellt die Identität zwischen Verfolgern und Verfolgten her; vor dem Hintergrund der Disposition trennen frühe Erlebnisse die Wege zum Normalen und zum Perversen. Haß und Abwehr gelten insgeheim Bekanntem. U. appelliert an die Toleranz der Normalen, aber Haß entlastet, und es wird schwer fallen, die Mehrheit der schon hart Entsagenden von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die letzte Lustquelle, der Haß, aufzugeben ist. U. führt karge Hilfskonstruktionen ein, um dem Prüfstein der Psychoanalyse aus dem Weg zu gehen. „Triebprofil“ ist der Terminus bei U., mit dem das allgemeine Triebleben charakterisiert wird. „Genau wie jeder Mensch ein Begabungsprofil hat, so hat er auch ein Triebprofil, das sich aus verschiedenen sexuellen Teilverhaltensweisen zusammensetzt, wie z. B. Sadismus, Exhibitionismus und Urolagnie“. (42) „Profil“ ist die Beschreibung eines Zustandes; Geschichte (und damit Zwang) und Zukunft (und damit Veränderbarkeit) fallen fort. Mit der Verleugnung der Partialtriebe und deren allgegenwärtiger Dynamik verliert U. die Möglichkeit, in den Perversionen die zeitgemäß verzerrten Zufluchtsorte des Eros zu erkennen. In der Triebtragödie jeder Kindheit wird die traumatische Geschichte dieser Kultur rekapituliert. U.'s Vorwurf, die Psychoanalyse beschreibe Perversionen einzig als „Regression auf infantile Stadien“, übersieht, daß Regression sowohl das unvermeidliche Nebenprodukt eines für diese Gesellschaft allgemein notwendigen Zwanges ist als auch die erzwungene Rückkehr zum aufbewahrten Glück kindlicher Triebstadien. Perversionen sind die verstümmelten Erinnerungszeichen einst möglicher, dann verbotener Lust. Die offene Not der sexuellen Minderheiten ist die verborgene Lust der Mehrheit; die von der Gesellschaft zum schlimmen Geheimnis gestempelte Lust der Minderheiten ist im Triebleben der Mehrheit drängende Erinnerung. In den Perversionen sind einzelne Freiheitsmomente des Eros aufgehoben, sensorisches Glück, dessen grelle Bilder die entsagende Mehrheit schmerzen; deshalb werden sie von der repressiven Gesellschaft bekämpft. U. schlägt vor, Klubs einzurichten, wo, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, Exhibitionisten einem Publikum aus Voyeurs männlichen Striptease vorführen; zur Vervollkommnung der feindlichen Realität sollen Sadisten, in Poli-

zeiuniformen verkleidet, die Veranstaltungen theatralisch stören. Das ist weder Fort- noch Rückschritt, sondern Konservierung des Status quo durch differenziertere Lustteilung. Während Uniformen im Saalinnern agieren, bewachen echte Polizisten den Eingang und kontrollieren die Ausweise. Obwohl U.'s Vorschläge geeignet sein können, gegenwärtige Verhältnisse umzustürzen, will er sie als Reform, mit gutem Willen der Gesellschaft und unter staatlicher Aufsicht verwirklichen lassen. Er plädiert für die Wiedereinführung der Bordelle. „Durch eine rationelle Handhabung (der staatseigenen Bordelle) könnte der Preis für sexuellen Konsum wesentlich verringert werden. Für Jungen im Pubertätsalter und Mittellose könnten reduzierte Preise gelten“ (146). (Und für mittellose Mädchen im Pubertätsalter?) Das Bordell ist das Sexualinstitut einer Tauschgesellschaft, der alles und jedes zur Ware verkümmert; derart werden Perversionen, in staatseigenen Bordellen und unter medizinisch-psychiatrischer Kontrolle befriedigt, endgültig zum Tauschobjekt auf dem Warenmarkt. Der Weg zurück zum bacchantischen Fest ist dieser Gesellschaft versperrt und bleibt eine romantische Sehnsucht, vielleicht vom Wertrang pangermanischer Träume. Die Rehabilitation der Perversionen im Klub oder Bordell hat ihre radikale Integration zur Folge, ohne daß sich am abweisenden Zustand der Gesellschaft und im Bewußtsein der Individuen etwas grundlegend geändert haben würde. Sexuelle Freiheit ist nicht möglich inmitten allgemeiner Unfreiheit. (Th. W. Adorno) Die Befreiung von sinnloser Arbeit befreit das Bewußtsein, ein befreiteres Bewußtsein erinnert sich mit geringerer Angst der immanenten, jetzt verpönten Lustmöglichkeiten. Die konkreten Befriedigungsformen sind mit gegenwärtigem Bewußtsein nicht auszumachen.

Hubert Bacia (Berlin)

Die Autorität und die Deutschen. Herausgegeben von C. G. Schmidt-Freytag, Delp'sche Verlagsbuchhandlung, München 1966 (156 S., Papp., 8,— DM).

In dem kunterbunt zusammengewürfelten „Pluralismus-Bändchen“ stehen einzelne gute journalistische Beiträge, die das Thema modellartig — am Problem der Mitbestimmung zum Beispiel — behandeln, neben dogmatischen Manifestationen zur „echten“ Autorität und deren Zerfall. Die gerade bei Veröffentlichungen fürs Laienpublikum erforderliche herausgeberische Anstrengung, die Divergenz zwischen den ausgewählten Aufsätzen auf den Begriff zu bringen, ist unterblieben. Den einleitenden Sätzen ist vielmehr die fatale Annahme zu entnehmen, man habe nur naiv unparteilich abzubilden, was in Deutschland heute zu diesem Thema gedacht wird. Aufklärung kann so nicht Absicht dieser Sammlung sein — obgleich die aufklärerischen Beiträge überwiegen. Denn kein objektiv aufklärungsbedürftiges Publikum kann die Differenz zwischen „prinzipieller“, „sozialer“, „charismatischer“ usf. Autorität einerseits und jener nach Sachautorität fragenden nichtautoritären Haltung andererseits begrifflich selbst strukturieren, einer nichtautoritativen Autorität,



die die substantiell rationale Beteiligung der Beherrschten an der Herrschaft fordert. Aufklärung verträgt sich nicht mit einer Pluralität von sogenannten Standpunkten, sie ist nie unparteiisch. Aber im Gegensatz zum Herausgeber kann sie vernünftige Gründe für ihre Parteinahme formulieren.

Klaus Horn (Frankfurt/Main)

#### IV. Soziale Bewegung und Politik

**Gollwitzer, Heinz:** Die Gelbe Gefahr, Geschichte eines Schlagworts, Studien zum imperialistischen Denken Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen 1962 (269 S., brosch., 19,80 DM).

Als Heinz Gollwitzer 1961 seine Studien über die Geschichte des Schlagworts von der „Gelben Gefahr“ abschloß, glaubte er, daß der Imperialismus, wenn auch das letzte Wort über ihn noch nicht gesprochen sei, als eine abgeschlossene Epoche behandelt werden könne, die durch die Epoche der totalitären Systeme und der partnerschaftlichen Blockbildung abgelöst worden sei. So erschien ihm das Schlagwort von der „Gelben Gefahr“ als ein sowohl von den gesellschaftlichen Wurzeln als auch von der propagandistischen Funktion her obsolet gewordenes Relikt aus einer vergangenen Zeit, über die mit aufklärerischer Ruhe gesprochen werden könne. Inzwischen haben uns die Reaktionen der entwickelten Länder auf den wirtschaftlichen Aufstieg Japans, den Vietnam-Krieg und die Emanzipationsbemühungen Chinas eines Besseren belehrt. Der Imperialismus ist nicht tot, er bedient sich nur anderer Methoden, während am imperialistischen „Denken“ nur wenig sich geändert hat. Der vulgäre biologisch-ökonomische Determinismus, der im Wort von der „Gelben Gefahr“ seinen Ausdruck findet und dessen Ausprägung Gollwitzer für die Zeit von 1870 bis 1914 untersucht, wuchert weiter. Man lese nur, wie der in Ost- und Westeuropa gefeierte politische „Denker“ Karl Jaspers ohne jede Anfechtung seine Reaktion auf Kaiser Wilhelms II. abgeschmacktes Gemälde „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!“ aus frühester Jugend ins Jahr 1967 herüberrettet: „Dieser gemeine Kerl, dieser Kaiser, hat ja in diesem Punkt auf lange Sicht recht.“

Gollwitzers Verdienst ist es, das verbreitete Beschwören einer „Gelben Gefahr“ auf die Notwendigkeit der propagandistischen Bemäntelung des Kampfes um die asiatischen Absatzmärkte und um weltpolitische Geltung gegen jede Emanzipation der Asiaten zurückzubeziehen. Die Manipulation war um so wirkungsvoller, als sie an die Konkurrenzangst der Arbeiter vor den Massen der billigen „gelben Kulis“, an den Bodensatz wissenschaftlich überholter darwinistischer und malthusianistischer Theorien und schließlich an die anhaltende Existenzangst der Mittelschichten anknüpfen konnte, die, zur Angst vor dem weltpolitischen Untergang überhöht, ja stets zum Zentrum imperialistischer Ideologie gehört und ihr Stetigkeit und Dauer garantiert. Die Einzelanalysen der Entwicklung in England, Nordamerika, Frankreich, Rußland und Deutschland verlieren daher

kaum an Aktualität. Gollwitzer interessiert sich für die historisch-psychologische Geistesverfassung der Imperialisten und ihrer Mitarbeiter, weil er zu recht dort und nicht in Ostasien selbst den Schlüssel zur Erklärung der Wirksamkeit des Schlagwortes sieht. Müßig sei es, aus der Industrialisierung Ostasiens oder dem generativen Verhalten der chinesischen Bevölkerung einen „wahren Kern“ des Schlagwortes destillieren zu wollen. Doch dann kommt der vorsichtig konditional formulierte Pferdefuß: „Wenn allerdings Wirtschaftspotential und Bevölkerungspolitik in den Dienst einer aggressiven Ideologie oder ungehemmten Machtstrebens gestellt werden, dann kann sich ein Weltgewitter in Ostasien ebenso wie in anderen Teilen der Welt zusammenbrauen.“ (S. 225) Hier rächt sich der Verzicht auf die Analyse der Emanzipation Ostasiens und ihrer fortgesetzten Unterdrückung. — Jaspers als reiner „Denker“ braucht die Wirklichkeit gar nicht mehr zu untersuchen, für ihn ist jene Möglichkeit längst Realität: „Ich spreche von dem totalitären China, das als neuer Gigant hinter Rußland aufgetaucht ist in dem Augenblick, als dessen Drohung zurückging. Die ständig wachsende Gefahr für die Welt scheint heute größer, als es die Rußlands je war.“ Und: „Die Lage in China ist ungeheuerlich.“ Urs Müller-Plantenberg (Berlin)

**Bracher, Karl Dietrich:** Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur. Beiträge zur neueren Politik und Geschichte. Scherz Verlag, Bern, München, Wien 1964 (414 S., Ppb., 22,80 DM).

Präziser müßte es lauten: Deutschland zwischen Parlamentarismus und totalitärer Herrschaft. Denn diese Entgegensetzung bestimmt auch die gesammelten Aufsätze Brachers. Sie befassen sich mit drei Themenkomplexen: Weimar und Bonn, Nationalsozialismus und „Zur Theorie der Demokratie“. Historisch-institutionell ergibt sich der letzte Teil aus der Betrachtung von „Stationen der praktischen Bemühung um die Demokratie“: der Weimarer Verfassung, dem Präsidialsystem, den Problemen der Wahlentwicklung in Weimar, der deutschen Armee, schließlich als ‚Anti-Weimar‘ der zweiten deutschen Republik. Die theoretischen Überlegungen, soweit sie sich mit den Leitideen der Institutionen beschäftigen, ergeben sich eher aus der Analyse ihrer „Entartung“, dem Nationalsozialismus. Damit ist eine Kluft aufgerissen, die im Modell des Parlamentarismus nicht überwunden werden kann.

Dieses Modell gibt für die Analyse der Weimarer Republik einen die historische Problematik der Institutionen veranschaulichenden Maßstab ab, es verdeutlicht ebenso ihre gegenwärtige Gefährdung. Die „Theorie der Demokratie“ allerdings bewegt sich in einem Zirkel: für die Vergangenheit war der funktionierende parlamentarische Staat als verratene Chance Zielbestimmung des historischen Prozesses. In der Gegenwart, in der das Ziel nicht erreicht ist, resigniert die Theorie und setzt nur noch Werte für das politische Verhalten des einzelnen: an die Stelle institutioneller Reformen tritt die

politische Bildung, welche den apathisch gewordenen Staatsbürger wieder an die Institutionen binden soll. Eine ‚Wertregeneration‘ erhofft sich Bracher vom Ideal der amerikanischen Demokratie. Der „auf innere Freiheit gerichtete übernationale Menschheitsgedanke“ (355), der sich von „der imperialistischen Aggressivität universaler Ideologien ... durch die Betonung des Beispiels für die Welt, das mehr wirke als tausend Siege“ unterscheidet, soll nun Maßstab sein für die Reform der europäischen Institutionen.

Es entbehrt nicht der Ironie, daß auf der anderen Seite des Atlantik die Politikwissenschaft, wo sie noch nicht in mathematisch-technischer Rationalisierung des Herrschaftsprozesses aufgeht, sich in ihrem Bestreben nach Reform der Institutionen am europäischen Beispiel orientiert. Im gelobten Land der Demokratie ist die „freie Entscheidungsfähigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des Menschen in einer offenen Gesellschaft“, für Bracher „Inhalt und Ziel“ (336) amerikanischen Sendungsbewußtseins, weiter von ihrer Verwirklichung entfernt als zur Zeit der Auswanderung des demokratischen Geistes aus dem absolutistischen Europa. Auch dort dienen die zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts errichteten Institutionen der Herrschaft eines establishments: etwa der ‚konservativen Koalition‘ im Kongreß, an der Kennedy nach vorübergehenden Erfolgen gleichsam posthum gescheitert ist.

Werfen die Herrschaftsverhältnisse in den USA auch die Idealisierung der amerikanischen Demokratie über den Haufen: das rastlose Hin- und Herwandern der demokratischen Theorie im parlamentarischen Rahmen hat die Funktion, die reformfreudige Wissenschaft hier wie dort zu beruhigen. Solange der Verweis auf die andere Nation möglich bleibt, solange kann der Westen nicht als die gesellschaftliche Einheit verstanden werden, als die er sich ideologisch und militärisch bereits sieht. Der sozialgeschichtliche Begriff für die Kluft zwischen Werten und Institutionen scheint nicht erforderlich und damit auch nicht die demokratische Perspektive jenseits parlamentarischer Institutionen. Die dermaßen perspektivisch gehemmte, von der Erfahrung „der Vergangenheit“ (dem Nationalsozialismus) geschreckte „Theorie der Demokratie“ ist dann aber gegen ihre herrschaftliche Instrumentalisierung nicht gefeit: dem Umschlag des amerikanischen Sendungsbewußtseins in imperialistische Aggressivität nicht nur in Vietnam verleiht sie bona fide die Weihe des zu erkämpfenden „Selbstbestimmungsrechts“.

Bernhard Blanke (Berlin)

**Pross, Harry: Dialektik der Restauration.** Walter-Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau 1965 (120 S., kart., 9,80 DM).

Pross unternimmt den Versuch, in einem Abriß die Ursachen zu verdeutlichen, deren Folgen in der Nachkriegsentwicklung der BRD jene gleiche verhängnisvolle politische Entmündigung zu bewirken beginnen, die schon die Entwicklung Deutschlands zum National- und Industriestaat bestimmten. Charakteristisch scheint ihm dabei

jener Unterschied zwischen „politischem Denken“ und der „Praxis der Herrschaftsausübung“ (14), den eine falsche geschichtsphilosophische Fragestellung seit Luther bedingte. Der historische Verlauf wird als Entfaltung und Niedergang von nicht realitätsadäquaten Geschichtsvorstellungen und philosophischen Systemen dargestellt; Zusammenschau von gesellschaftlichem Produktionsprozeß und ihn in wechselnder Weise interpretierender und beeinflussender Theorie vermißt man. Evident wird dies, wenn Pross auf die Entwicklung der Nachkriegszeit zu sprechen kommt. Größter Fehler bleibt für ihn der Aufbau „ohne Bezugnahme auf ein adäquates Geschichtsbild. Die Restauration hat keinen Anker im Reich der Gedanken.“ (45) Als widerstreitend erkennt er die „ohnmächtige Art vom Überkonsum“ (63) und die „Wiederherstellung des Menschen“ (63). Diese „Wiederaufrichtung des Menschen als eines freien, sich selbst bestimmenden Wesens, sollte mit Hilfe der parlamentarischen Demokratie betrieben werden.“ (63) Mithin wird hier nur eine Neuauflage liberaler Politik verlangt, die durch die folgende Kritik an der mangelnden Initiativtätigkeit des Bundestages begründet wird. Pross will „Humanität“ (63) gleichsam der Gesellschaftsstruktur übergestülpt wissen. Sie soll dem Menschen Würde verleihen, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen anzutasten, — also kaschieren. Er übersieht, daß die liberale Gesellschaft ihren eigenen Gesetzen von Rentabilität und Produktivität gemäß in einem irreversiblen Konzentrationsprozeß sich aufhob, folglich ihre „Werte“ auch heute nicht wieder belebt werden können.

Wenn Pross beklagt, „die Vorstellung vom Betrieb wird auf die Politik übertragen“ (69), dies sei der Demokratie nicht förderlich, mißverstehet er wieder die Folgerichtigkeit dieser Entwicklung. Die Analogie verdeutlicht nur, was längst im wirtschaftlichen Raum gang und gäbe ist: die organisierte gesellschaftliche Sphäre, rational quantifiziert, deren die manipulierte Konsumgesellschaft um ihrer Fortdauer willen bedarf. Das Individuum erkennt so wenigstens offen seine „tatsächliche Erniedrigung zum Funktionsbündel“ (Adorno).

Wenn Pross weiter die Vereinigten Staaten als von Gleichheit inspiriert bezeichnet (87), die Korrektur der Restauration von der Publizistik fordert (88), gegen den historischen Materialismus als „Halluzination“ (115) polemisiert, stellt er die Oberflächlichkeit seiner Argumentation bloß. Schon eine Terminologie, die gängige Phrasen wie „die russischen Kommunisten und ihre Helfershelfer“ (55), „einen menschlichen Sinn geben“ (57), „das adäquate Geschichtsbild“ (45) u. a. verwendet, torpediert ihre Ernsthaftigkeit selbst.

Claus Höcker (Berlin)

**Strauß, Franz Josef:** Entwurf für Europa. Seewald Verlag, Stuttgart 1966 (164 S., Ln., 12,80 DM).

Die Hauptthese des „Entwurfs“ postuliert, daß sowohl die sog. territoriale Frage der ehemaligen deutschen Ostgebiete als auch die der „Wiedervereinigung“ erst mit dem Abbau der nationalen Gren-

zen zunächst innerhalb Westeuropas, in einer späteren Phase dann in einem gesamteuropäischen Rahmen gelöst werden kann. „Der erste Schritt ist eine Union der freien europäischen Länder als Vorstufe zu einer größeren Föderation, in der alle Deutschen in Freiheit leben können. Eine deutsche Wiedervereinigung kann nur Wirklichkeit werden, wenn Westeuropa durch seine Entwicklung so attraktiv wird, daß es wie ein Magnet auf die Länder Osteuropas wirkt. Die Furcht der kleineren Ostblockstaaten vor einer Bedrohung aus dem Westen durch einen angeblichen deutschen ‚Revanchismus‘ wird schwinden, je mehr sich die politische Einheit Westeuropas formiert. Die Beziehungen zwischen den beiden Hälften des alten Kontinents könnten sich dann soweit entwickeln, daß Ulbrichts Satellitengebilde nur noch als das Überbleibsel einer vergessenen Epoche erschiene“ (47). Mißt man dieses Konzept mit Kriterien, die der gegenwärtigen politischen Realität auch nur annähernd gerecht werden, so führt sich das, was dem Leser als Produkt eines „nüchternen Tatsachensinns“ (Klappentext) verkauft wird, selbst ad absurdum. Indem nämlich Strauß auf einen militanten Antikommunismus, der dem der frühen fünfziger Jahre an Aggressivität kaum nachsteht, als konstitutiven Kern seiner Deutschland- und Europakonzeption beharrt, entzieht er einer realistischen Wiedervereinigungspolitik von vornherein die Grundlagen.

In Wirklichkeit intendiert denn Strauß auch etwas ganz anderes. Eine identische Außen- und Verteidigungspolitik der sechs EWG-Länder fordernd, die — durch ein gemeinsames Atomwaffenpotential verstärkt — „das innere Wachstum der Wirtschaftsunion abschirmen“ (36) soll, entwickelt er eine Machtformel für den klein-europäischen Markt, die offensichtlich zweierlei zu leisten hat: Ohne die Grundsätze der zwar de facto nicht mehr ernsthaft gewollten, aber dennoch aus wahlstrategischen Gründen unentwegt propagierten offiziellen Wiedervereinigungspolitik aufgeben zu müssen, soll sie nicht nur den Interessen des Finanzkapitals und der Großindustrie in der BRD genügen, sondern offenbar auch denen von Strauß selbst. Dezidiert die Eigendynamik des westeuropäischen Kapitalismus, die von sich aus zu einer Auflösung der nationalen Volkswirtschaften drängt, politisch vorantreibend, will er von Bayern, das ihm zu eng geworden ist, gleich auf Europa überspringen.

Strauß verbreitert die Basis seiner politischen Wirksamkeit dadurch, daß er sich auf das Bewußtsein einer Bevölkerung einstellt, dem andere Kategorien als die einer rechtsgerichteten Politik kaum zur Verfügung stehen. So inauguriert er als eines der wichtigsten Ziele deutschen Bemühens, daß „wir... die in vielen westlichen Ländern weit verbreitete Legende zerstören (müssen), Deutschland sei ein Land mit einem angeborenen Hang zur Aggression“ (143). Diese Forderung einzulösen, genügt Strauß der Hinweis, daß „das deutsche Volk... nach den letzten zwanzig Jahren der Arbeit, des Opfers und der in seinem unfreien Teil bestandenen Leiden einen Anspruch darauf (hat), wieder als normale Nation anerkannt zu werden“ (156).

Auch wenn sich Strauß von seinen potentiellen Freunden auf der radikalen Rechten durch mangelnde Folgerichtigkeit abzusetzen scheint, und das in seinen Thesen bereits Angelegte nicht bis zur autoritären Konsequenz voll entfaltet ist, so stünden sich dennoch in seinem „Entwurf“ die Idee eines übernationalen, ökonomisch und politisch integrierten Europa und der Rückgriff auf einen latent nationalistischen Konservatismus recht unvermittelt und widersprechend gegenüber, gäbe es nicht jenen emotionalisierten Antikommunismus, der wie ein deus ex machina die Widersprüche auflösen soll. Denn ob Strauß einen „europäischen Gemeinschaftsgeist“ oder ein Mehr an nationalem Selbstbewußtsein fordert: der gemeinsame Nenner beider Postulate artikuliert sich in dem Dogma, daß der Kalte Krieg nicht enden darf, daß „der Kommunismus... sich im dauernden, unerklärten Kriegszustand mit der nicht-kommunistischen Welt (befindet), in dem alle Mittel recht sind, die kein direktes Risiko in sich bergen: Psychologische Kriegsführung, Propaganda jeder Art, Diplomatie, Drohungen, Süßholzraspelei, Appelle an das soziale Gewissen - und auch Gewaltanwendung, Aufruhr und Aufstand“ (62).

Richard Saage (Frankfurt/Main)

**Evertz, Alexander:** Der Abfall der Evangelischen Kirche vom Vaterland. Bd. 1: Im Mittelpunkt der Diskussion. blick + bild Verlag S. Kappe KG, Velbert 1964 (70 S., kart., 7,80 DM).

In evangelischen Kreisen hat eine Schrift Diskussionen und Unbehagen ausgelöst, die in kurzer Zeit vier Auflagen erreichte: „Der Abfall der Evangelischen Kirche vom Vaterland“ von Alexander Evertz, Pfarrer in Dortmund. Die Kapitelüberschriften sind vielsagend: „Das lutherische Ja zu Volk und Vaterland“, „Die Gering-schätzung des Vaterlandes“, „Sittliche Anarchie im Vaterland“, „Das Vaterländische Erbe“, „Die Überfremdung des Vaterlandes“, „Die Leitbilder“, „Die vaterländische Verpflichtung der Kirche“. Nur ein Zitat des Peinlichen: „Unsere Linksprotestanten mahnen den Staat zur unnachgiebigen Strenge bei der Verfolgung alter Naziuntaten... Aber sie schweigen dazu, daß der Staat das pornographische Treiben in Literatur und Film duldet und in selbstmörderischer Tendenz Deutschland zu einem sittlich unterentwickelten Land werden läßt... Wollust, Unzucht, Ehebruch, Blutschände, kurz alle Laster dürfen auf dem öffentlichen Markt dargestellt werden, wenn es nur künstlerisch gut gemacht ist... Wer eine Ferkelei auch dann eine Ferkelei nennt, wenn sie künstlerisch dargeboten wird, der gilt als Banause“.

Die Affinität zur Aktion Saubere Leinwand verwundert nicht, Evertz selbst betreibt die Aktion Saubere Deutschkirche, und mit gehöriger Resonanz. Evertz findet Publikum, er hat Kampfgenossen und den entsprechenden Kampfbund: die „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“. Ihr Gründungsaufwurf wurde unterzeichnet von den „Schriftstellern“ Barnick und von Heiseler, dem Bremer Rechtsanwalt Freiherr von Gersdorf, dem Göttinger Freiherrn von Braun,

dem CDU-Atomideologen Professor Pascual Jordan, dem Hannoverischen Oberschulrat Dr. Fechner, dem Freiburger Oberlandesgerichtsrat Dr. Salm, zwei Pfarrern, einem pensionierten Dekan und dem Oberforstrat in Ruhe Caspari.

Der Aufruf enthält zwei Fanfaren: „Im evangelischen Kirchenvolk Deutschlands geht die Sorge um!“ (Vor der Ostdenkschrift der EKD und den „Linksprotestanten“). Und: „Der militärischen Kapitulation soll die geistige Unterwerfung folgen!“ (Nämlich jene „Bußhaltung, die sich im Verzicht auf die deutschen Rechte äußern soll“). Im Aufruf wie in Evertz' Buch wird das Wörterbuch des Unmenschen unbefangen aus dem Gedächtnis zitiert. Autoritäres Pathos und Mystifizierung von Phänomenen schließen sich an die noch weithin gepflegte deutschnationale Kirchensprache an. Die Inhalte sind ungebrochen rechtsforsch, NPD-verwandt und von konservativen Publizisten wie Mohler (Evertz' Buch „ist eines der mutigsten und bestgeschriebenen politischen Traktate seit Kriegsende“) und v. Studnitz emphatisch unterstützt.

Pfarrer Evertz selbst war Mitglied der Bekennenden Kirche, freilich warum? — „Ich habe den braunen Nationalismus nicht nur als Christ, sondern auch Deutscher abgelehnt. Er war für mein Empfinden in seinem Gehalt und in seinem Gehabe undeutsch“.

Die Chancen für eine NPD-Kirche stehen nicht schlecht, eine NPD in der Kirche gibt es bereits und zu dieser christofaschistischen Basis hat sich auch schon ein theologischer Überbau gesellt: die kleinbürgerlich-pietistische „Bekennnisbewegung Kein anderes Evangelium“.

Dietrich Böhler (Bad Oldesloe)

## V. Ökonomie

**Bettelheim, Charles:** *Problèmes théoriques et pratiques de la planification*, „économie et socialisme“ 6, Verlag François Maspero, troisième édition refondue Paris 1966 (304 S., Papp., 24,65 NF).

Bettelheim beschreibt in diesem Buch ausschließlich das Modell der zentralistisch organisierten Planwirtschaft. Nur durch zentral vollzogene Entscheidungen sei eine „planification véritable“ möglich. Das Modell der dezentral organisierten Planwirtschaft wird nach Bettelheim zu ähnlichen Verschwendungen produktiver Ressourcen wie das kapitalistische System und zu ökonomischer Unstabilität, d. h. zu Krisen, Versorgungsproblemen usw., führen. Eine solche Position erscheint angesichts der gewaltigen Fehlplanungen in vielen sozialistischen Ländern unter dem Modell zentraler Planung und angesichts der „neuen ökonomischen Systeme“ apologetisch, anachronistisch. Gleichwohl kann Bettelheim die dritte, fast unveränderte Auflage seines zuerst 1946 erschienenen Buches sehr überzeugend rechtfertigen: Erstens ermöglicht nur die genaue Kenntnis der zentralen Planung den Zugang zu den dezentralisierten „neuen ökonomischen Systemen“. Zweitens verspricht allein die zentralistisch

durchgeführte Planung in den Ländern der dritten Welt (und in China, das die wichtigste Etappe der sozialistischen Revolution bereits vollzogen hat) die Lösung der ökonomischen, sozialen und politischen Aufgaben.

Diese Begründungen enthalten zweierlei. Erstens werden bei der Analyse zentraler Planung — insbesondere der Ausarbeitung von Plänen, und nur mit diesem Teilbereich beschäftigt sich Bettelheim — allgemeine, rationale ökonomische Interdependenzen sichtbar, die in dieser Klarheit nur in dem Modell zentraler Planung erscheinen können, da ja die Voraussetzung zentraler Planung die Aufhebung von gesellschaftlichen Strukturen ist, die der Entfaltung ökonomischer Rationalität hinderlich sind. Zentrale Planung bedeutet die bewußte Lenkung ökonomischer Prozesse, weitgehende Ausschaltung spontaner Interdependenzen und von daher Gestaltung der Ökonomie für die Bedürfnisse der Menschen. Im Modell der zentralen Planung sind daher in einzigartiger Weise sowohl die subjektiven ökonomischen Zielsetzungen als auch die objektiven Bedingungen zu ihrer Verwirklichung enthalten und der rationalen Gestaltung unterworfen. Daher werden am Modell zentraler Planung allgemeine ökonomische Gesetzmäßigkeiten sichtbar, die in nicht rational organisierten Gesellschaftssystemen von hinderlichen sozioökonomischen Strukturen überwuchert sind und nicht zum Tragen kommen können.

Zweitens beinhaltet die Aussage von der Anwendbarkeit der zentralen Planung in schwach entwickelten Ländern eine historische Dimension. Ein zentralistisches Planmodell ist für schwach entwickelte Länder (oder für die „extensive“ Entwicklungsstufe, wie heute von den Ökonomen der sozialistischen Länder gesagt wird) das einzig brauchbare Leitungsmodell, um schnelle Ökonomie und Gesellschaft zu entfalten. Auf hohem Entwicklungsniveau (auf „intensiver“ Entwicklungsstufe) aber kann der Zentralismus Fehlanpassungen, Unelastizität, Verschwendung, ökonomische und soziale Disintegration zur Folge haben, wenn nicht „dezentralisiert“ wird. Dabei muß aber der Inhalt des Begriffs „dezentral“ klargelegt werden. Mit seiner scharfen Absage an dezentrale Planung meint Bettelheim vor allem das Modell des Konkurrenzsozialismus von Taylor und Oskar Lange. Wenn man aber dieses Modell, das nie über seinen Modellcharakter hinausgekommen ist, außer Betracht läßt, dann gibt es den unversöhnlichen Gegensatz zwischen „zentral“ und „dezentral“ nicht. Lediglich die Neoliberalen machen eine solche theoretisch und praktisch völlig unbrauchbare Scheidung in — in ihrer Terminologie — „freie Verkehrswirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“. Bettelheim schreibt vielmehr: „Lorsqu'on parle de ‚planification centralisée‘, il n'est nullement question d'un système où toutes les décisions seraient prises de façon centrale.“ (54) Man spricht vielmehr von zentraler Planung, setzt Bettelheim fort, „à partir du moment où les principales (Hervorhebung von B.) décisions sont prises de façon centrale, ce qu'il faut entendre par ‚principales décisions‘ peut d'ailleurs varier avec le temps et les circonstances.“



(ibid.) Das ist ein sehr pragmatischer Ansatz und erlaubt, die neuen ökonomischen Systeme durchaus als zentrale Planwirtschaften mit verstärkt dezentralen Entscheidungsmöglichkeiten zu begreifen. Der Unterschied zwischen dem zentralistischen Planmodell und der zentralen Planung der „neuen ökonomischen Systeme“ (das jugoslawische Modell allerdings wird man hier ausschließen müssen) ist dann eher gradueller als prinzipieller Natur, obwohl dieser graduelle Unterschied ökonomisch und politisch äußerst bedeutsam ist.

Welches ist die innere Logik in Bettelheims Werk? Er unterscheidet zwei Hauptprobleme der Planung: erstens das Problem der ökonomischen Wahlhandlungen und zweitens das Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Dementsprechend ist das Buch aufgebaut. Nach den in der Einleitung gegebenen Definitionen und Abgrenzungen, nach grundsätzlichen Erörterungen über zentrale oder dezentrale Entscheidungen, folgen Überlegungen über die ökonomische Recheneinheit. Denn um rationale ökonomische Wahlakte vornehmen zu können, bedarf es einer Recheneinheit. Bettelheim entscheidet sich zu Recht für die Arbeitszeit als allein sinnvolle Größe. Denn nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit kann als Wertmaß dienen. Nach diesen Erörterungen folgt logisch eine Darstellung der Beziehungen zwischen Produktionsentscheidungen und Festsetzung der Bedürfnisse. Denn der Plan soll ja auf die möglichst weitgehende („optimale“) Befriedigung individueller und kollektiver Bedürfnisse (und nicht der kaufkräftigen Nachfrage) ausgerichtet sein.

Jedoch ist in einer komplizierten Volkswirtschaft die Arbeitszeit als Kalkulationsbasis nur mit großen Umständen anwendbar. Daher bedarf es des monetären Kalküls, der aber nicht losgelöst von der durch Arbeitszeit bestimmten Wertbasis funktionieren kann. Es wird Differenzen zwischen Wert und Preis geben, die zum Teil geplant, aber auch ungeplant eintreten können. Hier stellt sich dann das Problem: Wie behandelt eine zentrale Planwirtschaft Preise und „Profite“ (als Differenzen zwischen realen Produktionskosten und Preis), ohne die Planung durcheinander zu bringen? In den sozialistischen Ländern ist gerade dieser Aspekt des Problems zur Schlüsselfrage geworden und eben das unzureichende Preissystem war einer der Hauptfaktoren, die Reform nicht nur im Preissystem sondern im gesamten ökonomischen Mechanismus veranlaßten. Für Bettelheim spielt dieses Problem keine solch entscheidende Rolle, da eine weitgehende „Entfremdung“ zwischen Wertbasis und Preisen in seinem Modell nicht eintreten kann.

In weiteren Kapiteln zum Problem „ökonomische Wahlakte“ beschäftigt sich Bettelheim ausführlich mit den Entscheidungen über die fortschrittlichste Technik, wobei von ihm verschiedene Investitionskriterien untersucht werden (Rentabilität, Zinsfuß, Produktivitätsfortschritt, Dauer der Konstruktionszeit und Rückflußfrist), und mit Entscheidungen bezüglich der Naturreichtümer.

Erst jetzt werden die Gleichgewichtsprobleme untersucht. Bettelheim geht methodisch von einer Darstellung des statischen Gleichge-

wichts aus; er setzt eine stationäre Wirtschaft voraus. Diese Methode deckt sich mit der von Marx, der ebenfalls vor dem Schema der erweiterten das der einfachen Reproduktion analysierte. An Hand einfacher Schemata macht Bettelheim dann das Gleichgewichtsproblem in der dynamischen Wirtschaft deutlich. Formal wirken Bettelheims Schemata einfach, aber dennoch paradoxerweise kompliziert, da sich die Abläufe formal einfacher hätten mathematisch fassen lassen. Allerdings wird der mathematisch nicht geschulte Leser dankbar für diese Art der Darstellung sein.

Bettelheim beschränkt sich explizit auf die Probleme der Ausarbeitung von Plänen; die der Durchführung und Kontrolle der Pläne werden ausgeklammert. Aber gerade hier ergeben sich besondere Schwierigkeiten sozialer Art. Denn Pläne können ökonomisch rational ausgearbeitet und dennoch Glasperlenspiele sein, wenn die durchführenden und kontrollierenden Organe auf Grund ihrer besonderen Interessenlage eben die Planrationalität nicht realisieren werden. Dann kommt es nicht nur darauf an, das Rationelle zu realisieren, sondern auch das Reelle zu rationalisieren, wie Maurice Godelier in einem Band aus der gleichen Reihe („économie et socialisme“ 5) geschrieben hat. Hier ist der Ansatz für Wirtschaftsreformen, die sich nicht nur auf die Sphäre der Ökonomie beschränken können, sondern weit darüber hinausreichen. Bettelheim ist sich über die sozialen Voraussetzungen für die Realisierung der Planrationalität klar; im Vorwort sowie in zahlreichen Andeutungen im Text, die der aufmerksame Leser finden wird, ohne daß hier Belegstellen angegeben werden, drückt er eben dieses Problem aus. Der Schwerpunkt des Buches aber liegt auf der inhaltlichen Fixierung ökonomischer Rationalität; und deren Verständnis ist tatsächlich nicht nur Voraussetzung zum Begreifen der „neuen ökonomischen Systeme“ sondern auch zum Verständnis der wichtigsten Aufgaben in den Ländern der dritten Welt. Und daher ist Bettelheims Buch nicht nur ökonomisch sondern auch politisch ausgesprochen interessant.

Elmar Altvater (München)

„Stabiles Geld — Stetiges Wachstum“, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1964/65, Verlag W. Kohlhammer Stuttgart und Mainz 1965 (219 S., Plastikbd., 10,80 DM).

„Stabilisierung ohne Stagnation“, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1965/66, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz 1965 (263 S., Plastikbd., 17,80 DM).

Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland, Kommission für die Finanzreform, Verlag W. Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag, Stuttgart-Köln-Berlin-Mainz 1966 (275 S., Plastikbd., 19,80 DM).

Seit zwei Jahren werden auf Grund eines Gesetzes vom 14. 8. 1963 die Jahresgutachten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (JG)

veröffentlicht. Bei der Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbarer Entwicklung hat der Sachverständigenrat „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung“ von der Zielvorstellung des „magischen Dreiecks“, also davon, wie gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem Wirtschaftswachstum erreicht werden können, auszugehen (§ 2 des Gesetzes). Der Sachverständigenrat kann Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung aufzeigen, darf jedoch getreu der Max Weberschen Trennung von Wissenschaft und Politik „keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen“. (§ 2) Da die Zielvorstellungen nach dem Gesetz „gleichrangig“ sind, hat der Sachverständigenrat seine Aufmerksamkeit jeweils dem am meisten gefährdeten Ziel zuzuwenden, obwohl die Ziele in Wirklichkeit hochgradig interdependent sind. Als meist gefährdete Zielvorstellung wird im JG 64/65 und im JG 65/66 jeweils das Preisniveau genannt. Allein 1965 erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung um 3,4 vH, die Erzeugerpreise industrieller Produkte stiegen um 2,4 vH und diejenigen landwirtschaftlicher Produkte um 7,1 vH.

Im ersten Kapitel gibt der Sachverständigenrat eine Konjunktur-analyse, die ausführlich Faktoren von gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage behandelt. In den nächsten Kapiteln stellt der Sachverständigenrat die voraussehbare Entwicklung und Möglichkeiten zur Beseitigung der Fehlentwicklungen dar. Hier geht das JG (vor allem das von 65/66, das klarer gegliedert ist als das von 64/65) über die einfache Konjunktur-analyse hinaus.

Beim Versuch der Quantifizierung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1966 kommt das JG 65/66 u. a. zu folgenden Ergebnissen: Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 1966 um 4,0 vH (1964: 6,7 vH; 1965: 5,0 vH) wachsen, während der Preisindex für die Lebenshaltung um 2,5 vH steigen wird. Allerdings zeichnet sich heute (September 1966) eine Entwicklung ab, die nicht mit den Schätzungen des JG übereinstimmt: die Preisentwicklung geht steiler aufwärts als im JG angenommen. Hier wird ein Dilemma jeder wirtschaftlichen Vorausschau in der kapitalistischen Marktwirtschaft deutlich. Wird einerseits der Versuch einer ex-ante-Quantifizierung selbst für kurze Fristen (1 Jahr) unternommen, so muß zugleich die spontane Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft berücksichtigt werden, d. h. Quantifizierungsversuche bleiben relativ unverbindlich und die ökonomische Analyse des folgenden Jahres muß veränderten ökonomischen Konstellationen ex post gerecht zu werden versuchen, ohne kontinuierlich aus der ex-ante-Analyse in jedem Fall hervorgehen zu können. Das wird bereits deutlich, wenn die beiden JG 64/65 und 65/66 verglichen werden. Im ersten JG werden als preistreibende Kräfte vor allem außenwirtschaftliche Einflüsse („importierte Inflation“) herausgestellt. Doch schon im JG 65/66 heißt es unter Ziff. 40: „Mit der Abschwächung des Exportanstiegs haben die außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte gegenüber den binnenwirt-

schaftlichen an Gewicht verloren...“ Statt dessen werden in einem besonderen Kapitel „Gegen den Geldwertschwund“ vor allem die öffentlichen Haushalte und die Sozialpartner für die steigenden Preise verantwortlich gemacht.

Andererseits ist eine Vorausschau der mittel- und langfristigen Entwicklung nur sehr global möglich. Zu einer realistischen Abschätzung kurzfristiger Konjunkturfaktoren müßte aber gerade ihre Bedeutung im mittel- und langfristigen Wachstumsprozeß erarbeitet werden. Dieses Dilemma ist im JG 65/66 durchaus erkannt worden und daher kann das 3. Kapitel „Gegen den Geldwertschwund“ durchaus als Vorschlag eines Methodenbündels für die augenblickliche *Konjunkturphase*, das 4. Kapitel „Wachstum und Strukturwandel“ als eine Analyse der Methoden für *wachstumspolitische* Erfordernisse interpretiert werden.

Um den Geldwertschwund kurzfristig einzudämmen (von 3 vH auf 1 vH pro Jahr) schlägt das JG 65/66 vier Maßnahmen („konzertierte Stabilisierungsaktion“, Ziff. 192) vor: a) Kürzung der Ausgabenansätze der öffentlichen Haushalte; b) Kreditrestriktionspolitik der Bundesbank; c) Ausrichtung der Zunahme der tariflichen Stundenverdienste am Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung (4 vH plus 2 vH); d) Außenwirtschaftliche Absicherung dieser Stabilisierungspolitik (Ziff. 190). Hier werden also Vorschläge unterbreitet, die heute bereits Gegenstand des „Stabilisierungsgesetzes“ sind. Schon in ihrer Stellungnahme zum JG 65/66 hat die Bundesregierung diese Vorschläge aufgegriffen und vor allem für die Haushaltswirtschaft „eine längerfristige Rahmenplanung“ (Ziff. 11, Beilage zum JG) angekündigt. Der Sachverständigenrat hat hierbei zweifellos den Anstoß gegeben. Er nennt als einen wirtschaftspolitischen Ausweg „Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise“, „konzertierte Aktion“, „gesellschaftspolitischer Accord“, „neuer contrat social“ (Ziff. 8, c). Dieser Weg wird jetzt in der BRD besprochen. Aber wie wird dieser Weg aussehen? Darauf geben die Wissenschaftler des Sachverständigenrates keine Antwort; das Gesetz verpflichtet sie lediglich zur Materialbeschaffung für politische Entscheidungen.

Im Entwurf der Bundesregierung zum sogenannten Stabilisierungsgesetz (Bundratsdrucksache 316/66) schälen sich vor allem vier Maßnahmen heraus: Erstens die Einschränkung der Autonomie der Haushaltswirtschaft von Ländern und vor allem von Gemeinden (§§ 10—17); zweitens eine mehrjährige gleitende Planung des Bundeshaushalts insbesondere auf dem Investitionssektor (§§ 5 ff.); drittens Möglichkeiten zur Beeinflussung der privaten Investitionsmöglichkeiten und -neigung (§§ 18 ff.); viertens — und das steht nur in der Begründung, nicht im Gesetzestext — „Einkommenspolitik der leichten Hand“ (wie Prof. Schiller, SPD, es zustimmend formulierte): „Wenngleich die Lohneinkommen von den aufgezeigten Instrumenten nicht unmittelbar berührt werden, so bietet eine nach diesem Gesetzentwurf ausgestaltete Wirtschaftspolitik eine verlässliche Grundlage für ein konjunkturgemäßes Verhalten auch der Sozial-

partner..., dann können die Sozialpartner die Bemessung des Arbeitseinkommens in der begründeten Erwartung eines gleichgewichtigen Wirtschaftsverlaufs vornehmen.“ (Begründung, A, II, 3) Von den Profiten ist hier kein Wort, wohl aber von der Anpassung der Arbeitseinkommen an ein im kapitalistischen Interesse definiertes „gleichgewichtiges Wirtschaftswachstum“. Wir gehen also englischen Zeiten entgegen.

Im „Gutachten über die Finanzreform“ (FG) wird auf die Folgen der Stabilisierung für die öffentlichen Haushalte und den parlamentarischen Mechanismus in der BRD eingegangen. Der Föderalismus muß demnach zumindest modifiziert werden: „In den letzten Jahren hat sich wiederholt gezeigt, daß entscheidend wichtige Probleme mit der überkommenen Form des Föderalismus nicht mehr befriedigend gelöst werden können.“ (FG, Ziff. 75) Dazu bedarf es einer verstärkten Koordination der Haushaltswirtschaften von Bund, Ländern und Gemeinden. Es ist interessant, daß in der Begründung zum Stabilisierungsgesetz ausdrücklich auf das Minderheitsvotum des Mitglieds der Kommission für die Finanzreform, Fischer-Menshausen, bezug genommen wird. In diesem Votum wird auf die große Bedeutung der Gemeindehaushalte für die Konjunkturentwicklung der BRD verwiesen und dann vorgeschlagen, daß die Länder- und Gemeindehaushalte von den Bundesinstanzen in den Griff bekommen werden müssen. Fischer-Menshausen regt daher in Anlehnung an einen Änderungsvorschlag des Art. 109, Abs. 3 GG (FG, Ziff. 516) an, daß die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats bis zur Dauer eines Jahres „durch Rechtsverordnung Vorschriften über Ausmaß und Art der öffentlichen Verschuldung und der öffentlichen Ausgaben“ (aller Gebietskörperschaften natürlich) erlassen kann (FG, Ziff. 512 a). Nicht nur das föderalistische Prinzip, auch der parlamentarische Kontrollmechanismus bedarf zur ökonomischen Stabilisierung der Einschränkung: „Die Regierung muß in zugespitzten Situationen handeln können, ohne die Ergebnisse der notwendigerweise längere Zeit erfordernden parlamentarischen Beratungen abzuwarten.“ (FG, Ziff. 475) Daher ist sowohl im FG als auch in der Begründung zum Stabilisierungsgesetzentwurf so viel von „Ermächtigung“ der Bundesregierung die Rede. Zusammen mit den Notstandsgesetzen, den Formierungstendenzen in der BRD sollen die Stabilisierungsmaßnahmen der Sicherung der politökonomischen Effizienz der Innen-, vor allem aber der Außenpolitik der BRD dienen.

Wenden wir uns nun wieder dem JG 65/66 zu und betrachten wir die Analyse der langfristigen ökonomischen Probleme der BRD. Wachstum wird vor allem aus zwei Quellen gespeist: Aus der Zunahme des Arbeitsvolumens (Anzahl der Erwerbspersonen multipliziert mit den geleisteten Arbeitsstunden) und der Zunahme der Arbeitsproduktivität. Das Arbeitsvolumen konnte in der BRD im letzten Jahr nur noch um 0,5 vH erhöht werden. Diese Steigerung geht ganz auf Konto Gastarbeiterzustrom. Bis 1975 wird sich daran nichts ändern. Denn die Erwerbsbevölkerung wird bis zu jenem

Zeitpunkt abnehmen und danach nur langsam zunehmen (Tabelle 112, S. 250). Kommen in den nächsten Jahren noch Arbeitszeitverkürzungen hinzu, dann kann Wirtschaftswachstum fast nur noch durch Zunahme der Arbeitsproduktivität realisiert werden. Wie kann die Produktivität aber erhöht werden? In Ziff. 213 gibt das JG sechs Faktoren an, die anschließend ausführlich (und, das muß hinzugefügt werden, ausgezeichnet) analysiert werden: a) Nutzung des technischen Fortschritts; b) Bildungsbereitschaft bei den Arbeitnehmern; c) Verwirklichung neuer beruflicher Lebensformen; d) Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen der Arbeitskräfte; e) dem Strukturwandel angemessene Änderungen im Sozial- und Arbeitsrecht; f) Neuorientierung der Strukturpolitik von Bund und Ländern. Das JG analysiert dann den Wandel von Branchen- und Regionalstruktur in bezug auf Produktivitätseffekte und wendet sich dann den Problemen der Arbeitskraft im Wachstumsprozeß zu. Wachstum ist verbunden mit ökonomischem Strukturwandel; Strukturwandel aber erfordert Wandel der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft. So kann das Ergebnis dieses gesellschafts- und bildungspolitisch hochinteressanten Abschnitts beschrieben werden. „Die Einführung neuer Erzeugnismethoden kann leicht auf Hindernisse stoßen, wenn dazu berufliche Qualifikationen gebraucht werden, die nicht oder nur in unzureichendem Maße vorhanden sind und nur in langer Ausbildungszeit erworben werden können.“ (Ziff. 264) Daher wird die Einführung eines weiteren Pflichtschuljahres, eine breitere Grundausbildung, ein gesetzlich oder tariflich fixierter Anspruch auf Bildungsurlaub und steuerliche Begünstigung von Ausbildungsförderung vorgeschlagen. „Fortschritte auf dem Gebiet der Bildung, an der in unserer Gesellschaft alle Schichten der Bevölkerung teilhaben sollen, setzen sich auch in wirtschaftlichen Fortschritt um, allerdings erst nach langen Jahren.“ (Ziff. 282)

Hier werden Ansätze zur langfristigen Überwindung der Wachstumsschwierigkeiten der BRD-Wirtschaft gezeigt. Allerdings möchten aus politischen und kurzfristigen ökonomischen Gründen Regierung, Bundespräsident, Kirchen und zu einem beträchtlichen Teil auch die Unternehmer langfristige Bildungspolitik auf individuelle Bildungsanreize durch Zeitungsannoncen, Aktionen à la „Student aufs Land“, Forderungen wie „man soll die (einklassige bis vierklassige) Schule im Dorf lassen“ beschränken. Da aber die Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft entsprechend den technologischen Anforderungen zumindest in quantitativer Hinsicht gehoben werden muß, versucht man auf eine bequeme Lösung, weil sie die Arbeiter und Angestellten zu tragen haben, auszuweichen: auf die Forderung nach Arbeitszeitverlängerung, wie sie mittlerweile von Erhard, den Unternehmerverbänden und der deutschen Bundesbank trotz Kurzarbeit und Beschäftigungsproblemen in Bergbau und Stahlindustrie erhoben worden ist.

Das JG gerät hier in einen unausgesprochenen Widerspruch zwischen seinen kurzfristigen und seinen langfristig gedachten Vorschlägen. Einschränkung des Bundeshaushalts, und vor allem die im

Stabilisierungsgesetz und im FG vorgeschlagenen Beschneidungen der Investitionsmittel der Gemeinden und Länder sowie die Kreditverknappung, wie sie von der deutschen Bundesbank bereits herbeigeführt worden ist, können mit langfristigen Wachstumserfordernissen in Widerspruch geraten. Denn Kürzung der öffentlichen Ausgaben ist eine leere Formel, die mit verschiedenem Inhalt gefüllt werden kann. Heute jedenfalls sieht es so aus, daß Stabilisierung durch Ausgabenbeschränkung nicht etwa auf Kosten des Rüstungsetats geht, sondern beinahe ausschließlich von den Mitteln zur Verbesserung der notwendigen Infrastruktur (vor allem Bildungseinrichtungen, Verkehrswesen usw.) getragen werden muß. „Stabilisierung ohne Stabilisierungskrise“ bedeutet dann die Verschiebung ökonomischer Probleme in die — nicht allzu ferne — Zukunft und Forcierung der sozialen Krise zur ökonomischen Fundierung „notwendiger harter politischer Entscheidungen“, wie sie der ehemalige Außenminister Schröder ankündigte.

Es hieße die JG überfordern, wollte man in ihnen auf diese Probleme Antworten finden. Aber sie sind unentbehrlich, wenn man sachadäquate Antworten auf die sozioökonomischen Probleme der BRD erarbeiten will.

Elmar Altvater (München)